

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' mit 'Liedern und Klängen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 3. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Einigkeit der Republikaner.

Verwirrung im Rechtsblock.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuss tagte am Donnerstag. Er fasste folgenden Beschlus:

Der Parteiaussschuss ist für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl...

Der Parteiaussschuss beschloß ferner, zur Entgegennahme eines Berichts am Freitag wieder zusammenzutreten.

Die Verhandlungen der republikanischen Parteien.

Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstag zwischen den Parteien des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, die um 7 Uhr abends begannen, waren nur von kurzer Dauer.

Die Beratungen von Zentrum und Demokraten.

In der Beratung des Parteivorstandes der Zentrums-partei am gestrigen Nachmittag im Reichstag über die Reichspräsidentenwahl wurde der Beschlus des engeren Vorstandes bestätigt, daß die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu empfehlen und daß vom Zentrum hierfür Herr Ratz zu benennen sei.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei löste nach eingehender Aussprache die folgenden Beschlüsse:

- 1. Der Parteivorstand billigt einstimmig die Haltung der Parteivorstände bei den bisherigen Verhandlungen.
2. Der Parteivorstand bevollmächtigt die Parteivorstände, die Verhandlungen wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Abschluß zu führen...

Die Reichstagsfraktion schloß sich diesen Beschlüssen an. Der Parteiaussschuss wurde sofort zum kommenden Sonntag in den Reichstag einberufen.

Katzenfänger im Loebell-Ausschuss.

Am Loebell-Ausschuss wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Der Rechtsblock hat gestern vormittag in Anwesenheit von Vertretern aller angeschlossenen Parteien und Verbände und in Anwesenheit von Vertretern der Deutsch-Hannoveraner und des Bayerischen Bauernbundes eine neue Beratung abgehalten...

Die Front gegen die Reaktion.

Jarres-Block ohne Jarres?

Der Beschlus des sozialdemokratischen Parteiaussschusses hat den Weg zu einer gemeinsamen Präsidentschaftskandidatur der republikanischen Parteien eröffnet. In der demokratischen Reichstagsfraktion herrscht nach einem Bericht des 'Berliner Tageblatts' Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um eine republikanische Einheitskandidatur herbeizuführen.

Alle Versuche, besonders aus den Kreisen des Loebell-Ausschusses, eine nach rechtsgerichtete Sammellandidatur aufzustellen, müssen vom Zentrum rundweg abgelehnt werden. Das Zentrum hat sich bei der Kandidatenaufstellung beim ersten Wahlgang in ehrlichster Absicht an den Verhandlungen über die Kandidatur Gehlers beteiligt.

Der Wille der republikanischen Parteien zu einer gemeinsamen Kandidatur ist gegeben.

Im Lager des Loebell-Ausschusses herrscht Verwirrung und Katzenfänger. Dieser Zustand wird dokumentiert durch den inhaltlosen Bericht, den der Loebell-Ausschuss veröffentlicht hat.

mentiert durch den inhaltlosen Bericht, den der Loebell-Ausschuss veröffentlicht hat. Er hat mit Welfen und Bauernbündlern verhandelt, aber die Bayerische Volkspartei war nicht dabei.

Die Presse des Loebell-Ausschusses tobt inzwischen voll Ingrimm gegen eine republikanische Einheitskandidatur. Die 'Deutsche Tageszeitung' spricht von Schiebung, von einer Probsthufe - gleich Kotau - der Demokraten und des Zentrums vor der Sozialdemokratie.

Wenn sie den Kandidaten nur hätten! Warum verhandeln sie denn so streng vertraulich? Warum zeigen sie ihn nicht dem Volke? Ist es denn nicht Herr Jarres?

Ist es richtig, daß deutschnationale Reichstagsabgeordnete gestern nach Hannover gefahren sind, um Hindenburg zur Übernahme der Kandidatur zu bereden?

Herr Jarres wieder in die Ecke gestellt - zum wiederholten Male denn eigentlich, streng vertrauliche Beratung über einen neuen Kandidaten, Versuche, das Zentrum zu gewinnen, Versuche, Hindenburg hereinzuführen...

Deutschnationale Fernwirkung.

Die Ablehnung des Spanien-Vertrages.

Madrid, 2. April. (I.L.) Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages im handelspolitischen Ausschuss des Reichstags hat hier einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen.

Falle der eigenen deutschen Parteiregierung in den Rücken, bedrohe den deutschen Absatz in Spanien und damit den Verdienst deutscher Volksgenossen, treibe einen bewährten deutschlandfreundlichen Neutralen auf die Gegenseite - so hast du das Recht bekräftigt, dich statt der vertrachten Junkerfirma deutschnational zu nennen!

Französische Steuerfragen.

Energisches Auftreten der Sozialisten.

Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion der Kammer hat am Donnerstag beschlossen, unter allen Umständen auf der Ausrechthaltung der folgenden, von der Kammer beschlossenen und vom Senat gestrichenen Budgetreform zu bestehen: 1. Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums bei der Einkommensteuer, 2. Verpflichtung zur Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung über die Gütergaben im Auslande.

Benötigende Aufhebung der 26 Proz. Brennterminier-Bahn für nächste Woche im Unterhaus für nächste Woche eine Regierungsvorlage an, durch die die Durchführung gewisser Teile des Gesetzes über die Erhebung der 20prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr suspendiert wird.

Steuer auf Agrarbesitz.

Zum Entwurf eines Reichsbewertungsgesetzes.

Von Ernst Fläming.

Die landwirtschaftlichen Grundstücke sind in der Vorkriegszeit zu einer Reichsteuer überhaupt nicht veranlagt worden. Ein einzigesmal hat eine Ausnahme stattgefunden, als im Jahre 1913 ein außerordentlicher Wehrbeitrag aufgebracht werden mußte.

Der durch den Krieg hervorgerufene große wirtschaftliche Zusammenbruch hat dann Anlaß gegeben, das gesamte Steuerwesen des Reichs und der Länder auf neue Grundlagen zu stellen und die landwirtschaftlichen Grundstücke auch für laufende Reichsteuern in Anspruch zu nehmen.

Die Länder verfahren in gleicher und ähnlicher Weise. Das heißt, auch sie verlassen die älteren Veranlagungsmethoden und erheben neuerdings die Grundsteuern nach dem gemeinen Wert des Grundstücks bzw. des Betriebes.

Denn vorerst begreift die landwirtschaftliche Bevölkerung noch am allerwenigsten die heutige Finanzlage des Deutschen Reichs und seiner Länder.

Das Bestreben, zu möglichst übereinstimmenden Besteuerungsmethoden im Reich und in den Ländern zu kommen, ist seit geraumer Zeit allgemein. Denn auch die anderen steuerpflichtigen Vermögen werden ja zurzeit von den Veranlagungsbehörden des Reichs und der Länder ähnlich verschieden behandelt wie das landwirtschaftliche Grundvermögen.

Wer den Dingen rein theoretisch gegenübertritt, der kann sich leicht zu dem Glauben verleiten lassen, es komme wirklich nicht so sehr darauf an, ob eine landwirtschaftliche Grundsteuer nach dem gemeinen oder nach dem Ertragswert erhoben wird.



darum handeln soll, dem einzelnen Betriebsinhaber die Errechnung des Reinertrages zu überlassen, sondern daß die Ertragsklassen von sachverständigen unparteiischen Stellen nach dem Maßstabe der Reinertragsmöglichkeit zu bilden sind, dann taucht auch wohl bei denjenigen Geneigtheit auf, sich mit der Methode zu befassen, die sonst dem gemeinen Wert das Wort reden. Bei allen Versuchen, den Ertragswert zu bestimmen, stellte sich jedoch heraus, daß auch die gewissenhafteste Ertragswertberechnung keine verlässliche und mit Gerechtigkeitsgründen vertretbare Steuerveranlagungsmethode herzugeben vermag.

Der neue Gesetzentwurf ist nun bemüht, nahezu alle bis heute erprobten und sonst denkbaren Vorkehrungen ins Auge zu fassen, die geeignet sein können, für die Möglichkeit einer richtigen Ertragswertberechnung Gewähr zu bieten. Er behauptet in seiner Begründung sogar, daß die von ihm ins Auge gefassten Einrichtungen ausreichen werden. Er kann aber gleichwohl nicht unterlassen, auch eine Reihe von Bedenken mit anzuführen, die dagegen sprechen. Er führt diese Bedenken selbstverständlich nur an, um ihre Hinsichtlichkeit darzutun. Der Sachkenner ist mit den vorgetragenen Argumenten unmöglich zu überzeugen. Ja, der Sachkenner gewinnt beim Lesen sogar einen starken Eindruck, daß die Autoren des Gesetzentwurfs selbst mindestens starke Zweifel an der von ihnen vertretenen Sache sind.

Alle bedeutenden Kenner des landwirtschaftlichen Lagationswesens sind sich darüber einig, daß zur Feststellung des Steuerwertes eines landwirtschaftlichen Grundstückes die Ertragswertberechnung ein höchst unzulängliches Behelfsmittel ist; daß die Ermittlung des gemeinen Wertes dagegen den am meisten vertretbaren Maßstab hergibt. Obenan steht in dieser Beurteilung Geheimrat Professor Dr. Kereboe, der sich in seinem großen Werke über „Landwirtschaftliche Betriebslehre“ und auch in anderen Veröffentlichungen dazu sehr ausführlich geäußert hat. Geheimrat L. Offenberg hat im Jahre 1908 bei Paul Parey, Berlin, ein besonderes Buch unter dem Titel „Die Bewertung ländlicher Grundstücke“ als „Lehrbuch und Grundzüge einer Verbesserung des Lagationswesens für ländliche Grundstücke in Preußen“ herausgegeben, das vor kurzem in neuer Auflage erschienen ist. Offenberg sagt in seinen Darlegungen u. a.:

„Der Standpunkt der Volkswirtschaft und des öffentlichen Interesses kann es bei der Grundstücksbewertung nicht auf die verschiedenen geschäftlichen Standpunkte ankommen, sondern auf einen allgemeinen Standpunkt. Das Ziel kann hierbei nur ein objektiver, allgemein gültiger Wert sein. Dies ist der sogenannte gemeine Wert, das ist der Wert, den das Grundstück für jeden Käufer hat. Dies ist volkswirtschaftlich der objektive und daher der einzig richtige, der wahre Wert, während alle anderen Wertveranschlagungen von subjektiven Standpunkten ausgehen und daher nur eine beschränkte und bedingte Richtigkeit für sich haben.“

Die Ertragswertberechnung lehnt Offenberg entschieden ab: „Der gemeine Wert ist seiner Natur nach das Ziel jeder Lage, die objektiv vom Standpunkte des Rechts und der Volkswirtschaft gelten soll. Insbesondere kann auch Staatswirtschaft und Gesetzgebung kaum anders als auf dem gemeinen Werte als Grundlage ruhen.“

„Der gemeine Wert ist“, so unterstreicht Offenberg seine Ausführungen an einer anderen Stelle, „keine Erfindung der Neuzeit“ (wie gewisse Interessenten des Großgrundbesitzes es gern darstellen möchten, um damit vor diesem Gottscheideus grüßelig zu machen. Der Verf.), „sondern eine für das Rechts- und Verkehrsleben nötige allgemeingültige Einrichtung. Schon das Preussische Allgemeine Landrecht von 1794 sagt, daß in allen Fällen, wo die Besitze nicht ein anderes vorschreiben, in der Regel nur auf den gemeinen Wert Rücksicht zu nehmen ist“ (116, Teil II, Titel 2). Die Ertragswertberechnung hat sich aber in den sechs Jahrzehnten, in welcher Zeit sie im früheren Königreich Preußen zur Anwendung kam, als ein Mittel erwiesen, das nur den „Großen“ dienste, während es den „Kleinen“ das nahm, was die „Großen“ geschenkt erhielten.

Wenn mit Hilfe des bevorstehenden Reichsbewertungsgesetzes neuerdings die Ertragswertberechnung abermals eingeführt und dem Reich, den Ländern und den Gemeinden als Steueranlagungsgrundlage aufgedrungen werden soll, dann muß sich jeder darüber klar sein, was das bedeuten würde. Wer die gerechte Besteuerung landwirtschaftlicher Grundstücke will, die den Schutz der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe gegen Uebervorteilung durch das Großgrundbesitzgewährleistet, und wer da will, daß auch die Allgemeinheit zu ihrem Rechte kommt, der ist verpflichtet, diese Besteuerungsmethode mit aller Kraft zu verhindern zu helfen. Der hat sich dafür einzusetzen, daß die künftige Einheitsbewertung landwirtschaftlicher Grundstücke in Reich, Ländern und Gemeinden nach dem gemeinen Werte erfolgt.

Das kleine Land Anhalt hat ein Musterbeispiel dafür geliefert, daß die Steueranlagung nach dem gemeinen Wert die zweckdienlichste, weil billigste, ergiebigste und gerechteste Art einer Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe darstellt. Dabei ist dieses Beispiel noch nicht einmal zur vollen Ausbildung des ihm innewohnenden vortrefflichen Wesens gekommen.

Der Reichstag möge ernstlich gewarnt sein, sich durch das Bewertungsgesetz auf einen falschen und verhängnisvollen Weg drängen zu lassen. Die schlimmen Spuren der älteren Zeit sind ein eindringliches Warnsignal für jeden, der es mit der Gesamtwirtschaft und mit dem deutschen Volke gut meint!

## Ob Monarchie oder Republik: Einerlei!

Die neueste Entdeckung der Kommunistischen Internationale

Die Pariser Filiale der „Prawda“, auch „Humanität“ genannt, hatte in den letzten Wochen ihren ahnungslosen Lesern vorgeschwindelt, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland mächtig im Wachsen begriffen sei und daß dies auch am 29. März in der Stimmzahl für Thälmann zum Ausdruck kommen würde. Jetzt, wo es genau umgekehrt gekommen ist, versucht das Blatt, seinen Anhängern weiszumachen, daß der Rückgang der kommunistischen Stimmen jeglicher Bedeutung entbehre, da es sich bei dieser Präsidentenwahl nicht um proletarische Interessen gehandelt habe. Die Kandidatur Thälmann sei nur eine Demonstration unversöhnlicher Gegnerlichkeit gegen die sozialdemokratischen Verräterei und gegen die bürgerliche Tyrannei gewesen und daher hätten sich eben viele Mitläufer in der SPD der Stimme enthalten. Andererseits gibt die „Humanität“ zu, daß einige Hunderttausend Stimmen von der Sozialdemokratie auf Kosten der Kommunisten gewonnen wurden und führt dies auf die sozialdemokratische Parole zurück, daß die Republik in Gefahr sei. Wir Sozialdemokraten läßt dadurch — so heißt es wörtlich — den Rassen einreden wollen, daß vom Standpunkte des Klassenkampfes aus ein Unterschied zwischen Republik und der Monarchie, diesen beiden bürgerlichen Staatsformen, bestehe.

Es ist also nach kommunistischer Ansicht einerlei, ob Deutschland eine Republik oder eine Monarchie ist. Die Kommunisten sind in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie schon so tief gesunken, daß sie nicht einmal mehr einsehen wollen, daß die republikanische Staatsform ein für die Führung des Klassenkampfes und für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele unvergleichlich günstigerer Boden ist als die Monarchie.

Es muß ohne weiteres zugestanden werden, daß die ganze Taktik der SPD, seitdem die Linke das große Wort in ihr führt, durchaus einer solchen Auffassung entspricht. Denn die fortgesetzten Liebesdienste der SPD an die monarchistische Reaktion haben nur dann einen Sinn, wenn man es von vornherein für gleichgültig erklärt, ob die Republik in Deutschland sich durchsetze oder wieder vom kaiserlichen Regime abgelöst werde.

Wenn die französischen Kommunisten einen solchen

Jrrsinn auch für ihr eigenes Land predigten, dann würden ihnen die letzten Anhänger sofort davonlaufen, denn jeder französische Proletarier hält in seinem Herzen an der republikanischen Staatsform, auch in ihrer jetzigen bürgerlichen Gestalt, so unbedingt fest, daß jeder Arbeiterführer, der es wagen würde, die Monarchie als nicht schlimmer denn die Republik hinzustellen, eine gehörige Tracht Prügel auf der Stelle erhalten würde.

Aber für Deutschland und die deutschen Bolschewisten sind solche französisch-kommunistischen Ratschläge gerade gut genug und außerdem weniger gefährlich.

## Bahn frei für Preußen!

Höpler-Abschiff lehnt ab. — Otto Braun kandidiert für die Ministerpräsidentenschaft.

Seit gestern hat sich die Lage in Preußen um ein Wesentliches verschoben. Der am Dienstag zum Ministerpräsidenten gewählte demokratische Finanzminister Höpler-Abschiff hat dem Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß er die Wahl, die gegen seinen Willen erfolgt sei, nicht annehmen könne.

Dadurch ist eine neue Lage geschaffen, zu der die Parteien Stellung nehmen werden. Von unserer Partei wird nunmehr wieder Genosse Otto Braun für die Leitung der preussischen Regierung vorgeschlagen werden. Nach den bisherigen Erklärungen der Demokraten und des Zentrums ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Genosse Braun wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird.

Das Ränkespiel, das die Reichsparteien zu spielen dachten, indem sie die Wirtschaftspartei zu — unverbündlichen — Unterstützungsversprechern an die Demokraten vorschieden, ist durch die kluge und verständige Haltung der Demokraten und besonders des Herrn Höpler-Abschiff selbst durchkreuzt worden. Deht, da letzterer abgelehnt hat, stellt sich heraus, daß die Wirtschaftspartei angeblich die Absicht gehabt habe, für eine „wohlwollende Neutralität“ einen selbst für nachgiebige Gemüter hohen Preis zu fordern, nämlich die Beseitigung Severings- und Hirtsfiebers.

Dieser saubere Plan zur Sprengung der preussischen Regierungskoalition ist durch die klare Abgabe Höpler-Abschiffs und der Demokraten zunichte gemacht. Das wurde ihnen erleichtert durch einen Beschluß des Zentrums, das durch seine unverständliche Erklärung, wonach es nicht für Braun stimmen könne, die zeitweilige Unsicherheit der Lage in Preußen erst hervorgerufen hatte. Nachdem es einseh, was es angerichtet hatte, hob es den früheren Beschluß auf und erklärte sich bereit, bei einer Neuwahl für Braun zu stimmen und damit die Bahn für eine gesunde Entwicklung in Preußen freizuhalten.

Daß die Jarresten nur mit diabolischer Freude auf das Zwischenpiel vom Dienstag blickten, liegt auf der Hand. Die neuen Entscheidungen werden diese Freude wieder versalzen.

Die Wahlen zum Oldenburgischen Landtag sollen vier Wochen nach der Präsidentenwahl am 26. Mai stattfinden. Die Regierung hat die Gemeindebehörden bereits angewiesen, die erforderlichen Wahlvorbereitungen zu treffen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer teilt uns mit, daß die Beratung des sozialdemokratischen Lohnsteuereinstellungsgesetzes in der heutigen Sitzung des Steuerausschusses auch gegen die Stimmen der Demokraten beschlossen wurde.

Der deutschösterreichische Postplan für Memel hat jetzt folgende Anzahl von Jahren erbracht, die des Obersten Tribunal als letzte Instanz verhandelt hat: Urtine 1 Jahr 6 Monate, Blumenau 8 Jahre (12), Kehler und Böttcher je 5 Jahre (je 8), Brä 3 Jahre (2), Karolus 2 Jahre (wie vorher), Balanus 2 Jahre 8 Monate (wie vorher), Stuhler 1 Jahr 4 Monate (wie vorher), Schwenzig 2 Jahre 8 Monate (wie vorher).

Die Ermordung der Austauschgefangenen. Eine Unterredung des polnischen Außenministers mit dem Vertreter Sowjetrußlands in Warschau hat ergeben, daß die Sowjetregierung wegen der Ermordung der beiden Austauschgefangenen nicht Vergeltung üben wird, so daß über das Schicksal der an Polen zurückzugehenden Austauschgefangenen Besorgnis nicht zu bestehen braucht.

## Schreie im Kriminal.

Von Karl Diten.

Das Gericht, ein neues prunkendes Gebäude mit Kuppel, Säulen, Karyatiden und gewaltigen Voluten, auf denen sich nackte Damen und Putti lässig wiegen, macht zunächst einen leeren und langweiligen Eindruck. Es gleicht einem Museum für Naturkunde oder Technik. Man könnte hinter den grauen Wänden ausgestopfte Böden, Papageien oder Werkzeuge der Steinzeit vermuten. Die Kuppel wölbt sich hoch über dem mit schwarzen und weißen Fliesen quadrierten Boden und der majestätischen Stiege, auf deren Balustrade gewaltige Kaisertrönen aus Stein schlummern. Gleich bösen Köttern.

Nach allen Seiten verteilen sich schmale Gänge, auf einer Seite Fenster, zwischen denen Bänke stehen, auf der anderen Türen aus hellem Holz mit Firmentafeln und Nummern.

Die Firma beginnt immer: Staatsanwalt R. R... Die Nummern reichen über siebenhundert hinaus.

Das ganze Haus scheint wie ausgestorben, unter der gewaltigen Kuppel stockt jeder Laut. Erst beim Durchschreiten der Gänge bemerkt man auf den Bänken in den Fensternischen Menschen, die warten, und neben ihnen Polyzisten.

Sie schauen aus wie Menschen. Aber es sind in Wirklichkeit Angeklagte, Zeugen und Kläger. Die meisten aber wohl Angeklagte.

Ein Angeklagter ist kein Mensch.

Er ist ein Berkton von Erinnerungen an etwas Gewesenes, von Ausflüchten, Lügen, Entschuldigungen, der Angst, Mut, Enttäuschung. Und des Hoffens. Vor allem der Angst.

Alle zittern vor Angst. Auch die Kläger und Zeugen.

Alle haben sie nicht gefürchtet, nicht geschlafen. Vielleicht schon seit Wochen nicht mehr.

Keiner von ihnen redet. Ihre Augen und Ohren hängen gebannt an der Tür, an dem unsichtbaren Theater, das sich hinter ihr abspielt, in dessen Szenen von ihnen die Rede ist. Welche unaussprechliche Qual, zu wissen, daß man da über mein Leben die Schleier des Vergessens enthüllt und ich kann nicht dabeistehen und retten. Mir helfen!

Dann öffnet sich eine der Türen, ein bestaubter Beamter in Uniformrock und Zivilhose ruft einen Namen. Wie von einer Feder geschneit hüpfet einer der Wartenden empor und rennt mit vorgebeugtem Kopf in das hellerleuchtete Zimmer, wo an einem Tisch die Richter warten. Ihre weißen Gesichtser hängen groß in dem mit Holz getäfelten Raum. Sie haben keinen Körper, Augen, Ohren, Mund, Gehirn.

Die Tür wippt zu. Der Entlassene nimmt stumm des anderen Platz ein. So geht das Spiel von Hunderten von Bänken zu Hunderten von Türen. Seit immer. Saftlos. Langsam.

Die schläfrige, pedantische, unwirkliche Maschinerie des Schicksals, die da Ordnung spielt, indes sie Unordnung, Lärm, Orgel der Gewalt und der Leidenschaften durchhehelt. . . . Seit Tausenden von Jahren rollt diese Maschine über die Erde, und Meere von Blut und Tränen bilden hinter ihrer Spur. Alles geht so barock und in trauriger Ruhe vor sich wie bei einem Arzt, der zwar Schmerzen bereitet, aber dem man vertrauen darf.

Oder . . . Halt! . . . Was ist das? . . .

Beginnen die Steine zu schreien? Die Fenster zu weinen, da der Mensch verstummt?

Von allen Wänden, aus allen Türen, von Boden und Decken zugleich und aus der erhabenen Kuppel erhebt sich wie der Ton einer Orgel ein vielstimmiges Geschrei, braust durch die Pfeifen der Gänge wider aller Ohren, in alle tauben Gehirne, die da eingekollt schlafen von den Phrasen, die sie gleich vorleien werden. . . .

Ist das wirklich das Geschrei eines Menschen? Alle, die da warten, erblicken und springen auf, rennen über die Korridore, die Stiegen hinaus und zurück . . . die Polyzisten stürzen davon, die Aktiare brechen aus ihren Käfigen. . . . Alarm der Stimme heult weiter und groß im brüllenden Echo gegen die glatten Wände. Weit durch das Haus der Gerechtigkeit geht der herzzerreißende Jammer eines Menschen, tierisches Winseln, lange Triller der Verzweiflung.

Aber wo steckt er?

Er ist nicht zu finden . . . nur das Geheul ist von ihm übriggeblieben . . . nur dieser brennende Schmerz, dieses Feuer der Verzweiflung, das ausbrach und alles überschwemmte an Widerständen, was ihn erhitte, die langen Stunden vor dem Tribunal. Seine letzte Verzweiflung macht sich Luft und erfüllt dieses steinerne, absurde Haus mit wahrstem Leben. Die letzten Feheln seiner Stimme flattern noch durch die Ecken und verfluchen hinter dem eisernen Zuschlag einer Tür. . . .

Aber es wirkte so, daß alle, die da auf ihr Schicksal warteten, auf die Lippen beißen mühten, um nicht auch loszuheulen vor Verzweiflung, sich der Wollust des einzigen Rechts hinzugeben, das hier am Plage: Zu schreien und zu heulen ob so viel ungerechter Quälerei. . . .

## Pontons und Pontonfähren.

Das furchtbare Unglück, das die Reichswehr bei Ueberschreitung einer Pontonfähre betrafen hat, lenkt die Aufmerksamkeit auf diese besondere Art von Brücken, welche hauptsächlich für Heereszwecke verwendet werden. Schon von Caesar wissen wir, daß er zur Ueberschreitung der Flüsse Pontons benutzte hat, da diese Brückenart für militärische Zwecke den großen Vorteil genießt, daß sie nicht nur transportabel ist, sondern auch sehr schnell an jeder beliebigen Stelle eines Flusses aufgebaut werden kann. Da diese Brücke gleichsam aus einzelnen Brückengliedern besteht, welche von den einzelnen Rähnen dargestellt werden, so ist auch die wechselnde Breite des Flusses kein Hindernis für die Ueberschreitung.

Eine derartige Pontonbrücke oder eine Pontonfähre besteht nämlich aus mehreren Schiffszweigen von Holz oder Eisenblech, die als Unterfüßung einer darüber aufzuliegenden Brücke benutzt werden. Die gesamte Brücke besteht also aus den Schiffszweigen und aus dem Breiterbelag, der über die Schiffszweige gelegt wird und nun zum Ueberschreiten des Flusses geeignet ist. Die Schiffszweige werden untereinander durch Leuze verbunden. Die preussischen Pontons hatten früher eine Länge von 7½ Meter, eine Breite von 1½ Meter und eine innere Höhe von 0,81 Meter. Der Tiefgang eines derartigen preussischen Pontons bei vorschrittsmäßiger Belastung der Brücke beträgt 0,50 Meter. Das preussische Ponton, das aus verzinktem Eisenblech besteht, hat ein Gewicht von 450 Kilogramm. Dies sind die Zahlen, die vor dem Kriege gebräuchlich waren, sie dürften jetzt keinerlei besondere Veränderungen erfahren haben. Die Pontons sind derartig gebaut, daß sie vollkommen dicht aneinander schließen und eine absolute Sicherheit beim Uebergang über Flüsse gewährleisten. Ihre Tragfähigkeit und ihr Tiefgang ist, wie die obigen Zahlen beweisen, aus genaueste selbst für altertümliche Belastung ausgerechnet, so daß eine Katastrophe nach menschlichem Ermessen kaum zu erwarten ist.

Bei dem Mäandernunfall unserer Reichswehr war allerdings nicht eine Pontonbrücke, sondern eine Pontonfähre im Gebrauch. Derartige Fahren finden sich häufig an Stellen, wo ein lebhafter Verkehr über den Fluß stattfindet, ohne daß eine feste Brücke dafür vorhanden ist. Auch diese Pontonfähren sind natürlich im allgemeinen auf größtmögliche Belastungen berechnet und bieten für altertümliche Belastung eine absolute Sicherheit. Wie bei allen technischen Menschwerken ist natürlich auch hier die Möglichkeit vorhanden, daß durch unvorhergesehene Umstände irgendwelcher dieser Pontons, auf denen sich der Breiterbelag der Fähre befindet, undicht wird und versinkt, wie es nach den Berichten offenbar bei dem letzten Mäandernunfall der Fall war. Dadurch verliert natürlich die andere Restfähre einen festen Stützpunkt an einer wichtigen Stelle, zumal durch Versinken des einen Pontons natürlich die anderen benachbarten in Mitleidenschaft gezogen werden. Dadurch ist die Stabilität aufs schwerste gefährdet und läßt sich kaum noch wiederherstellen. So ist es allein zu erklären, daß durch das Versinken des einen Pontons allmählich eine Schließstellung der Fähre eintrat, welche die Tragfähigkeit des gesamten Pontons und seine Sicherheit zerstört. Die Pontons werden bei unserem Heere auf eigens dazu verwendeten Pontonwagen mit der Truppe mitgeführt, um an jeder Stelle und zu jeder Zeit verwendungsfähig zu sein.

Im Karfreitagsonnet der Volksbühne, mittags 11½ Uhr, im Theater am Börsen-Platz, wird der Berliner Lehrer-Bildungsverein unter Hugo Hübel-Erdre von Bach, Beckhosen, Schubert, Schumann, Cornelius, Ruan u. a. zum Vortrag bringen. Gregor Pallogorsky spielt Werke von Bach für Violoncello.

Museumsführungen. Sonntag 10 Uhr vorm. finden die letzten wissenschaftlichen Führungen des laufenden Wintersemesters durch Direktorialbeamte statt und zwar im Neuen Museum (Koppten Besichtigungen zum Auslande) Dr. Schaff, im Kaiser-Friedrich-Museum (Italienische Kunst des 17. Jahrhunderts) Dr. Vogt und im Museum Brigg-Albrecht-Straße 7 (Italienische Kunst) Direktor Kimmel. Zukünftigen zu 50 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.



## Richard Fischer.

Zu seinem 70. Geburtstag.

Wer Parteigeschichte studieren wollte, könnte zu Richard Fischer in Unterricht gehen — vorausgesetzt, er würde sich dazu hergeben und es verspürte jemand in der Partei die Lust dazu, sich von einem solchen etwas knorrigen Lehrer die Examina abhören zu lassen.

Alle Phasen der Parteientwicklung hat Richard Fischer miterlebt. Nur noch wenige seiner Zeitgenossen in der Partei können sich dessen rühmen, Aufstieg und Niedergang, brutale Unterdrückung durch Gesetz und Behörden und freiere politische Entfaltung der Partei, Freund und Feind, Parteipaltung und Wiedervereinigung, treue Kameradschaft und auch so manchen Parteistreit hat er kennengelernt in seiner 50jährigen Parteitätigkeit, die ihn immer in der vordersten Reihe und in dem verantwortungsvollsten Posten sah.

In engerer Freundschaft mit Bebel, Liebknecht, Auer, mit Singer, Hasenclaver, Bernstein, Molkenbuhr und all den Alten bekannt und befreundet, verfügt er über eine selten reiche Kenntnis persönlicher Erfahrungen aus der internen Parteibewegung, die in gefälliger Unterhaltung oft in geistreicher Art durch ihn zum Vortrag kommt.

In laiblicher Familie erzogen, in der die gute Mutter ihre liebe Rat hatte, den Schlingel jeden Freitag zum enthaltsamen Fasten tag anzuhalten, war eigentlich der Boden für freigeistige Gesinnung nicht geschaffen. Trotzdem brach schon in sehr jungen Jahren bei ihm die reaktionäre Befinnung durch, die ihn im 18. Lebensjahr in die Parteibewegung trieb. Vom Seherberuf ging's bald in das damals besonders dornenvolle Amt eines Parteiredakteurs, dem er in dankbarer Erinnerung heute nicht immer gerade ehrfurchtsvolle Reverenz erweist.

Unter der Vera Tessendorf erwart er sich dann auch sehr bald die ersten politischen Sporen. Grothaus hatte es in 9 Tagen Redaktortätigkeit in der „Berliner Freien Presse“ auf neun Anklagen gebracht; Richard Fischer nach ihm im gleichen Amte in 6 Wochen nur auf 11 Anklagen. Die Majestäts, den Vizepräsidenten, den Magistrat, Mitglieder des stehenden Heeres und Gott weiß wen noch sollte er beleidigt, Staatseinrichtungen verächtlich gemacht haben. Die hochmütigen Herren stürzten ihn vor den Straf richter, der ihn trotz seiner allzeit glänzenden Selbstverteidigung zu 7 Monaten Kurzaufenthalt nach Plöbensee verurteilte; der Staatsanwalt wünschte sogar ihn auf 1½ Jahre unschädlich zu machen.

Nur umklar kann sich die heutige jüngere Generation der Partei genossen von der damaligen Schandzeit des Sozialistengesetzes, seiner brutalen Vor- und Nachzeit eine Vorstellung machen, in der die älteren Genossen ihre Haut zu Markte tragen mußten. Nichts illustriert die damalige Zeit besser als die eine Aufzeichnung, daß innerhalb zweier Monate 563 Personen wegen Majestätsbeleidigung denunziert und davon 521 Personen zu insgesamt 812 Jahren Gefängnis verurteilt wurden! Auch die „Berliner Freie Presse“ wurde verboten, die Druckerei geschlossen, 67 Genossen wurden aus Berlin ausgewiesen, darunter auch Richard Fischer. Nach seiner Entlassung aus der Haft drohte ihm bald wieder die Bekanntheit mit der Staatsanwaltschaft, weich freundlicher Aussicht er mit seiner Lebensbedeutung noch für sich zuwar kam. Hier in der Schweizer Vereinsdruckerei als Redakteur im Züricher „Sozialdemokrat“ tätig, ging er bei der späteren Ueberführung des Blattes nach London mit noch dort, um nach dem Fall des Sozialistengesetzes nach Deutschland zurückzukehren.

Wer so wie unser Dabliker diese politischen Stürme und Kämpfe mitemacht und den sozialen und kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse miterlebt hat, der muß es besonders schmerzhaft empfinden, wenn von oberflächlichen Kritikern im Vergleich zur heutigen Zeit behauptet wird, die Partei habe nichts geleistet, die Revolution und die Republik hätte den Arbeitern keinerlei Freiheit und keine Besserung ihrer Lebenslage gebracht.

Richard Fischer war nach dem Fall des Sozialistengesetzes als bald nach Deutschland zurückgekehrt und sofort wieder aktiv in der Partei tätig. Auf dem Parteitag zu Halle 1890 wurde er neben Auer als Sekretär in den Parteivorstand gewählt, ein Jahr später wurde ihm die Leitung der Partei-Buchhandlung übertragen, und 1902 übernahm er die Geschäftsführung des „Vorwärts“-Betriebes. Sicher eine der schwierigsten und persönlich aufreibendsten Stellungen in der Partei, in der er sich bei den im Betriebe beschäftigten Angestellten und Arbeitern, deren Wünsche zu befriedigen er gewiß beim besten Willen nicht immer in der Lage war, nicht nur Freunde erworben hat. Nur eine so starke und energische Natur konnte solchem verantwortungsvollen Posten vorstehen. Die härtesten Zeiten waren ihm auch hier nicht erspart. Wir denken dabei an die trostlose Zeit der Inflation, die mit ihren geschäftlichen Sorgen seine Gesundheit zu erschüttern drohten, von der seine zähe Natur sich aber zur größten Freude seiner Familie und Freunde sich wieder erholt hat.

Seine parlamentarische Tätigkeit als Berliner Abgeordneter seit 1893 wurde nur für kurze Zeit von 1898—99 und vom Mai bis zum Dezember 1924 unterbrochen.

Richard Fischer ist kein Mann der großen und blendenden Rede. Auch kein Mann großer konventioneller Höflichkeit, er scheint nach dem Grundsatz zu leben: „Am Deutschen läßt man, wenn man höflich ist“. Aber die rauhe Schale birgt einen zarten Kern in sich, ein feinsinniges Gemüt für Kunst, Musik und schöngeliger Literatur. Sein humorvoller Sarkasmus wirkt erzieherisch. Kurze, prägnante Bemerkungen in Sitzungen und im Parlament schaffen klare Entscheidungen in verzwickten Situationen. Sein Rat wird allenthalben geschätzt, sein Wort geachtet. Seine Mitarbeit in der Partei ist heute noch unschätzbar.

In seinem 70. Geburtstag ist es uns eine Freude, ihm sicher im Namen der Gesamtpartei innigste Glückwünsche darzubringen, und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß er zum Nutzen der Partei in guter Gesundheit uns noch recht lange erhalten bleiben möge!

## Der Magdeburger Prozeß.

Zimmer neue „Zeugen“.

Magdeburg, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nahm der Rothardt-Prozeß seinen Fortgang. Zunächst gab der Vorsitzende bekannt, daß der Reichstag die Vernehmung weiterer Reichstagsabgeordneter als Zeugen abgelehnt habe, was die Prozeßführung beeinflussen wird. Von Scheidemann ist ein Schreiben eingegangen, in dem er der Befürchtung Ausdruck gibt, daß er für die nächste Zeit nicht vernehmungsfähig sein werde, da ihm strengste Betruhe angedroht sei. Er habe das brennende Bedürfnis, gegen einige Zeugen auszusagen. Dem Schreiben ist ein weiteres Attest eines Spezialarztes beigelegt, der erklärt, eine Kasse nach Magdeburg und eine Vernehmung nicht verantworten zu können. Vielleicht käme eine Vernehmung in Kassel in Frage, wenn die Blutungen aufgehört haben. Ein Zeitpunkt dafür könne nicht angegeben werden. Der Vorsitzende erklärt, daß die Weiterführung des Prozesses in Frage gestellt sei, wenn es unmöglich sei, in den nächsten Wochen zu einer Vernehmung Scheidemanns zu kommen.

Daraufhin gab der Generalsstaatsanwalt in einem Schriftsatz die Gegenanträge gegen die letzten Beweisanträge der Verteidigung bekannt. Gegenüber den von der Verteidigung beantragten neuen Zeugen Michaels und v. Grävenitz sollen vorläufig 11 Zeugen

# Die Ruhrentschädigungen.

Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Ruhrentschädigungen begann am Donnerstag mit der sachlichen Verhandlung. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. von Lindener-Wildau (Dnatl.), wurden zunächst die Rechtsgrundlagen der Entschädigungen für Ricumlasten erörtert, nachdem festgestellt war, daß bezüglich der Entschädigung für erprete Lieferungen die Rechtsfrage nicht umstritten sei.

Hauptberichterstatter Dr. Perllius (3.) schilderte den Verlauf der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Ruhrindustriellen, die am 7. Oktober 1923 mit einem Briefe der Sechserkommission (gezeichnet Hugo Stinnes) an den damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann begann. Es folgte eine Reihe von Besprechungen mit den Industriellen. Das Reichskabinett befaßte sich mit der Angelegenheit zum erstenmal am 20. Oktober 1923. In dieser Sitzung wurde dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt, mit der Ruhrindustrie auf der Basis des von Stinnes schriftlich formulierten Vorschlags vom 20. Oktober zu verhandeln. Die Verhandlungen gingen dann weiter. Ihr Ergebnis war der in der Denkschrift der Regierung wiedergegebene

### Briefwechsel zwischen Stinnes und Stresemann

vom 1. und 3. November 1923. Die Regierung sagte der Industrie spätere Entschädigung für die Ricumlasten zu, wenn die Finanzlasten des Reiches es gestatte und die Leistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben würden. Die Industrie schloß dann Ende November mit den Befehlungsbehörden den ersten Ricumoertrag ab und die Lieferungen kamen in Gang.

Vor dem Ablauf des ersten, bis zum 15. April abgeschlossenen Vertrages kam es zu neuen Verhandlungen zwischen der Sechserkommission und der Regierung, in der das Kabinett auch für die Verlängerung der Vertragsdauer eine Entschädigung zusagte, sofern Gutschrift erfolge. Die Verhandlungen wiederholten sich Ende Mai, wobei der Industrie zum erstenmal eine ausdrückliche Kreditzulage gemacht wurde. Die Reichsbank erklärte sich bereit, einen vorläufigen Kredit von 65 Millionen für die weitere Finanzierung der Lieferungen bereitzustellen. Ueber den 15. Juni hinaus erklärte die Industrie keinerlei Lieferung mehr machen zu können. Darauf folgte die Reichsregierung Anfang Juni weitere Kredite zu und gewährte sie. Am 1. Juli leistete die Reichsregierung 24 Millionen in bar, 12 Millionen in der Form eines zinslosen Darlehens. Im nächsten Monat folgten dann umfangreiche Entschädigungsleistungen in der Form von E-Schahanweisungen. Was die Rechtsfrage betrifft, so verlangte die Reichsregierung am 6. Dezember 1924 ein Gutachten des Reichsjustizministeriums.

Das vom 12. Dezember datierte

### Gutachten des Reichsjustizministeriums

führte aus, die Briefe Stresemanns liehen verschiedene Auslegungen zu. Es frage sich, ob sie als vertragsrechtliche Verpflichtung oder als politische Zulage zu bewerten seien. Wäghendend sei der Sinn, den die Beteiligten dabei zugrundegelegt hätten. Dafür sei die Heranziehung der Protokolle der Kabinettsitzungen wesentlich. Das Justizministerium neige an sich dazu, daß es sich mehr um politische Zulagen handele, da die Briefe vom Reichskanzler und nicht vom Finanzminister gezeichnet seien. Gleichwohl sei in den Briefen von der Regierung der Wille zur Erstattung ausdrücklich festgelegt worden und deshalb bestünde dazu auch eine Verpflichtung. Bezüglich des Wahren der Entschädigung seien die Briefe zur Zeit der Leistungen zugrunde zu legen.

Drei Tage später wartete das

### Reichsfinanzministerium mit einem Gegengutachten (1)

auf, das die Ansprüche der Industrie voll anerkannte. Das Gutachten behauptete, es liege für das Reich eine absolute rechtliche Verbindlichkeit vor. Die beiden Männer, die den Briefwechsel vollzogen hätten (Stresemann und Stinnes) stammten aus der Industrie und hätten über die Folgen eines solchen Briefwechsels Bescheid gewußt! Es dürfe angenommen werden, daß Stinnes keine Verpflichtung eingegangen wäre, wenn er nicht in dem Schreiben des Kanzlers eine absolute Rückendeckung erblickt hätte. Die Kabinettsbesprechungen seien für die Beurteilung der Briefe unerheblich. Nach allgemeiner Rechtsauffassung könnten auch Vergleiche über öffentlich-rechtliche Ansprüche privatrechtlichen Charakter tragen. Der Reichskanzler sei nach den Artikeln 55 und 56 der Verfassung ermächtigt gewesen, absolut rechtsverbindliche Vergleiche abzuschließen, die privatrechtlichen Charakter für das Reich getragen hätten. Bezüglich der Preisfrage sei die Erlattung des „Gegenwerts“ zugelagt, es müßten deshalb die Preise zur Zeit der Zahlung zugrundegelegt werden.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Perllius (3.) erklärte als seine persönliche Auffassung, daß das Reich gegenüber der Industrie Rechtsverbindungen eingegangen und verpflichtet sei. Entschädigungen zu zahlen. In welchem Umfang die Verpflichtung bestanden habe, könnten erst die weiteren Prüfungen ergeben.

Richterlicher Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärte, daß er zu den Schlußfolgerungen des Berichterstatters noch nicht Stellung nehmen wolle, sich auch sein Urteil über die Rechtslage bis zur Vorlegung der Aktenauszüge über die Kabinettsitzungen und bis zur Abgabe weiterer Erklärungen der Regierung und der beteiligten Minister vorbehalte. Dies gelte besonders für die Entstehung der Ansprüche, weil hier nach seiner Ansicht es sehr viel auf den Wortlaut und die Begleitumstände ankomme.

Auf eine Anfrage teilte der Vorsitzende mit, daß die Ruhrindustrie ihrerseits im Juni 1924 sich ein Gutachten über die Rechtsverbindlichkeit der Zulagen der Regierung von den Herren Dr. von Staff und Dr. Heilmann beschafft habe.

Abg. Söder (Komm.) fragt, ob die Ausführung des Ministers Dr. Stresemann vom 20. Februar 1923 richtig sei, daß an der Kabinettsitzung vom 20. Oktober 1923 sämtliche Minister, auch die

sozialdemokratischen, teilgenommen, und daß auch sie mit der Uebernahme der Entschädigungsverpflichtung einverstanden gewesen seien.

Abg. Dr. Herx (Soz.) befragt die Richtigkeit der Darstellung Stresemanns. In der Kabinettsitzung sei nicht die Annahme der Vorschläge von Stinnes beschloffen, sondern nur der Reichskanzler ermächtigt worden, auf der Basis der Vorschläge von Stinnes zu verhandeln. An der Sitzung vom 20. Oktober haben alle Minister teilgenommen.

An den vorausgehenden wichtigen Besprechungen und Verhandlungen aber sind sie nicht beteiligt gewesen.

Am 8. Oktober hat eine Ministerbesprechung über den Brief von Stinnes stattgefunden, an der die Minister Raddach, Solmann und Schmidt nicht beteiligt waren. Auch von dem Briefe, den Stinnes am 7. Oktober geschrieben hatte, haben sie erst nachträglich Kenntnis erhalten. An den folgenden Besprechungen am 9. Oktober waren die Sozialdemokraten ebenfalls nicht beteiligt. Ebenso nicht an den Ministerbesprechungen Ende Oktober. Erst am 5. November, zwei Tage nach dem Ausscheiden des Ministers Robert Schmidt, ist das Wiederaufbauministerium zum erstenmal an den Besprechungen beteiligt worden.

Auf eine Frage des Abg. Bäß (Dem.), ob innerhalb der Regierung nicht die Rechtslage selbst verschiedentlich beurteilt worden sei (worauf sowohl das Gutachten der Industrie, wie das des Reichsjustizministeriums hindeutet), erklärte Ministerialdirektor v. Brandt vom Reichsfinanzministerium, bis zum Dezember 1924 habe die Regierung lediglich Abschlagszahlungen geleistet, in der Ueberzeugung, daß etwas geleistet werden müsse. Nur über die Höhe der Entschädigungspflicht habe Streit bestanden. Erst als man der Frage der Abschlagszahlungen näher kam, sei die Einholung eines Gutachtens nötig geworden. Vorher habe man angenommen, daß die Mithwirkung des Reichstages notwendig sei.

Die Sache habe aber wegen der Auflösung des alten Reichstages eine andere Entwicklung genommen, man sei so im Interesse des Reiches gezwungen gewesen, zu einer abschließenden Regelung zu kommen und dafür habe man volle Klärung der Rechtslage gebraucht. Allgemein sei zu sagen, daß die Ricumlasten und die erprete Lieferungen nichts anderes seien als die Erfüllung von Reparationsverpflichtungen des Reiches. Die Ruhrindustrie habe gewissermaßen als Geschäftsführer des Reiches gehandelt, als sie im November 1923 die Lieferungen auf sich genommen habe. Das Reichsfinanzministerium habe an der rechtlichen Verpflichtung des Reiches nie gezweifelt. Nur um den Zeitpunkt, von dem an die Zulage eingelöst werden solle, habe es sich gehandelt. Zuerst sei die Aufrechnung von Steueransprüchen des Reiches (Einkommens-, Vermögens- und Körperschaftsteuern) gegen die Ansprüche der Industrie gekommen, im April sei die Kreditvermittlung hinzugekommen, später sei mit Barleistungen eingegriffen worden, im Juli 1924 mit 153 Millionen E-Schahanweisungen. Dafür habe im Etat für 1924 eine ausdrückliche Ermächtigung bestanden, unter dem Titel „Reparations-Sachleistungen“. Bei den Verhandlungen im Herbst 1924 sei man schließlich mit den Industriellen zu einem Punkt gekommen, der eine endgültige Regelung erforderlich gemacht habe. Damals habe man geglaubt,

im Gegensatz zu der vorherbestehenden Auffassung, nicht bis zum Zusammentreten des neuen Reichstages warten zu können.

welch bei weiterem Zuwarten die Möglichkeit einer Reduktion der Ansprüche der Industrie im Wege des Vergleichs geringer geworden wäre. Um für das Reich möglichst gut abzuschneiden, habe man sich dann im Dezember zu dem Vergleich entschlossen, der eine Ermäßigung der Ansprüche von 725 auf 556 Millionen betrafft habe. Der Vorsitzende Abg. von Lindener-Wildau gab dann aus den inzwischen eingelaufenen Auszügen aus den Protokollen der Kabinettsitzungen vom 20. Oktober 1923 Einzelheiten bekannt. In der Sitzung nahmen alle Reichsminister und der preussische Ministerpräsident Braun teil. Der Reichskanzler schlug zum Schluß eine zweite Lesung des Gegenstandes vor (die aber nicht stattfand) und stellte die Einmütigkeit darüber fest, daß mit den Bergherrn verhandelt werden soll. Die Besprechung der Regierung mit Stinnes am 31. Oktober hat nach dem Protokoll ohne die sozialdemokratischen Minister stattgefunden. Sie haben am nächsten Tage an der Kabinettsitzung teilgenommen, befanden sich aber schon in Demission. Eine sachliche Neuherung von ihrer Seite ist in den Protokollen nicht enthalten, Minister Robert Schmidt bemängelte, daß er an den bisherigen Besprechungen nicht beteiligt worden sei und erklärte, er sei deshalb zu einer Stellungnahme nicht in der Lage. Der Minister Solmann hat die Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister als Stimmenthaltung zu betrachten.

Abg. Dr. Herx (Soz.) ergänzt die Feststellung des Vorsitzenden durch die Mitteilung des Protokolls über eine interne Besprechung der beteiligten Minister, die sich an die Konferenz mit Stinnes am 31. Oktober angeschlossen. Es kam hier zum Ausdruck, daß der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister den Vorschlägen von Stinnes zustimmen, wenn damit die Arbeit im Ruhrgebiet in Gang komme. Es handelte sich aber nur um eine vorläufige Anerkennung, da man an eine Zahlungsfähigkeit des Reiches vor zwei Jahren nicht glaubte. Die sozialdemokratischen Minister waren an der Besprechung nicht beteiligt.

Auch der Berichterstatter Dr. Perllius stellt fest, daß an den Ministerbesprechungen die sozialdemokratischen Minister nicht beteiligt waren, nur an den beiden Kabinettsitzungen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte schlug der Vorsitzende vor, die Mitglieder des Ausschusses möchten sich mit dem Inhalt der Akten im Finanzministerium bekanntmachen, damit in der nächsten Sitzung zur Rechtsfrage Stellung genommen werden könne. Die Sitzung wird voraussichtlich am 28. April stattfinden.

Am Freitag soll die Entscheidung über die Fortführung des Prozesses fallen.

## „Revolution, und ich noch in Uniform!“

Aus der guten alten Zeit.

München, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht München wurde am Donnerstagnachmittag der vor einigen Monaten vertagte Verleumdungsprozeß des ehemaligen bayerischen Kriegsministers Heilingrath gegen den Redakteur des „Traunsteiner Wochenblattes“ durchgeführt. Der Prozeß hat insofern einiges politisches Interesse, als der ehemalige König Ludwig und seine Kreise des bayerischen Volkes den damals regierenden Männern vorgeworfen haben, daß sie durch ihr pilschwidriges Verhalten der Revolution zum Siege verholfen haben. Das „Traunsteiner Wochenblatt“ hat bekanntlich behauptet, Heilingrath habe bei Ausbruch der Revolution im Landtage erklärt: „Am Gotteswillen, Revolution, und ich noch in Uniform!“, was zweifellos ein Beweis für die Furcht und Feigheit des damaligen Kriegsministers gewesen sei. Als Zeuge glaubte sich der damalige Ministerpräsident Handl daran zu erinnern, daß der Ausbruch von Heilingrath gebraucht wurde ohne das Wort „Am Gotteswillen“. Das gleiche bezeugte der damalige Landtagsabgeordnete Gaudorfer. Das Urteil lautete gegen den Redakteur wegen fortgesetzter Verleumdung auf 2000 M. Geldstrafe, da nicht erwiesen sei, daß Heilingrath den inkriminierten Ausbruch aus Furcht oder Feigheit gebraucht habe.

im Auftrag der Staatsanwaltschaft geladen werden und fünf weitere Zeugen über die von der Verteidigung behauptete Beziehung zwischen dem österreichischen und dem deutschen Munitionsarbeiterstreit. Beantragt wird ferner die Ladung des Bürgermeisters Stahl und des Stadtrats Brühl-Berlin, außerdem die noch nicht vernommenen sieben Arbeitermitglieder der Streikleitung. Was den von der Verteidigung behaupteten Munitionsausfall betreffe, so komme es nicht auf einen Produktionsausfall, sondern lediglich darauf an, ob der Kriegsmacht des Deutschen Reichs infolge der Rindererzeugung von Kriegsmaterial durch den Streik ein Nachteil zugefügt worden sei. General Gröner habe bereits bekundet, daß die operativen und strategischen Entscheidungen des Krieges nie durch Munitionsmangel beeinflusst worden sind. Der Generalsstaatsanwalt beruft sich ferner auf das Gutachten, das General von Ruhl an den Untersuchungsausschuß des Reichstags erstattet hat und in dem er darlegt, daß Mangel an Geschützen, Gewehren, Maschinengewehren und Munition die Operationen im Jahre 1918 nicht beeinflusst hat. Die Staatsanwaltschaft beantragt, als Zeugen hierfür die beiden Generale Wurzbacher und von Ruhl zu laden. Ferner legt die Staatsanwaltschaft den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten über die von diesem angeordneten Ermittlungen vor, wonach Orpel am 31. Januar, dem Tage der Treptower Versammlung, an seiner Arbeitsstätte durchgearbeitet hat. Ebenso wird dem Gericht die Wohnkarte unterbreitet, aus der auch hervorgeht, daß Orpel gearbeitet hat. Als Zeugen hierfür werden außerdem vier weitere Arbeitskollegen aus seinem Betrieb genannt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Ausperrung in der Metallindustrie.

Seit einigen Tagen streiken in Berlin die Kupferschmiede. Es handelt sich dabei um einen einfachen Kampf um höhere Löhne. Der Verein Berliner Metallindustrieller hat nun beschloffen, die Arbeiter mehrerer Lokomotivfabriken auszusperrn, wenn die Kupferschmiede nicht bis spätestens Sonnabend vormittag die Erklärung abgeben, daß sie am Montag die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Die Zahl der von der Ausperrung zunächst betroffenen Arbeiter beträgt rund 8000.

Bei den altbekannten Scharfmachermanieren des B.M.J. ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Kampf eine weitere Ausdehnung erfährt. Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist dieses Vorgehen des B.M.J. begleitet von einem Angriff auf die Urlaubszeit sämtlicher in den Betrieben des B.M.J. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Es ist weiter mit der Möglichkeit, wenn nicht mit der Wahrscheinlichkeit, zu rechnen, daß der B.M.J. gleichzeitig einen Generalangriff auf den Achtstundentag unternimmt. Heute vormittag findet eine entscheidende Verhandlung zwischen den Organisationen statt. Vermutlich der B.M.J. den Kupferschmiedern jede Lohnzulage, dann wird man wissen, daß er den Kampf auf breiterer Grundlage will.

Die Unternehmer in der Berliner Metallindustrie werden nicht zu behaupten wagen, daß die Lohnforderungen der Kupferschmiede übertrieben seien. Nach der offiziellen Reichsstatistik, die weder die erhöhte Lohnsteuer noch die erhöhten Sozialabgaben berücksichtigt, betrug die Löhnerzeugung im Februar 1935 gegenüber 1914. Nun kommt eine weitere schwere Steigerung der Löhne hinzu. Wenn die Kupferschmiede für ihre in jeder Beziehung schwere Arbeit 1,20 Mk. die Stunde fordern, so ist das angesichts der Löhnerzeugung eine sehr bescheidene Forderung. Das wird niemand von den Herren des B.M.J. bestreiten können.

Aber offenbar glaubt dieser Stoßtrupp der deutschen Scharfmacher, den Metallarbeitern Berlins alles bieten zu können. Wir machen sie darauf aufmerksam, daß sie eine schwere Enttäuschung erleben können. Die mostowitsche Pest der Arbeiterzerstückelung ist überwunden. Das Vorgehen des B.M.J. wird jedem Metallarbeiter zum Bewußtsein bringen, daß er der Willkür hartherziger Scharfmacher schuldig ausgeliefert ist, wenn er seiner gewerkschaftlichen Organisation nicht angehört. Die Neueintritte der letzten Wochen beweisen, daß es wieder aufwärts und vorwärts geht. Das Vorgehen der Unternehmer kann auf jeden Fall diese Entwicklung nur beschleunigen.

## Kommunistische Arbeiterpolitik.

Die Metallarbeiter stehen augenblicklich vor einem schweren Kampf gegen den B.M.J., der die hartgehaltenen Scharfmacher Deutschlands birgt. Das ist für das Berliner Bolshewistenblatt der geeignete Augenblick, um eine ganze Seite — diesem Kampf zu widmen? — Gott bewahre! Um eine ganze Seite mit der niederträchtigsten Verhöhnung der Metallarbeiter gegeneinander zu besudeln. Unwillkürlich kommt einem da der Gedanke, ob nicht der B.M.J. diese Seite bezahlt hat. Von den Angegriffenen erhalten wir dazu folgende Erwiderung:

Als die Inflation zu Ende ging, wurde der Betriebsrat von der Belegschaft aufgelöst, genau so wie in anderen Betrieben dazu überzugehen, Waren auf Abzahlung heranzuschaffen. Auf einstimmigen Beschluß des Betriebsrats, einschließlich der kommunistischen Betriebsräte, wurde dem B.M.J. die Kasse der Kollegen Rechnung getragen. Der Kollege Ernst Glaser, Sprecher der K.P.D.-Metallarbeiterfraktion, empfahl uns ebenfalls ein Geschäft, welches zu durchaus günstigen Bedingungen die Warenlieferung übernahm. Die Entschädigung für die Einkassierung ist unter denselben Bedingungen erfolgt, wie sie auch bei sämtlichen K.P.D.-Betriebsräten heute noch üblich ist, was die „Rote Fahne“ sehr leicht durch eine Rundfrage bei ihren Genossen in den Betrieben feststellen kann.

Selbstverständlich haben auch SPD-Genossen genau so wie Kommunisten Waren entnommen und, soweit sie Arbeit für die betr. Firma geleistet, sich diese aufrechnen lassen, wie dies auch von den K.P.D.-Betriebsräten der anderen Betriebe geschieht.

Nachdem jedoch eine gewisse Erleichterung in wirtschaftlicher Beziehung eingetreten war, haben die Betriebsräte der Brunnentstraße gerade auf unsere Veranlassung die Warenvermittlung im Oktober vorigen Jahres eingestellt, trotzdem wir auch heute noch überlaufen werden von den Kollegen in Betrieben, die Geschichte weiterzumachen.

Wie verhält es sich mit den sogenannten Unter-schlagungen?

Zunächst ist, daß gerade die Abrechnung des Spitzenkandidaten Käste der sogenannten roten Betriebsräte nicht stimmt. Bezüglich des K.P.D.-Betriebsrats Bercruffe sei bemerkt, daß dieser die Kassengeschäfte führte, Krüger also gar nichts damit zu tun hatte.

## Achtung, SPD-Metallarbeiter!

Die Branchensammlungen am Sonntag sind unbedingt zu besuchen. Gegenüber der schmuckvollen Heße, die von der K.P.D. gegen unsere Genossen inszeniert wird, ist es die Ehrenpflicht jedes Metallarbeiters, dafür zu sorgen, daß die Schleppenträger der Arbeiterverhöhnung im Deutschen Metallarbeiterverband endgültig kaltgestellt werden. Besuch deshalb geflohen die Branchensammlungen!

Ein haite. Bercruffe wurde plötzlich schwer krank, kam ins Krankenhaus, so daß er die Schlussabrechnung nicht mehr vornehmen konnte. Als Bercruffe das Krankenhaus verließ, hat er sofort die Abrechnung vorgenommen. Dies ist der K.P.D.-Fraktion durchaus bekannt; es wurde in ihrer Zelle auch festgestellt, daß alles einwandfrei erledigt sei. Weil aber Bercruffe es ablehnte, eine weitere Zerstückelung bei den Betriebsratswahlen mitzumachen und den Parolen der K.P.D. nicht Folge leistete, darum jetzt dieser hinterhältige, bemüht verlogene Angriff gegen ihn.

Auf die übrigen Verleumdungen einzugehen, lohnt sich nicht. Ich bin aber bereit, wenn es gewünscht wird, der „Rote Fahne“ mit Material zu dienen. Wer dabei am besten fahren wird, mögen dann die Kollegen entscheiden.

Bezüglich des Striehl sei folgendes gesagt: Striehl veranlaßt seine Kollegen, eine bestimmte Arbeit anzuführen. Der erste Kollege, der die Arbeit erbringt, nahm auch verabredungsgemäß seine Papiere. Als nun Striehl die Arbeit erhielt, wurde heftig und brav von ihm vertrieben. Darob natürlich große Empörung bei den dort beschäftigten Kollegen. Besonders seine K.P.D.-Kollegen machten ihm nunmehr die schwersten Vorwürfe, so daß es Striehl einfach nicht möglich war, weiterzuarbeiten und er selbst seine Papiere nahm.

Daß die K.P.D. Brunnentstraße nie zum Tummelplatz kommunistischer Parolen werden konnte, dafür haben wir unsere Kraft eingesetzt und werden es auch für die Zukunft weiter tun, gleichgültig, ob die „Rote Fahne“ unter Aufsicht ihres berüchtigten Waagner, der einstmalig durch Bernhard Krüger in Arbeit gebracht wurde und jetzt zum Dank dafür diesen dreistigen Artikel veröffentlicht, darüber töbt oder nicht. Im übrigen werden die Wahlen zum Betriebsrat diesen elenden Verleumdern die richtige Antwort bringen.

Bernhard Krüger, Betriebsratsvorsitzender.  
Franz Koch, Heinrich Solmisch, Friedrich Köcher,  
Wilhelm Bercruffe, Mitglied der K.P.D.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Die K.P.D. hat sich, um wieder Fühlung mit den Massen zu bekommen, sogenannte Arbeiterkorrespondenten zugelegt. In Wirklichkeit wird von allerlei zweifelhaften Subjekten die „Rote Fahne“ als Ablagerungsstätte für Unrat benutzt. Die größten Lumpen sind dem Blatt willkommen, um die Verhöhnung der Arbeiter untereinander zu betreiben. Wir haben so manche Zuschrift, in der diese Arbeiterkorrespondenten abunterteilt werden, einfach dem Papierkorb überantwortet, weil es uns widerstrebt, auf das Niveau des Bolshewistenblattes hinabzusteigen und uns mit dem Lumpengefindel herumzuschlagen, das sich dort als „Arbeiterkorrespondenten“ breit machen darf. Aber jetzt, im Augenblick des schwersten Kampfes, diese Niedertracht zu begehen, das ist ein so offenkundiger Arbeiterverrat, dem die Strafe auf dem Fuße folgen muß.

## Ein auffällender Rechtsirrtum.

Ein Arbeiter der Königsstädtischen Dampfmaschinenfabrik, der fristlos entlassen war, klagte bei der Kammer I des Gewerbegerichts (vorsitzender Magistratsrat Dr. Leddenburg) auf Bezahlung der vierzehntägigen Kündigungsfrist, die nach § 122 der Gewerbeordnung für ihn gelte, weil bei seiner Einstellung nichts anderes mit ihm vereinbart worden sei. Die Beklagte berief sich auf ihre Arbeitsordnung, welche die Kündigung ausschließt. Dagegen machte der Kläger geltend, daß ihm weder von dem Inhalt noch von der Existenz der Arbeitsordnung etwas bekannt sei, denn im Betriebe hänge keine Arbeitsordnung aus, sie sei ihm auch nicht ausgehändigt worden.

Das Gericht wies den Kläger ab mit der Begründung, er müsse doch wissen, daß in einem Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern eine Arbeitsordnung bestehen müsse, er hätte sich also nach ihrem Inhalt erkundigen müssen (!)

Dies Urteil beruht auf einem unbegreiflichen Rechtsirrtum, denn § 134e der Gewerbeordnung sagt: „Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Der Aushang muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen.“

Hieraus folgt doch, daß nicht der Arbeiter nach der Arbeitsordnung zu fragen hat, sondern daß sie ihm in der durch § 134e vorgeschriebenen Form zur Kenntnis zu bringen ist und daß sie, wenn diese Form nicht erfüllt ist, für den Arbeiter nicht rechtsverbindlich sein kann. In diesem Sinne haben auch andere Kammern des Gewerbegerichts bisher stets entschieden.

## Nachklang zum Böttcherstreik.

Nach Mitteilung durch den Böttcherverband weigert sich die Effigfabrik A. Timmer, Berlin, Büchlingstr. 7, noch heute, 14 Tage nach Beendigung des Streiks, ihre Böttcher wieder einzustellen. Der Betrieb bleibt daher für Böttcher gesperrt. Auch die Firma Effigwerke A. Kühne, Berlin, Brunnenstr. 111 (früher: Kaff. u. Königl. Hoflieferant), weigert sich vereinbarungsgemäß alle Leute wieder einzustellen. Nicht wieder eingestellt ist u. a. ein Böttcher, der über 24 Jahre bei der Firma beschäftigt war und dort gesundheitlich erheblich geschädigt wurde. Das Tarifschiedsgericht tagt am kommenden Dienstag und wird über diese Streikfälle entscheiden.

## Streikbeschluss der Duisburg-Ruhrorter Hafenarbeiter.

Duisburg, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die im Deutschen Berkeverbund organisierten Duisburg-Ruhrorter Hafenarbeiter veröffentlichen einen Aufruf, in dem eine Streikaktion angekündigt wird, falls die von den Arbeitnehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung des vom Arbeitgeberverband angeführten Schiedspruches, der eine Lohnhöhung von durchschnittlich 5 bis 8 Proz. vorseht, nicht bis zur nächsten Lohnzahlung erfolgt.

## Zum polnischen Landarbeiterstreik.

Warschau, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der polnischen Landarbeiter umfaßt dreißig Bezirke mit 80 Proz. Streikenden. Im allgemeinen ist der Streik ruhig verlaufen, nur in der Wojewodschaft Lodz haben sich Zusammenstöße ereignet. Auch im Posener Bezirk, wo von 100 000 Arbeitern 70 000 Streikern, ist die Polizei eingeschritten. In Pomerellen und der Wojewodschaft Warschau streiken zehn Prozent. Die Intervention der Regierung führte nicht zum Ziel, da die Arbeitgeber die normalen Verdienste bereits als zu hoch bezichneten.

Den nun in den Verfall des Schulungsabstufens aber Bureaukratischen einsetzenden Jugendlichen soll Gelegenheit gegeben werden, die Jugendberufshilfe des Reichs und des Landes in der Jugendberufshilfe in folgenden Jugendberufshilfen, die unter dem Vorkaufsrecht „Hilfsstellen“ bezeichnet werden: Berlin, den 3. April, in der Aula des Schul-Tempelhofes; Uster 2; Sonnenhof, den 4. April, im Jugendheim Schönholzerstraße 1 (Schönholzerheim); Sonnenhof, den 5. April, in der Aula der Schule Rönnekestraße 80-82; Rönneke, den 6. April, im Jugendheim der Schule Germaniastraße 4-6; Tempelhof, den 7. April, in der Aula des 1. Gymnasiums, Neustadt, Berlin, Str. 9-10. In diesen Veranstaltungen, zu denen die neuen Berufsaufsteiger nach dem Eltern einladen sind, sind folgende Darbietungen vorgesehen: Musik, Gesang, Rezitation, Volkstänze, Ansprachen, Aufführungen, Lichtbildervortrag. Beginn der Veranstaltungen abends 7 1/2 Uhr. Kaufmannslehrlinge, jugendliche Arbeiter, geht in die Jugendberufshilfe des Reichs! (Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Salernus; Redaktion: Dr. John Schimanski; Sozial- und Sonstiges: Fritz Köhler; Anzeigen: Ed. Giese; (ämtlich in Berlin). Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 3. Seite 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

# Billige Lebensmittel Hermann Tietz

<p><b>Mangoldgäbe vorzuziehen</b></p> <p><b>Kalbskamm</b> ..... Pfund 60 Pf.  <b>Kalbsrücken und Brust</b> ..... Pfund 70 Pf.  <b>Kalbskeulen</b> ..... Pfund 80 Pf.  <b>Rückenfleisch</b> ..... Pfund 72 Pf.  <b>Schweineschulterblatt</b> ohne Bellage, Pfd. 82 Pf.  <b>Hammelvorderfleisch</b> ..... Pfund 70 Pf.  <b>Hammelrücken</b> ..... Pfund 75 Pf.  <b>Hammelkeulen</b> ..... Pfund 90 Pf.  <b>Schweinköpfe</b> gepökelt ..... Pfund 32 Pf.  <b>Pökelschinken</b> o. Schlund, ca. 2 Pfund 1,30  <b>Rindertalg</b> selbst ausgebraten ..... Pfund 60 Pf.  <b>Rinderbacken</b> gefroren ..... Pfund 32 Pf.  <b>Rinderherzen</b> gefroren ..... Pfund 34 Pf.  <b>Schweinenieren</b> gefroren, wie frisch, Pfund 60 Pf.  <b>Pa. Ochsen-Suppenfleisch</b> gefr., Pfund 50 Pf.</p>	<p><b>Wurstwaren</b></p> <p><b>Delik.-Sälze</b> ..... Pfund 45 Pf.  <b>Schweinskopf</b> ..... Pfund 65 Pf.  <b>Hausm.-Leberw.</b> ..... Pfund 95 Pf.  <b>Speckwurst</b> ..... Pfund 95 Pf.  <b>Fleischwurst</b> ..... Pfund 1 00  <b>Bauernmettw.</b> ..... Pfund 85 Pf.  <b>Knoblauchw.</b> ..... Pfund 1 05  <b>Bockwurst</b> ..... Pfund 1 15  <b>Mettwurst</b> ..... Pfund 1 30  <b>Salami</b> ..... Pfund 1 45</p> <p><b>Backartikel</b></p> <p><b>Weizenmehl</b> ..... Pfund 21 Pf.  <b>Weizenmehl</b> ..... Pfund 23 Pf.  <b>Auszugmehl</b> ..... Pfund 25, 27, 30 Pf.  <b>Kartoffelmehl</b> ..... Pfund 25 Pf.  <b>Maispuder</b> ..... Pfund 25 Pf.  <b>Weizenpuder</b> ..... Pfund 48 Pf.  <b>Rosinen</b> ..... Pfund 45 Pf.  <b>Sultaninen</b> ..... Pfund 65 Pf.  <b>Korinthen</b> ..... Pfund 68 Pf.  <b>Kokosnuss</b> ..... Pfund 60 Pf.  <b>Mandeln</b> ..... Pfund 65 Pf.  <b>Orangeat</b> ..... Pfund 1 40  <b>Mandeln</b> ..... Pfund 2 50  <b>Zitronat</b> ..... Pfund 3 00</p>	<p><b>Käse</b></p> <p><b>Camembert</b> ..... Schachtel 24 Pf.  <b>Camembert</b> ..... Schachtel 25 Pf.  <b>Quadratkäse</b> ..... Pfund 35 Pf.  <b>Allg. Stangenkäse</b> ..... Pfund 70 Pf.  <b>Allg. Limburger</b> ..... Pfund 70 Pf.  <b>Dän. Gouda</b> ..... Pfund 70 Pf.  <b>Edamer</b> ..... Pfund 80 Pf.  <b>Steppenkäse</b> ..... Pfund 90 Pf.  <b>Steinbuscher</b> ..... Pfund 90 Pf.</p> <p><b>Frisch gebr. Kaffee</b> ..... Pfund 2 50, 3 10, 3 50, 3 80, 4 20  <b>Kaffee-Misch.</b> ..... Pfund 98 Pf.  <b>Kakao</b> gute Qualität, Pfund 85 Pf.  <b>Kakao</b> ..... Pfund 55 Pf.  <b>Chin. Tee</b> ..... Pfund 2 50, 4 20, 4 50, 5 00  <b>Vollmilch</b> ..... 4 Dosen 80 Pf.  <b>Amerik. Vollmilch</b> ..... Dosen 46 Pf.</p> <p><b>Johann-Oleu u. Orange-Kaustil</b> ..... 60 Pf.  <b>Pflanzöl</b> ..... 85 Pf.  <b>Kirsch-Limbeer</b> ..... 1 00  <b>Souffle-Eier</b> ..... 1 00  <b>Uleu- und Erdbeer-Kaustil</b> ..... 1 10</p>	<p><b>Obst- und Gemüsekonserven</b></p> <p><b>Stangenspargel</b> ..... Pfund 2 25  <b>Stangenspargel</b> ..... Pfund 2 70  <b>Stangenspargel</b> ..... Pfund 3 05  <b>Stangenspargel</b> ..... Pfund 3 25  <b>Brechspargel</b> ..... Pfund 1 60  <b>Brechspargel</b> ..... Pfund 2 00  <b>Brechspargel</b> ..... Pfund 2 45  <b>Brechspargel</b> ..... Pfund 2 75</p> <p><b>Junge Erbsen</b> ..... Pfund 1 70  <b>Junge Erbsen</b> ..... Pfund 80 Pf.  <b>Junge Erbsen</b> ..... Pfund 55 Pf.  <b>Karotten</b> ..... Pfund 40 Pf.  <b>Junger Kohlrabi</b> ..... Pfund 48 Pf.  <b>Pfefferlinge</b> ..... Pfund 98 Pf.  <b>Bohnen</b> ..... Pfund 1 10  <b>Bohnen</b> ..... Pfund 98 Pf.</p> <p><b>Tomatenpurée</b> ..... Pfund 75 Pf.  <b>Pflaumen</b> ..... Pfund 40 Pf.  <b>Pflaumen</b> ..... Pfund 53 Pf.  <b>Pflaumen</b> ..... Pfund 48 Pf.  <b>Kirschen</b> ..... Pfund 48 Pf.  <b>Apfelsin</b> ..... Pfund 40 Pf.  <b>Gemischte Früchte</b> ..... Pfund 78 Pf.  <b>Birnen</b> ..... Pfund 50 Pf.</p>	<p><b>Bowlen- u. Tischweine</b></p> <p><b>1923er Edenkoben</b> ..... Pfund 6,88  <b>1922er St. Martin</b> ..... Pfund 7,50  <b>1922er Nesenicher</b> ..... Pfund 9,50  <b>1922er Bayerischer Schloßberg</b> ..... Pfund 10,60  <b>1921er Edenkoben</b> ..... Pfund 12,00  <b>1922er Valwiger Palmberg</b> ..... Pfund 15,00  <b>1922er Nockenb. Fritzenhöll</b> ..... Pfund 17,50</p> <p><b>1922er Konigsges. Rotwein</b> ..... Pfund 8,00  <b>1922er Birkelimer Rotwein</b> ..... Pfund 9,50  <b>1922er Birkelimer Feuerberg</b> ..... Pfund 12,00  <b>1922er Palmberg, Bordenberg</b> ..... Pfund 15,00  <b>1921er Edk. Forderung-Litras</b> ..... Pfund 21,00  <b>Vinho do Portugal</b> ..... Pfund 17,50  <b>Orig. Insel Sams</b> ..... Pfund 17,50</p>
<p><b>Räucherwar. u. Fische</b></p> <p><b>Makrele</b> ..... Pfund 24 Pf.  <b>Sprotten</b> ..... Pfund 30 Pf.  <b>Ahlf. Flunder</b> ..... Pfund 40 Pf.  <b>Lachs</b> ..... Pfund 1 00  <b>Schollen</b> ..... Pfund 25 Pf.  <b>Grüne Heringe</b> ..... Pfund 13 Pf.  <b>Kablau</b> ..... Pfund 20 Pf.  <b>Bratschellfisch</b> ..... Pfund 15 Pf.  <b>Zander</b> ..... Pfund 30 Pf.</p> <p><b>Obst und Gemüse</b></p> <p><b>Zitronen</b> ..... Pfund 35, 45 Pf.  <b>Mandarinen</b> ..... Pfund 45 Pf.  <b>Blutorangen</b> ..... Pfund 55, 75, 95 Pf.  <b>Feigen</b> ..... Pfund 25 Pf.  <b>Zwiebeln</b> ..... Pfund 18 Pf.  <b>Weißkohl</b> ..... Pfund 7 Pf.  <b>Möhren</b> ..... Pfund 6 Pf.  <b>Rotkohl</b> ..... Pfund 15 Pf.  <b>Malta-Kartoff.</b> ..... Pfund 13 Pf.</p>	<p><b>Deutsche Weinbrände</b></p> <p><b>Manegold</b> ..... Pfund 3 30, 3 20  <b>Enzler</b> ..... Pfund 3 75, 3 60  <b>Adler-Silber</b> ..... Pfund 3 30, 3 50</p> <p><b>Alkoholfreier Apfelsaft</b> ..... Pfund 75 Pf.  <b>Welswein</b> ..... Pfund 90 Pf.  <b>Rotwein</b> ..... Pfund 1 20</p> <p><b>Weine vom Fass</b></p> <p><b>Tarragona</b> ..... Pfund 1 50  <b>Malaga</b> ..... Pfund 1 50</p>	<p><b>Margarine</b> ..... Pfund 56, 65, 70 Pf.  <b>Margarine</b> ..... Pfund 58 Pf.  <b>Molkereibutter</b> ..... Pfund 1 05</p> <p><b>Kokosfett</b> ..... Pfund-Tafel 70 Pf.  <b>Noil. Rinderfett</b> ..... Pfund-Tafel 70 Pf.  <b>Molkereibutter</b> ..... Pfund-Tafel 90 Pf.</p> <p><b>Schokoladenhasen</b> ..... Stück 10 bis 750  <b>Marzipaneier</b> ..... Stück von 10 3 50  <b>Desserteier</b> ..... Stück von 5 Pf. bis 40 Pf.</p> <p><b>la Palmölseife</b> ..... Stück ca. 100 g 80 Pf.  <b>Salmiak-Seifenpulver</b> ..... Pfund 18 00  <b>Hoffmanns Stärke</b> ..... Pfund-Karton 30 Pf.</p> <p><b>Bohnerwachs</b> ..... Pfund 75 Pf.  <b>Flüssig-Farnier</b> ..... Pfund 1 20  <b>Dravin Fleckenwasser</b> ..... Flasche 45 Pf.</p>		
<p><b>ZIGARREN:</b></p> <p><b>Lovag</b> ..... 20 Stück 20 00  <b>Sport</b> ..... 25 Stück 3 00</p> <p><b>Don Ramiro</b> ..... 3 25  <b>Mascara</b> ..... 25 Stück 5 00</p>	<p><b>Arkadia</b> ..... 6 00  <b>Onoina</b> ..... 7 50</p> <p><b>Flor de Lopez</b> ..... 25 Stück 6 25  <b>Zigaren</b> ..... 25 bis 50 Pf.</p>	<p><b>la Palmölseife</b> ..... Stück ca. 100 g 80 Pf.  <b>Salmiak-Seifenpulver</b> ..... Pfund 18 00  <b>Hoffmanns Stärke</b> ..... Pfund-Karton 30 Pf.</p>	<p><b>Schokoladen-Geschenkeier</b> ..... Stück 40 bis 39 50  <b>Dragee-Eier</b> ..... Pfund 80 Pf.  <b>Pappmaché-Eier und -Nasen</b> in grosser Auswahl</p>	



# Nachklang zum Bolle-Streik.

## Die „Friedrich-Ebert-Straße“ durch Stadtverordnetenbeschluss gesichert.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Ehrung des verstorbenen Reichspräsidenten. Sie fordert den Magistrat auf, den vom Reichstagshaus am Brandenburger Tor nach zum Potsdamer Bahnhof führenden, aus Sommerstraße und Budapest Straße sich zusammensetzenden Straßenzug „Friedrich-Ebert-Straße“ zu nennen. Der Beschluß kam zustande trotz der Opposition der Deutschnationalen und der selbstverständlich auch hier wieder in treuer Bundesbrüderschaft zu ihnen haltenden Kommunisten. Die gestrige Sitzung wurde größtenteils in Anspruch genommen durch eine verspätete Debatte über den Bolle-Streik, der reichlich lange hinter uns liegt, und durch einen Streit um die städtische Schlächtereier Hobrechtsfelde. Aus den Tagen des Bolle-Streiks brachten die Kommunisten erneut ihre überlieferten Angriffe gegen den Stadtrat Genossen Wuyt vor, der dann erneut den richtigen Tatbestand feststellte. Gegen die Schlächtereier Hobrechtsfelde, die, wie alle Betriebe der Stadt, gewissen Leuten ein Dorn im Auge ist, richtete der vorkommunistische Dr. Falkenberg heftige Angriffe wegen angeblicher Kinderwertigkeit ihrer Waren. Genosse Protat fertigte ihn ab.

Die gestrige, um 3 1/2 Uhr durch den Vorsteher Gen. Hoff eröffnete Sitzung der Stadtverordneten, befaßte sich zunächst mit dem inzwischen längst beendeten Streik bei der Meierei Bolle. Der von unseren Genossen am 6. März gestellte bewilligte Antrag ist damit im wesentlichen gegenstandslos geworden. Die Kommunisten hatten am 4. März aus Anlaß des Streiks verlangt, der Magistrat solle die Betriebsleitung der Bolle u. a. zur Verantwortung ziehen und sofort die

### Kommunalisierung des gesamten Milch- und Meiereiproduktenhandels für Berlin

in die Wege fassen. Nachdem Venus (Komm.) weisfüßig auf den Streik und seine Vorgeschichte eingegangen war, wobei es natürlich wie immer an Seitenhieben auf die Sozialdemokraten nicht fehlte, nahm Gen. Reimann, um einer Legendenbildung vorzubeugen, zu der Feststellung Veranlassung, daß nur das Redebüchlein der Kommunisten es seinerzeit verhindert habe, dem Streik ein früheres Ende zu bereiten und so den Streikenden und auch den Interessen der Bevölkerung zu dienen. Dann richtete er an den Magistrat die Bitte, doch bei Streiks in derart lebenswichtigen Betrieben sofort von sich aus kräftigst sich einzusetzen, um solche Bewegungen zunächst im Keime zu ersticken. Was den Polizeischutz angeht, so werde er vielfach bei Streiks zum angeblichen Schutz von Streikbrechern und Arbeitswilligen eingesetzt, in Wirklichkeit diene er dazu, den Unternehmern billige Arbeitskräfte zu verschaffen; die Polizei sei doch nur anzubieten, wenn unbedingt Unruhen drohen. Den Arbeitern und Angehörigen der Firma Bolle könne kein besserer Rat gegeben werden, als sich schleunigst gewerkschaftlich zu organisieren, dann könnten sie nicht nur ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern, sondern auch im richtigen Moment gewissen „Schweineereien“ steuern. — Gen. Stadtrat Wuyt stellte fest, daß es dem Magistrat an jedem Nachmittage fehle, die Beauftragten der Firma zur Rechenschaft zu ziehen oder gar die Meierei entschädigungslos zu enteignen und als Kommunalbetrieb zu übernehmen. Er konstatierte dann Herrn Venus gegenüber zum dritten Male, daß an ihn niemand um Vermittlung oder dgl. herankommen sei. Ganz im Sinne Reimanns habe sich der Magistrat sofort, schon am zweiten Tage, um die Beilegung des Streiks bemüht, leider ohne Erfolg. Was die Heranziehung der Technischen Nothilfe betreffe, so habe der Magistrat auf Anfrage des Handelsministeriums wie des Polizeipräsidenten geantwortet, daß trotz der Stilllegung von „Bolle“ kein Notstand in der Berliner Milchversorgung vorliege. — Reins, Milchhändler (Wirtsch.), bestätigte, daß überall in Berlin genügend Milch vorhanden gewesen ist, und sprach sich natürlich gegen die Idee der Milchkommunalisierung aus. Die Vorlage wegen

### Weitergewährung von Abfindungsummen an verheiratete Beamtinnen

im Falle ihres freiwilligen Ausscheidens gab der Genossin Niedger Anlaß, gegen die eigenartige Begründung Stellung zu nehmen, dieser Begründung sei zu entnehmen, daß die städtische Verwaltung die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Frauen sehr wohl anerkenne; es sei nicht zu verstehen, weshalb man hier zwischen verheirateten und unverheirateten Beamtinnen einen Unterschied mache. — Der Stadtsyndikus erwiderte, daß beamtete Frauen, die mit ein Einkommen beziehenden Männern verheiratet sind, ein „stilles Element“ (1) in der Verwaltung seien. — Die Ueberlösung der Festräume des Rathauses an den Preussischen Landgemeindenverband zur Veranlassung eines parlamentarischen Abends wurde bewilligt, die Sitzung für den Vieh- und Schlachthof genehmigt. — Gegenüber dem Beschluß der Versammlung vom 27. November v. J. wegen Aufhebung der Verfügung vom 15. Juni — betreffend die Gewährung von Wohnung und Beförderung an das neu einzustellende Tarifpersonal der Kranken- und Pflegeanstalten — hat sich der Magistrat ablehnend verhalten. Zur Begleichung der bestehenden Differenzen wurde auf

**Antrag unserer Genossen**  
den Zimmermann begründete, die Einsetzung eines gemischten Ausschusses beschlossen, den auch Bürgermeister Dr. Scholz nicht einzumenden hatte. In einer Rede von außergewöhnlicher Ausdehnung bemühte sich dann Dr. Falkenberg (Dp.), den Antrag seiner Fraktion auf Biederzulassung des freien Wettbewerbs bei der Verlesung von Fleisch- und Wurstwaren, die die städtischen Fleischwerke Hobrechtsfelde auch in letzter Zeit wiederholt eine nicht einwandfreie Ware an die städtischen Anstalten geliefert haben, der Verammlung schmachhaft zu machen. Er hat ein ganzes Arsenal von Gutachten und Zeugnissen über Probeentnahmen usw. aufgehäuft, womit die Kinderwertigkeit der Produkte der städtischen Fleischwerke und die Notwendigkeit der Bevorzugung der privaten Betriebe dargelegt werden sollte.

An dieser Stelle der Verhandlungen wurden nach 7 Uhr die am Dienstag vertagten Abstimmungen eingeschoben. Der Antrag des Haushaltsausschusses über die

### Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder

wurde mit der Erweiterung, daß dem Stadtsyndikus zum Einzelgehalt III eine Zulage von 10 Proz. gewährt werden soll, in namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 24 Stimmen angenommen. — Der mittelstandsdemokratische Antrag der Wirtsch. P. gegen die Errichtung städtischer Verkaufsstellen der „Gemeinnützigen G. m. b. H.“ verfiel der Ablehnung. — Der Antrag der Komm. zum Bolle-Streik erhielt nur die Stimmen der Antragsteller; der Antrag unserer Genossen dazu war zurückgezogen worden. — Die Ausschussanträge zum Antrage Heimann wegen Umbenennung von Straßen und Plätzen fanden eine große Mehrheit. Mit großer Mehrheit wurde auch nach einem Antrage der Dnat. die grundsätzliche Zustimmung zu dem Antrage der Soz. eine Verkehrsstraße als Friedrich-Ebert-Straße zu bezeichnen, auszusprechen, dagegen der zweite Teil des deutschnationalen Antrags, der den Magistrat um einen bestimmten Vorschlag ersucht, abgelehnt. Der weitere Antrag unserer Genossen, die

**Budapest- und Sommerstraße in Zukunft „Friedrich-Ebert-Straße“ zu benennen**, wurde darauf in seinen beiden Teilen angenommen; gegen die Budapest Straße stimmten Dnat. und Komm., gegen die Sommerstraße Dnat., Dp. und Komm.

**Einmütig angenommen wurde auch ein Antrag unserer Genossen, der den städtischen Arbeitern eine 10prozentige Lohn-erhöhung vorschlägt.**

Eine Mehrheit fanden auch die Anträge der Wp. betr. einheitliche Fernspreckgebühren für Groß-Berlin, und betr. Ausdehnung des Stadtbahnsondertarifs auf die Berliner Außenbezirke. — Der komm. Antrag betr. die Vergebung von Wohnungen im Hause Friedrichstraße 129 wurde verworfen.

Nach einer Pause wurde um 8 Uhr die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder für das „Deutsche Opernhaus“ vorgenommen. Vorher erhob Lange (Z.) die Forderung,

daß der Magistrat der Versammlung alsbald eine ausführliche Darlegung der Maßnahmen zugehen lassen solle, die er in Ausführung der ihm in Sachen „Deutsches Opernhaus“ erteilten Mandatsvollmacht getroffen hat. Zur Wahl, die durch Namensaufruf erfolgen mußte, waren 5 Vorschlagslisten eingereicht worden. Von den 7 Aufsichtsräten stellt die sozialdemokratische Fraktion die Genossen Heimann, Flatau und Hottlich. Nach Erledigung der Wahl fuhr die Versammlung in der Erörterung fort, die der Antrag der Wp. über den

### Betrieb der Fleischwerke Hobrechtsfelde

veranlaßt hat. **Oskowski (Komm.)** erbielt in dem Vorschlag der Wp. die Absicht, den Preisanschlägereien die unangenehme Konkurrenz eines städtischen Betriebes vom Halbe zu schaffen. — Gen. Protat: Selbstverständlich muß alles getan werden, um eine völlig einwandfreie Beseferung zu ermöglichen. Dr. Falkenberg aber hat eine mehr als auffällige Voreingenommenheit an den Tag gelegt. Bereinigte Berechnungen einzelner untergeordneter Kräfte, Gefellen oder Behränge, wie sie in jedem Betriebe vorkämen, können nicht der Meinung zur Last gelegt werden. Dr. Falkenberg hat sein Material auf unrichtigen Wegen erlangt und hat bis ins Jahr 1923 zurückgegriffen. Man schenke die bedenklichsten Mittel nicht, um einer unangenehmen städtischen Gesellschaft etwas anzuhängen. Als Aufsichtsratsmitglied der städtischen Güter lenne ich diese Dinge aus Erfahrung. Wir sind auch durchaus für die Einsetzung eines Ausschusses, der die vorgebrachten Beschwerden gründlich untersuchen soll. — **Erz. Richter (Dnat.)** hielt es nicht für angezeigt, die Krankenhäuser zu zwingen, ihren gesamten Bedarf von Hobrechtsfelde zu beziehen, und redete auch einer gründlichen Untersuchung das Wort. — Stadtrat Wege bedauert, daß er von Dr. Falkenberg nicht vorher über die neuen Beweismittel informiert worden sei. Täglich beliebere Hobrechtsfelde tausend von Kranken mit Fleisch und Wurst. Die Revisionen seien durchaus unermüdet und unangenehm vorgenommen worden; der beleidigende Vorwurf, daß „künstliche“ Gewächse beschafft worden seien, werde auf seine Berechtigung sehr gründlich nachgeprüft werden.

Damit schloß die Aussprache; die Einsetzung eines Ausschusses wurde beschlossen. Die Beratung der übrigen, noch auf der Tagesordnung stehenden Anträge wurde vertagt. Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

### „Ein Affront“

Die Budapest Straße hat den Namen des ersten Reichspräsidenten erhalten. Der „Lokal-Anzeiger“ fühlt sich in seiner gestrigen Abendausgabe bemüht, folgendes zu schreiben: „Es sieht ganz so aus, als ob die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus mit freudwilliger Unterstützung der Demokratie und des Zentrums tatsächlich der uns befreundeten ungarischen Nation den Affront antun will, die im Kriege ihr zu Ehren so benannte Budapest Straße in Friedrich-Ebert-Straße umzuwandeln.“ Im weiteren Verlauf wird der „Lokal-Anzeiger“ der Sozialdemokratie vor, daß sie aus Parteilichkeit gerade diese Straße zur Umbenennung gewählt habe. Der gute „Lokal-Anzeiger“! Ausgerechnet er läßt sich berufen, vor „außenpolitischen Verwundungen“ durch Umbenennung irgend eines Straßennamens zu warnen. Wir wollen sein Gedächtnis etwas auffrischen. Da ist zum Beispiel der Pariser Platz. Jedermann in Berlin weiß, daß er nicht zu Ehren der Pariser seinen Namen erhalten hat. Oder denken wir an die Königgräzer Straße, die jedem Oesterreicher beim Verlassen des Bahnhofs an das erinnernd muß, was sich vor einem halben Jahrhundert bei Königgrätz ereignete. Trotz der Freundschaft mit Oesterreich hat das kaiserliche Deutschland diese sichtlich bei vielen Oesterreichern nicht freundschaftliche Gefühle erweckende Benennung einer Hauptverkehrsstraße bestehen lassen. Zu seltsam, daß man in der ganzen Zeit nicht daran dachte, wie man einer befreundeten Nation einen Affront antat. Wir dürfen dem „Lokal-Anzeiger“ verraten, daß nur sachliche Gründe zur Umbenennung dieser Straße Veranlassung geben. Einmal der Umstand, daß in dieser Straße nur sehr wenige Häuser stehen und zum anderen die nicht zu leugnende Tatsache, daß Friedrich Eberts letzter Gang durch diese für die Umbenennung so günstige Straße führte. Wir dürfen natürlich nicht annehmen, daß der im deutschnationalen Sinne parteipolitisch eingestellte „Lokal-Anzeiger“ diese Tatsache wahr haben möchte.

Belegung des Obdachs im Monat März: 119 034 männliche Personen, 11 333 weibliche Personen, zusammen 130 367 Personen gegenüber 150 146 im März 1924.

## Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Der Mutter fiel es immer schwerer, den Lebensunterhalt zu verdienen. Wie, wenn sie zusammenbrach, ehe Anthony's Bildung beendet war? Mit jedem Jahr wurde die Stadt größer und wohlhabender. Auf den Hängen oberhalb der Stadt wurden prächtige neue Häuser erbaut. Die Spinneriebesitzer und Fabrikanten, die Kohlenhändler und Kaufleute wurden zusammen mit ihrem Anhang reicher und reicher. In dem niedrig gelegenen Teil jedoch, neben dem schwarzen stinkenden Windwech gab es alljährlich mehr elende Straßen, und das Leben der Armen wurde fürchterlicher und verfluchter. Das St. Aldons-Gymnasium befand sich am Nordende der alten Stadt. Anthony's Heimweg führte ihn über die Hill-Terrasse. Von deren höchsten Punkt konnte man zwei Welten erblicken: Das alte Millsborough, klein und malerisch, mit hübschen Alleen und grünen Flecken, im Hintergrund die schönen neuen Häuser mit ihren Gärten und den schattigen, nach dem Moor führenden Straßen und das neue Millsborough, ungeheuer, scheußlich, in der Todesstarre seiner fürchterlichen Eintönigkeit. Anthony blieb bisweilen stehen; einseitige Angst überkam ihn, die Furcht, alle seine Bestrebungen könnten vergeblich sein; er würde gezwungen werden, in diesem lebendigen Grab zu sterben und zu verfaulen.

Ihm entfielen, „vorwärtskommen“, um jeden Preis! Alles andere ist einerlei!

Anthony hatte eine Idee. Je mehr er darüber nachdachte, desto verheißungsvoller erschien sie ihm. Der junge Letteridge wird demnächst sein Studium beenden; die Zeit nahte, da Anthony's Plan verwirklicht werden und in einer der ärnlichen Straßen Millsboroughs eine Schule für die Kinder der ehrgeizigen Armen eröffnet werden könnte. Weshalb sollte nicht ein Haus für Letteridge und die Strong'nth'arms genügen? Das Erdgeschoss für Letteridges Klassen- und Arbeitszimmer, das erste Stockwerk für die Werkstatt der Mutter, die drei Mansarden als Schlafzimmer, die Räume im Kellergehoß als gemeinsamen Speiseraum und als Küche. Es gab ganze Straßen voll derartiger Häuser, mit Stufen, die zur Bordertür führten, und einem Bogenfenster. Herr Letteridge würde eines Menschen bedürfen, der für ihn aufräumte und sorgte. Und mer' mal gewissenhafter, tauglicher, dazu geeigneter, als

Frau Strong'nth'arm? Der Nutzen würde ein gegenseitiger sein. Die Mutter würde für besser situierte Kunden arbeiten, könnte mit den Preisen hinaufgehen. Herr Letteridge würde an Miete und Verpflegung sparen.

Der junge Mann wurde von der Einfachheit und Trefflichkeit des Vorschlags fasziniert. „Außerdem wird deine liebe Mutter immer da sein, und auch du,“ meinte er. „Es ist so lange her, daß ich ein Heim hatte.“

Für die Mutter bedeutete der Sprung von Snellings-Kow nach Bridlington Street ein gewaltiges Ereignis; es trieb ihr Freudentränen in die Augen. Auch empfand sie vor Herrn Letteridge große Hochachtung. „Es wird für dich gut sein,“ sprach sie zu Anthony, „zusammen mit einem Herrn zu leben.“

Run galt es, das Haus zu möblieren. Herrn Letteridges Arbeitszimmer, wo er die Eltern empfangen würde, mußte Kultur und Gelehrsamkeit ausatmen. Aber Herr Letteridge besah in der Sparrasse nur etwas über zwanzig Pfund; dieses Geld durfte nicht angefaßt werden, man mußte ja immer mit Krankheit oder unvorhergesehenen Vorfällen rechnen. Anthony suchte seine Tante auf. Sie hatte ihm einst in einem unbedachten Augenblick geistiger Verzückung anvertraut, daß es ihr mit Gottes Hilfe gelungen sei, einen ordentlichen Sparpfeil zurückzulegen. Daher war sie stets bereit, gegen entsprechende Prozente — einen Schilling möglicherweise auf das Pfund, — halbe Sovereigns und sogar fünf Pfundnoten zu verleihen. Anthony freilich wollte hundert Pfund zu zehn Prozent jährlich, die Rückzahlung durch das Ehrenwort eines Gentleman gesichert. Die Höhe der Summe führte bei der Tante fast einen Schlaganfall herbei. Außerdem hätte sie nicht so viel Geld. Die Zinsen, die ihrer eigenen äußerst komplizierten Berechnung nach pro Pfund weniger als einen halben Penny die Wochen ausmachten, lockten sie nicht. Und auch die Garantie erschien ihr keineswegs genügend.

In späteren Jahren ereignete die unmöglichen Pläne, die Anthony Strong'nth'arm gleichsam mit einer Handbewegung in solide Geschäftsunternehmen verwandelte, sowie die hoffnungslosen Geschäfte, die er zu einem siegreichen Ende durchführte, das Staunen und die Verblüffung der ganzen Stadt. Dennoch stand er während seiner ganzen Laufbahn niemals einer hoffnungsvolleren Steinmauer gegenüber, als an jenem Freitag nachmittag, da seine Tante erklärte, sie lasse sich ihre hart erworbenen Ersparnisse nicht von einem Teufelsproph ab-schwindeln, selbst dann nicht, wenn dieser zur Strafe für ihre Sünden der eigene Kesse sei. Wie es Anthony schließlich gelang, seinen Willen durchzusetzen, vermochte Frau Newt nie zu

begreifen. Es waren nicht seine Worte, wenngleich er deren genug sprach. Frau Newt war der Ansicht, daß er durch Worte allein die Summe einem Stein hätte entlocken können. Anscheinend eignete ihm eine seltsame Zauberkraft, die sie, um ihren eigenen Bergleich anzuwenden, zu Ton in den Händen des Schöpfers machte. Sie gab ihm hundert Pfund in zwanzig Fünfpfundnoten und dankte Gott aus tiefstem Herzensgrund, daß er nicht mehr verlangt hatte. Dafür erhielt sie ein Stück Papier, das er aus der Tasche zog und ihr in die Hand drückte. Was das Papier eigentlich bedeutete und was sie später damit anfang, wußte sie nie; jedenfalls war es gestempelt. Sie entsann sich auch, daß Anthony, als sie wieder zum Bewußtsein gekommen war, sie umarmte und daß sie ihm wiederlächelte und seine Mutter grüßen ließ. Zwölf Monate später brachte er ihr dreißig Pfund und erklärte, nun schulde er ihr noch achtzig. Was sie am meisten erstaunte, war, daß sie kein Erstaunen empfand. Sie hatte es erwartet.

Schüler meldeten sich; hierbei war Frau Strong'nth'arm, die viele Leute kannte, eine große Hilfe. Frau Strong'nth'arm hatte den Plan gehabt, ein halbes Duzend in Betracht kommender Eltern zu besuchen und aufzufordern, einen äußerst würdigen jungen Mann, den sie gar nicht genug loben könne, bei seinen Bestrebungen zu unterstützen. „Dann werden sie sagen, es sei von dir äußerst freundlich, dich für den armen jungen Herrn zu interessieren, was aber ihre Kinder anbetrifft, so wollten sie diese in eine andere Schule schicken,“ meinte Anthony.

„Woher weißt du das?“ fragte die Mutter. „Frau Glenny, die Besitzerin des Porzellanladens, erzählte mir vor einem Monat, was für Sorgen sie sich wegen ihres Jungen mache, weil sie nicht wisse, in welche Schule sie ihn schicken solle.“

„Besuche Frau Glenny,“ rief Anthony, „sprich über das Better und die stetig steigenden Preise. Und erst beim Fortgehen erwähne so nebenbei, daß alle Leute über die eben von Herrn Letteridge eröffnete Schule reden, erzähle, daß alle ihre Söhne hinstudieren möchten, doch ginge dies nicht, da der junge Letteridge nur eine beschränkte Zahl Schüler nehme. Erkläre auch, daß du Frau Kerring verpörrich hast, für ihren Sohn Tom bei Herrn Letteridge ein gutes Wort einzulegen. Das übrige überlasse dann Frau Glenny selbst.“

Die Leute hatten die Gewohnheit, Anthony nach seinem Alter zu fragen; antwortete er auf ihre Frage, so starrten sie ihm an: „Sind Sie dessen ganz sicher?“

(Fortsetzung folgt.)



## Exmittiert!

Die Zahl der gerichtlichen Aufhebungen von Mietverhältnissen auf Grund des Mieterschutzes, und zwar ohne Jubilierung einer Erfolgswohnung, ist bekanntlich sehr groß. Das entspricht im Ergebnis im wesentlichen dem alten Exmittierungsverfahren, nur mit dem Unterschiede, daß der Instanzenweg erweitert ist durch Güteverfahren, Mietschöffensverhandlung sowie Berufung beim Landgericht und daß man somit mehrere Monate, unter Umständen sogar ein halbes Jahr, Zeit gewinnt, um sich ein anderes Unterkommen zu beschaffen. Selbst wenn nicht Berufung eingelegt wird, was durch den Anwaltszwang beim Landgericht den meisten zur Räumung verurteilten Mietparteien geldlich unmöglich ist, vergehen immer zwei bis drei Monate, ehe der Gerichtsvollzieher seines traurigen Amtes walten kann. Es soll sogar Gerichtsvollzieher geben, die im Gegensatz zur früheren Praxis allerlei kleine Kniffe anwenden, um dem hinauszuwerfenden Mieter eine Salgenfrist zu gewähren. Dieser Zeitgewinn hat es ermöglicht, daß Exmittitionen weit seltener als in Friedenszeiten stattfinden. Gewöhnlich schlüpft der Mieter, der räumen muß und der Nachbarschaft nicht das blamable Schauspiel des öffentlichen Hiniauswurfes geben will, im letzten Augenblick doch noch irgendwo in Untermiete unter, wenn auch dabei zunächst die Familie auseinandergerissen wird. Man kann sich vorstellen, was dieses trampfartige Suchen nach einem Unterkommen ungeachtet der Wohnungsnot für eine Qual ist. Dem Mieter ist zwar vom Gericht gesagt worden, das Wohnungsamt müsse ihm eine Wohnung zuweisen, aber den meisten Wohnungsämtern fällt das in der Regel gar nicht ein. Sie verweisen vielmehr auf den Gnadenweg beim Hauswirt. Der läßt sich mitunter noch erweichen, wenn er Geld sieht, jedoch nicht immer. Der Möbelwagen fährt mit dem Gerichtsvollzieher vor. Oft wie Kraut und Rüben werden die meist ärmlichen Wirtschaftsgüter auf dem Wagen verstaubt und nach einem Speicher gefahren. Die exmittierte Familie wandert nach dem städtischen Obdach in der Grödelstraße und muß zumeist nächstelang auf den berückelnden „Brettern“ kampieren, bis sich Platz im Familienobdach oder in einer der noch immer in den Vororten vorhandenen verfallenen Baracken findet. Bei aller unangenehmen Empfindung über solche Vorgänge wird das dem Schauspieler mehr oder weniger kritisch beobachtende Publikum stets gut tun, nicht einseitig zu urteilen und Partei zu nehmen. So sehr sich das Volk empfindet gegen diese harte Gerichtsurteile sträubt, kommen doch auch genug Fälle vor, in denen eine Exmittition keineswegs unvermeidlich ist.

## Schwerer Straßenbahnunfall. Sieben Verletzte.

Ein folgenschwerer Straßenbahnunfall ereignete sich kurz nach 6 Uhr an der Kreuzung Wilmersdorfer Straße und Kurfürstendamm. Ein Triebwagen der Linie 76 fuhr anscheinend infolge Verlassens der Bremse, einem Anhänger der Linie 3 in die Höhe. Dieser wurde aus den Schienen geschleudert. Der dort stehende Verkehrsposten, Oberwachmeister Bahl, vom Revier 129 wurde von dem Wagen erfasst; er erlitt schwere innere und äußere Verletzungen und mußte nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden. Durch den starken Knall gingen sämtliche Scheiben des Anhängers in Trümmer. Dadurch haben mehrere Personen Verletzungen, zum großen Teil leichter Art davongetragen. Verletzt wurden:

1. Wilhelm Falke, Sophie-Charlotte-Straße 2, Gehirnerschütterung, Krankenhaus Westend.
2. Walter Haupt, Wilhelmstraße, Schnittwunden im Gesicht.
3. Erwin Lange, Borjstraße, Schnittwunden an der linken Hand.
4. Willi Bertel, Wilhelmstraße, Schnittwunden an der Hand.
5. Otto Humboldt, Steglitz, Gesicht- und Handverletzungen.
6. Wilhelm Burmeister, Schleiermacherstraße.

Ob noch weitere Personen verletzt wurden, konnte noch nicht festgestellt werden.

## Jugendliche Bücherdiebe.

Eine Gruppe jugendlicher Bücherdiebe hat lange Zeit die Buchläden des Westens gebrandschatzt. Obwohl es sich um Burthen handelte, die zum Teil kaum über 18 Jahre alt waren, zum Teil sogar darunter, ist die Bande in äußerst raffinierte Weise vorgegangen. Die Seele des „Betriebsunternehmens“ war der Lehrling Schmidt, ein Knick, den man für einen harmlosen Schüler halten muß, der gewöhnlich mit einem oder zwei seiner Kollegen den Bücherladen betrat. Einer seiner größeren Begleiter ließ sich Bücher vorlegen und verlangte dann ein besonderes Buch aus der Auslage. Während der Verkäufer mit dem Ausräumen beschäftigt war, packte Schmidt in die Schülermappe, die er unter dem Arm hatte, wertvolle Bücher. Er bewies dabei einen guten Geschmack und suchte sich stets die gangbarsten und neuesten Bucherzeugnisse aus. Einmal Tages hatten sie sich getrennt und kamen in ein Geschäft, das sie bereits einmal heimlich gesucht hatten; sie wurden erkannt und festgenommen. Schmidt erhielt vom Schöffengericht 1 Jahr Gefängnis, der Lehrling Weber wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt aber Bewährungsfrist. Ein dritter Mitbeteiligter ist bereits vom Jugendgericht abgeurteilt worden.

## Blutschande.

In geradezu beängstigender Weise häuften sich, wie wir bereits mitteilen, in Potsdam die Fälle, daß Väter sich an ihren eigenen Kindern vergreifen. Ein Bild solcher Verkommenheit wurde in einer Verhandlung vor der Potsdamer Schöffengericht entrollt. Wegen Blutschande hatte sich der 47-jährige Arbeiter Gustav Hönike aus Potsdam und seine jetzt 25 Jahre alte Tochter Klara zu verantworten. Vor zehn Jahren hatte der Angeklagte eine fünfjährige Zuchtshausstrafe verbüßt, weil er sich an seiner ältesten Tochter vergangen hatte. Wenige Tage nach seiner Entlassung aus dem Zuchtshaus fing er mit der jüngsten Tochter, der Mitangeklagten ein Verhältnis an, das bis zum Februar d. J., also rund zehn Jahre gedauert hat. Die Frau des Angeklagten war blind und so hatten Vater und Tochter niemand zu fürchten. Hönike übte in der Angelegenheit einen derartigen Einfluß auf die Tochter aus, daß diese vor den Richter tritt. Trotz gültigen Zuredens des Vorsitzenden blieb die Angeklagte stumm. Erst als der Vater abgeführt wurde, gab die Angeklagte ihr sträfliches Verhältnis zu. Das Gericht erkannte gegen Hönike auf 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, gegen die Tochter auf einen Monat Gefängnis. — Ein zweiter Fall gleicher Art zwischen Vater und Tochter, der auch einen Potsdamer betrifft, mußte vertagt werden, da die mitangeklagte Tochter nicht erschienen war. Erst kurze Zeit vorher hat die Potsdamer Kriminalpolizei den Musiker Braun aus Potsdam verhaftet, wegen des gleichen Verbrechen.

## Waukforbzwang für Blindenführerhunde.

Von der Leitung der Berliner Verkehrsunternehmungen wird darüber klage geführt, daß viele Besitzer von Blindenführerhunden sich weigern, ihre Tiere bei Benutzung der öffentlichen Verkehrsmitel mit einem Waukford zu versehen. Offenbar ist die Ansicht verbreitet, daß die Blindenführerhunde im Dienst ohne Waukford führen dürfen, weil § 1 der Polizeiverordnung vom 9. September 1921 betreffend Waukforbzwang für Hunde und § 3 der vielheulenpolizeilichen Anordnung vom 16. Januar 1925 bezüglich des Waukforbzwanges für Blindenführerhunde eine Ausnahme vorsehen. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß diese Ausnahmeregelung nicht für die öffentlichen Transportmittel gilt. Auf diese finden vielmehr die Polizeiverordnungen vom 1. August 1921 über die mit Maschinen betriebenen Straßenbahnen (städtische

Straßenbahnen und diesen ähnlichen Kleinbahnen), vom 11. Juni 1923 über den Betrieb des öffentlichen Fuhrwesens mit Omnibussen und Gelegenheitsfuhrwerken und vom 7. Juli 1924 über Hoch- und Untergrundbahnen in der Stadtgemeinde Berlin Anwendung. — In der Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn (Nord-Südbahn) und in den Autobussen müssen also alle Hunde mit einem sicheren Waukford versehen sein.

## Mister Newman aus Kuba. Ein internationaler D-Zugdieb.

Als Mitglied einer weit verzweigten internationalen Gaunerbände, die es auf die Beraubung von Reisenden in D-Zügen und auf internationalen Dampfern und insbesondere auf sogenannte Traveller-Scheds abgesehen hat, stand der Koch Eugen Neumann aus Wahren vor dem Schöffengericht Charlottenburg zur Aburteilung. Schon im Jahre 1923 war der Angeklagte, der sich damals Neumann aus Kuba nannte, festgenommen worden, als er die in Amerika sehr beliebten Travellerscheds mit gefälschten Unterschriften bei einem Bankhaus Sostowicz abgeholt hatte. Damals war er jedoch gegen eine anscheinend von seinen Komplizen gezahlte sehr hohe Kaution nach einem Monat wieder auf freien Fuß gesetzt worden. In seiner mehrjährigen Heimat hatte er noch schnell weitere Travellerscheds untergebracht und war dann mit einem falschen Paß als Lorenzo aus Nikaragua nach Hamburg gegangen. Hier wurde er gefaßt, als er versuchte, wertvolle spanische Quittungen als Scheds unterzubringen. Da ihm jedoch nicht mitgeteilt werden konnte, daß er die Papiere gütlich von anderen erhalten hatte, kam er nach neunmonatiger Untersuchung mit einer Verurteilung wegen des falschen PASSES davon. Während der Verbüßung seiner Strafe in Hamburg wurde jedoch sein wahrer Name ermittelt, so daß er dem Charlottenburger Gericht zur weiteren Aburteilung zugeführt werden konnte. Nach den Befundungen eines Vertreters der American Express Company stammten sämtliche von Neumann in Verkehr gebrachten Travellerscheds von Diebstählen her. Am 8. Juni 1923 war ein Amerikaner im D-Zug von Hamburg in Wittenberge am Büfett im Gedränge sein Schedsbuch über 700 Dollar entwendet worden. In demselben Zuge hatte ein Reisender ein Schedsbuch über 400 Dollar eingekauft. Die in Wahren abgeholt Scheds rührten von einem Diebstahl eines Schedsbuchs über 5800 Dollar her, der in Bremen verübt worden war. In einem anderen Falle war einem Reisenden das Schedsbuch auf der Fahrt von Curhaven nach Hamburg gestohlen worden. Amerikanische Detektive, die hinter dieser Gaunerbände her waren, da die amerikanischen Banken wegen der Beunruhigung des Reiseverkehrs hohe Belohnungen für die Ergreifung der Diebe und Fälscher ausgesetzt hatten, ermittelten, daß ein Teil der in Deutschland gestohlenen Scheds auch in Paris abgeholt worden seien, und daß sich zu jener Zeit die Freunde Neumanns dort aufgehalten hätten. Nach Ansicht des Bankbeamten gehört Neumann zu dieser gefährlichen internationalen Bande, von der einige Mitglieder bereits zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Das Schöffengericht konnte dem Angeklagten nicht nachweisen, daß er selbst an den Taschendiebstählen beteiligt war, wohl aber wurde als erwiesen angenommen, daß Neumann mit den anderen Gaunern unter einer Decke gesteckt habe. Er wurde wegen Hehlerei zu 3 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt.

## Nachmals „Hofflieferant Göbel“.

Die Vorgänge in den Butterhandlungen des „Hofflieferanten Göbel“, die zur Verurteilung des Familienrotters Vater und Söhne zu hohen Gefängnisstrafen führten, hatten weit über unsere Leserkreise hinaus Beachtung gefunden. Die Konjunktionsgesellschaft Berlin und Umgebung hatte unseren „Vorwärts“-Bericht über die Gerichtsverhandlung in den Verkaufsstellen zur Kenntnisnahme ihrer Mitglieder ausgehändigt. Wie wir jetzt erfahren, hat Herr Göbel nunmehr eine einstimmige Verfügung des Landgerichts III erwirkt, worin die sofortige Befreiung der Ausgänge angeordnet wird. — Das Gericht will also verhindern, daß das Publikum über sehr bedenkliche, gerichtsnachprüfungs festgestellte Vorgänge in Lebensmittelgeschäften aufgeklärt wird. Berührend ist nur, daß Herr Göbel seinen Zweck nicht erreicht. Der Ausgang hat bereits 14 Tage lang in den Verkaufsstellen die Mitglieder des Konsums beschäftigt; im übrigen haben auch der „Vorwärts“-Bericht und die Publikation der Vorgänge in den Mitteilungsblättern der Konsumgenossenschaft und des Zentralverbandes der Angestellten ihre Wirkung nicht verfehlt.

## Optionsklärungen der Remeländer.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Remeländer, die am 10. Januar 1920 die deutsche Reichsangehörigkeit verloren, am 30. Juli 1924 das 18. Lebensjahr vollendet haben und wenigstens vom 10. Januar 1920 bis 30. Juli 1924 im Remelgebiet ihren Wohnsitz hatten, haben am 30. Juli 1924 die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die litauische Staatsangehörigkeit erworben und sind ohne weiteres Bürger des Remelgebietes geworden. Sie können jetzt ihr Optionsrecht zugunsten Deutschlands geltend machen. Die Optionsfrist endigen für unmittelbare Staatsbeamte, die im Remelgebiet in ihrer Eigenschaft als solche ihren Wohnsitz hatten, bereits am 31. März 1925, alle anderen Personen können ihr Optionsrecht bis zum 31. März 1926 ausüben. Es empfiehlt sich jedoch, die Optionsklärungen möglichst bald abzugeben. Die Optionsklärungen werden auf allen Polizeirevieren Groß-Berlins entgegengenommen. Hier liegen auch die Bestimmungen über das Optionsrecht aus. Die Optionsurkunden werden durch die Abteilung I des Polizeipräsidiums in Berlin-Schöneberg, Götzler Str. 19, ausgestellt und den Optionen kostenfrei zugestellt.

Einen unglaublich frechen Schwindel hatte ein Mann verübt, der sich Knicker Robert Krabbe nannte, aber als ein gewisser Richard Arndt aus Dahme i. M. festgesetzt wurde. Der Schwindler hatte es fertig bekommen, eine ganze Anzahl Kaufmänner auf den Leim zu locken, indem er in Hochzeitungen bekannt gab, daß in Oberwald ein Krankenhaus mit 150 Betten gebaut werden sollte. Interessenten möchten für Unterlagen und Skizzen 15 M. Auslagen postlagernd einlösen. Es fanden sich auch sehr viele Interessenten, die die 15 M. einzahlten, aber niemals irgendeine Skizze erhielten. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, den Schwindler festzunehmen.

Die Linie 32, Reinickendorf-Neukölln, Anseebeststraße, wurde unter Einführung eines neuen Fahrplanes am 1. April d. J. bis Briz, Rathaus, verlängert.

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 3. April.  
Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Fankapelle).  
6.40 Uhr abends: Wege zum Wissen: Masko und Soale — Probleme der Bildmalerei. 7.15 Uhr abends: Einführung zu der Uebertragung der Oper „Der fliegende Holländer“. 7.30 Uhr abends: IX. Uebertragung aus der Staatsoper. Unter den Linden: „Der fliegende Holländer“. Romantische Oper in drei Aufzügen. Text und Musik von Richard Wagner. Ort der Handlung: Die norwegische Küste. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst.

## Die Warenlotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Der Lotteriegeschäftsführer dieser Lotterie, Herr Josef Leinberger bittet uns folgendes mitzuteilen:  
Im Publikum herrschend Zweifel, ob denn auch tatsächlich für einen so geringen Einsatz, das Los kostet 50 Pf., ein vollständig möbliertes Landhaus mit Garten, d. h. mit Grund und Boden gewonnen werden kann. Der Umstand, daß die Arbeiterwohlfahrt die Lotterie ganz in eigener Regie ausliefert, und der Losverkauf ehrenamtlich geschieht, gestattete mir, diesen unerreichbar günstigen Gewinnplan aufzulegen. Die Ziehung am 7. Mai ist öffentlich, und jeder Losinhaber kann sich dann von der Realität der Lotterie überzeugen. Allen trotz dem Ungläubigen aber steht es frei, bei der Gehag, Inselstraße 6, (bitte aber nur schriftlich) anzufahren, ob dort nicht bereits der Bauauftrag erteilt ist. Wir hätten ja das Landhaus schon an die Peripherie Berlins bauen lassen, wenn nicht dem Gewinner mehr gedient wäre, daß er den Ort selbst bestimmt. Allerdings dürfen die Wünsche des Gewinners den auf Verkauf des Bodens festgesetzten Betrag nicht übersteigen, andernfalls der Gewinner die Differenz selbst zahlen mußte. Die anderen im Verlosungsplan auf der Losrückseite angegebenen Gewinne sind in den Ausstellungen in den Warenhäusern der Firma Wertheim (Schaufenster und in den einzelnen Abteilungen), in den Warenhäusern des Kaufmännischen Vereins für Berlin und Umgebung, bei Thomas, Voßtringer Straße 80, bei dem Sportlehrer Girulatis, Schönhauser Allee 57, der übrigens in lebenswürdiger Weise auch den Losverkauf übernommen hat, und bei der Buchhandlung A. H. W. Diez Nachf. Lindenstraße 2, zu sehen, wo auch unsere Lose zu haben sind. Alle anderen Losverkaufsstellen sind mit unseren bekannten Plakaten mit dem Landhaus kenntlich gemacht. Die Gewinne sind alle von uns angekauft; es handelt sich keinesfalls um gestiftete Sachen. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch darauf hinweisen, daß alle Modelle des Landhauses, die in den verschiedensten Stadtteilen ausgestellt sind, sich nur auf den 1. Preis der Warenlotterie der Arbeiterwohlfahrt zugunsten unterernährter und erholungsbedürftiger Kinder beziehen, und mit der Auspielung des Verbandes der Jugendherbergen absolut nichts zu tun haben. Alle Lose sind verteilt, eine Nachlieferung ist unmöglich.

Verlegung von Vorortzügen. Infolge Verlegung der Arbeitslichter bei den Siemenswerken treten vom Dienstag, den 7. April, folgende Fahrplanänderungen ein: Der von Rau an bisher 1.13 nachm. abfahrende Zug wird durchweg drei Minuten früher gelegt. Er verläßt also Rau künftig bereits 1.10 und trifft 2.10 auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin ein. Dagegen verkehrt vom gleichen Zeitpunkt ab der Zug Buxtehude, bisher ab 1.23, bis Spandau-West zwei Minuten und von Spandau-West drei Minuten später, und der Zug, bisher Spandau-West ab 7.21 vorm., nach Charlottenburg vier Minuten später, ab Spandau-West 7.25, in Charlottenburg 7.47.

Die Reichs-Reklame-Wette. Der Ausstellungskommission im „Haus der Funkindustrie“ am Kaiserdamm ist zu der vom 25. April bis 3. Mai 1925 stattfindenden „Reichs-Reklame-Wette“ völlig beigelegt, nur auf dem aufgeschlossenen Freigelände vor der eigentlichen Messehalle sind noch Stände frei.

Ein händischer Kammermusikabend. Am Sonnabend, den 4. April cr., abends 8 Uhr, findet ein händischer Kammermusikabend des Philharmonischen Orchesters unter Mitwirkung des Prof. Walter Fische in der Marienkirche, Eingang Kaiser-Wilhelm-Straße, statt. Zum Vortrag gelangen Musikstücke von Dietrich Buxtehude, J. S. Bach, Beethoven, Brahms und Hindemith. Eintrittskarten einzeln, Programm zu 50 Pf. sind bei H. u. H. Leipzig, Leipzig Str. 37, A. Wertheim und an der Abendkasse erhältlich.

## 16 Arbeiter getötet.

Schornsteineinsturz in einem Braunkohlenbergwerk. Es hat den Anschein, als ob wir in einer Periode der Massenunglücke lebten. Katastrophen ereignen sich an Katastrophen. Nach dem furchtbaren Unglück bei Veltheim kommt jetzt eine Meldung, nach der in dem mitteldeutschen Braunkohlenbergwerk Böhlen nicht weniger als 16 Arbeiter getötet wurden. Ein eigener Drahtbericht meldet: Leipzig, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag abend ereignete sich im Braunkohlengebiet Böhlen bei den Sächsischen Werken ein schwerer Unglücksfall. Durch Einsturz wurden mehrere Leute verschüttet und 20 sehr schwer verletzt. — Nach den letzten Meldungen sollen 16 Arbeiter getötet worden sein. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

## Die Untersuchung des Veltheimer Unglücks.

Hannover, 2. April. (W. Z.) Heute Nachmittag wurde von der Oberstaatsanwaltschaft Bielefeld und dem zuständigen Richter des Amtsgerichts Blotho in Anwesenheit technischer Sachverständiger der Strombauverwaltung und der Truppe zwischen Holtrup und Uffel gegenüber dem Gute Deesberg die gestrandete Fährre untersucht. Hierbei wurde festgestellt, daß das gesamte Fährmaterial sich in einwandfreiem Zustande befand. Kein Balken und kein Brett war gebrochen. Sämtliche Läuse und Leinen waren fest verschürzt, sie hatten sich bei der Strandung der Fährre und bei dem Treiben auf der Weser auf einem 8 Kilometer langen Wege nicht gelockert. Bei der Bergung durch ein Kommando des 6. Preussischen Pionierbataillons mußten die Läuse und Leinen teilweise mit dem Beil durchgeschlagen werden. Die vielfach verbreitete Meinung, daß das Unglück durch ein Auseinanderbrechen der Fährre entstanden sei, ist hierdurch einwandfrei widerlegt.

## Arbeitersport.

Der Sportklub „Berliner W.“, Berlin-Charlottenburg, trägt am Freitag, den 2. April, in der Turnhalle Sophie-Charlotte-Straße 70 die Endkämpfe um die Klubmeisterschaft aus. Am gleichen Abend finden ferner große Darausforderungskämpfe statt. Anfang der Kämpfe 8 Uhr.  
Leistungssport „Die Rausforderer“, Zentrale Wien, Bezirk Charlottenburg, Freitag, den 3. April, abends 10 Uhr, im Jugendheim Hoffmeister, 16 (Wesend); Gesellschaftliches, Oberlicht, Sing-Sang. — Abteilung Treppe: Freitag, den 3. April, abends 10 Uhr, im Jugendheim Ellenstr. 3, Lichtbildvorstellung: „Die Sächsische Schweiz“. Gäste willkommen.

## Sport.

Eröffnung der Trepptower Bahn. Das Programm für die Eröffnungserennen der kleinen Bahn im Osten steht nunmehr endgültig fest. Der „Berliner Sportklub“ hat folgende Besetzung gefunden: Hansbau-Belgien (hinter Koller), Canada-Frankreich (hinter Krüger), Belgica-Mann-Schweiz (hinter Reinhold) und Lewantow-Deutschland (hinter Weidner). Die Aliegerrennen weisen 25 Rennungen auf. — Beginn der Rennen 3 1/2 Uhr nachm.

Jiu-Jitsu-Meisterschaft von Berlin. Die vom Reichsverband für Jiu-Jitsu zum ersten Male ausgetheilten Kämpfe um die Jiu-Jitsu-Meisterschaft von Berlin für Amateure, die am Dienstag, den 7. April, im Kriegerehrenhaus ausgetragen werden, weisen ein Programm auf, wie es bei Jiu-Jitsu-Beranstaltungen bisher nicht gesetzt wurde. Die aus den kürzlich beendeten Vorkampfkämpfen hervorgegangenen besten Vertreter der Berliner Verbände werden in den Ring treten. Außerdem finden Vorkämpfe statt, in denen bekannte Berliner Sportlehrer Jiu-Jitsu als Selbstverteidigung und Sport zeigen werden. Ringrichter ist der bekannte deutsche Jiu-Jitsu-Meister Erich Kahn.

## Geschäftliche Mitteilungen.

KAJOT-Reklame für jeden Beruf erleichtert die Arbeitslast, weil sie infolge jahrelanger Arbeitserfahrung und Fühlung mit den verschiedenen Berufen hergerichtet wurde. KAJOT ist einfach, schnell, und verbürgt Qualität und Zuverlässigkeit bei so verschiedenen Berufsleistungen, die Rahmen u. Säulen, Berlin, Wagnersberg, 12, in ihren sämtlichen zehn Geschäften preiswert zum Verkauf haben.  
Auf den Frühjahrsbeginn am Ostermontag enthält neben frischen und gekochten Eiern ein schöner Frühjahrsprogramm hat sich nicht, daß die Preisliste der „Schwan im Waukford“ besonders gut für die Herbstzeit seinen Fortschritt gezeigt hat. Sie ist wohlmeinend, beim Baden sehr ergiebig und hoher Preisen im Verkauf. Beim Einkauf der Waukfordmerkmale erhalten Sie gratis die Waukfordwoche, eine farbige illustrierte Familienzeitschrift, welcher in der Osterwoche ein schöner Stundenplan für die Schuljugend beiliegt.

Die Deutsche Hundhunde  
Fachzeitschrift für Hundbesitzer  
inhaltreiche Unterhaltungs- u. Bastelteil  
mit 404 Seiten  
Abonnentenwerbung durch jeden Briefträger





# STADT DES VORWARTS

## BEILAGE

### Bautätigkeit in Neukölln.

Die Bautätigkeit im Verwaltungsbezirk Neukölln war, wie in allen weiterzulegenden und -erhaltenden Unternehmungen, im verflochtenen Jahr von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen noch stark beeinflusst. Kommunale Hochbauten wurden nicht erteilt. An anderen öffentlichen Gebäuden ist von der Postverwaltung in der Donaustraße ein neues Fernsprekamt erbaut worden. Die Hochbauabteilung des Bezirksamtes konnte neben den unumgänglich notwendigen Ausbesserungsarbeiten infolge Gewährung von Mitteln aus der produktiven Erwerbstätigenfürsorge ziemlich umfangreiche Renovierungsarbeiten an städtischen Gebäuden ausführen. Das ehemalige Schulgebäude in der Erkstraße, in dessen Räumen jetzt die Lungenfürsorge und Teile des Finanzamtes untergebracht sind, konnte vollständig renoviert werden und neuen Fassadenputz erhalten. Die Gesimse und Dachaufbauten des Krankenhauses wurden erhalten den dringend erforderlichen neuen Anstrich. Im Krankenhaus Hasenheide wurden größere Umbauten vorgenommen. Ein neues Altersheim konnte infolge Anlaufes und gründlichen Ausbaues des Gebäudes Rosenstraße 2 — der alten Herberge zur Heimat — geschaffen werden. Die Baracken der Tuberkuloseerholungsstätte, die seither in der Königsheide standen, fanden in der Hasenheide einen neuen Platz. Verschiedene Klassenräume und Turnhallen in Schulgebäuden erhielten neue Fußböden. Die Renovierung der Innenräume in der Schule Kopfstreife und im Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße war möglich, desgleichen auch die notwendige Einrichtung eines Kartenzimmers in der Schule Besingstraße. Durch Umbau entstand aus den Räumen der Revierinspektion I der Gaswerke im Hause Schudomallastraße 53 eine Hilfschule. Die Räume auf dem Grundstück Bergstraße 29, die früher die Neuköllner Großhandelsgesellschaft inne hatte, wurden zum Kinderhort und Jugendheim umgewandelt, desgleichen die der Hilfschule Steinhilfsstraße 113 in eine Kinderkrippe. In Keller- und Dachräumen des Rathauses waren Umbauarbeiten erforderlich. Fast in allen städtischen Gebäuden erforderlich die Heizungseinrichtungen und besonders deren Kesselanlagen größere Reparaturen. Das Heizwertwerk erweiterte seinen Betrieb durch Anschluß des Amstergeschäftes und dreier Privatwohnhäuser. An acht städtischen Wohnhäusern mußten die Fassaden neu gepußt und die Dächer gründlich ausgebessert werden. Auch Schwammbefalligkeiten bedingten an mehreren Gebäuden und besonders an den Wohnbaracken am Mariendorfer Weg die Ausführung größerer Arbeiten. Gegenwärtig sind Renovierungsarbeiten im Rathaus sowie den Kantenhäusern Brigg und Hasenheide und Arbeiten zur Erweiterung der Kellerräume des Rathauses im Gange. Im kommenden Baujahr ist die Errichtung zweier Schulgebäude, mehrerer Turnhallen mit Brausebädern geplant.

Die Tiefbauverwaltung führte im verflochtenen Jahr die Regulierung der Treptower Straße auf der Strecke zwischen Grundstücksnummer 98/99 und der Wilhelm-Busch-Straße aus. Die sogenannte Moorstraße in der Ruhower Allee erhielt eine neue Befestigung durch Bitumast. Die Oberstraße zwischen den bereits regulierten Teilen, die Sonnenallee zwischen der Straße 23 und dem Heidefarngraben, die Straßen 32, 33, 35, 304, der Platz 13 und die Grenzallee wurden im Planum geschüttet und für den im Laufe dieses Jahres beabsichtigten Ausbau vorbereitet. Weitere Schüttungsarbeiten sind jetzt zur Anhöhung des Industriebahngeländes zwischen Straße 303 und der Kiehlstraße in Angriff genommen. In der Warthestraße wurde eine Entlastungsleitung, in der Grenzallee eine Regenwasserleitung eingebaut. Die Dichtung der Entwässerungsleitung in der Stubenrauchstraße konnte unter Aufwendung großer Mühen und erheblicher Mittel beseitigt werden. Die Betriebsabteilung der Stadtentwässerung mußte noch mit dem Erfolg der in der Inspektionszeit durch Diebstahl entwendeten oberirdischen, eisernen Kanaltelle fortfahren.

Unterhaltungsarbeiten an den Straßen konnten infolge Fehlens von Mitteln und des starken Beamtensabbaues nur in beschränktem Maße stattfinden. Die feinerzeit begonnene Neuvermessung des Bezirksamtes mußte infolge des Personalabbaues aufgegeben werden. Das Vermessungsamt war mit Aufnahmen von Teilgebieten des Bezirkes, Fortschreitungsvermessungen, Gebäudebezeichnung, Absteckungen für die Nord-Südbahn, Absteckungen und Prüfungen der Baustraßen sowie Anfertigung der Lagepläne für Neubauten, trigonometrischen, polygonometrischen Messungen, Ermittlung der Grenzlinien einzelner Grundstücke und der Straßen, Schätzung der Grundstückswerte bei Verkäufen, der Aufstellung von Bewahrungs- und Fluchtlinienplänen und allgemein vermessungstechnischen Arbeiten beschäftigt.

Die private Bautätigkeit ist bis heute weit hinter ihrem früheren Umfang zurückgeblieben. Wenn auch gewerbliche Betriebe rege Bautätigkeit entfalten, so ändert dies am Gesamtbild nichts. Größere Wohnungsbauten hat nur der Beamten-Wohnvereinsverein Neukölln errichtet. Kleinhäuser sind in größerer Zahl entstanden, doch übte deren Errichtung keinen wesentlichen Einfluß auf die Minderung der Wohnungsnot aus.

### Eine unpassende Amtsbezeichnung.

Der militärische Posten des „Kommandanten von Berlin“ hat einen neuen Inhaber erhalten, weil der bisherige in den Ruhestand getreten ist. Wann wird das endlich auch diese völlig unpassende Stellenbezeichnung tun? Gibt es denn Jemanden, der Berlin zu kommandieren hat? Er kann höchstens den paar tausend Reichsmehrheiten in der Reichshauptstadt gewisse Vorschriften machen — befehlsberechtigt sind auch dafür andere. So war es schon im monarchischen Kaiserreich, wo wir ja noch den Gouverneur von Berlin und die kommandierenden Generale der hier liegenden Armeekorps hatten — aber der Denkwiese des allbeherrschenden Militarismus entsprach es eben, den Kommandanten der Garnison Berlin (obwohl er nicht einmal das war!) Kommandant von Berlin zu nennen. Heute ist Deutschland entmilitarisiert und da gehört es sich einfach nicht mehr, daß irgend einer Reichsmehrheitsstelle ein Name beigelegt bleibe, der Anschein erwecken könnte als ob ihr Inhaber den 4 Millionen Groß-Berlins irgendwas zu befehlen hätte. Man nenne den Herrn wahrheitsgemäß, wenn auch immer noch übertreibend, Kommandant der Garnison Berlin!

### Aus den Bezirken.

#### 9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens wurde erneut in der letzten Bezirksversammlung Wilmersdorfs verhandelt. Das Bezirksamt hat die Verpachtung in Submission mit dem Vorbehalt ausgeschrieben, nach freiem Ermessen den Zuschlag zu erteilen. Die Betel mit dem Höchstangebot von 161 500 M. bleibt hinter der Firma Hoehnel u. Diez, die das Angebot von 120 000 auf 165 000 M. erhöhte. Wegen einer derartigen Submission hat der Magistrat Einspruch erhoben. In der vorangegangenen Bezirksversammlung traten unsere Genossen für die Betel ein und beantragten die Zulassung eines Magistratsvertreters. Stadtbaurat Hahn legte die Gründe des Magistrats dar, laut Beschluß vom 3. März 1921 sei das Anschlagwesen der Betel zu übertragen. Der vorliegende Pachtnvertrag fand in allen Punkten Annahme. Auch finanziell sei Wilmersdorf durch die Betel besser gestellt. In einer langatmigen Rede trat der Vorsteher den Ausführungen des Stadtbaurats Hahn gegenüber und versuchte die Angaben zu entkräften. Selbst wenn der Magistratsvertreter alle Vorteile verspreche, bestehe doch ein gewisses Mißtrauen gegen die Betel. Wogegen die Firma Hoehnel u. Diez seit elf Jahren in Wilmersdorf ohne jegliche Beschwerde platziert hätte. Man solle es auf einen Konflikt ankommen lassen, der als Schulfall für die übrigen Bezirke gelten könne. Auch die weiteren bürgerlichen Vertreter wandten sich gegen die Betel und gegen die Zentralisationsbestrebungen des Magistrats. Wenn im Verkehrsweisen sowie bei Gas und Wasser eine Verstädtlichung anerkannt würde, so gehöre das Anschlagwesen den Bezirken. Die kommunalistische Rednerin, Frau Harber, trat für die Betel ein und wies darauf hin, daß die Firma Hoehnel u. Diez sich annähere. Plakate zurückzuweisen, obwohl andere Organe über das Preisgebot zu wachen hätten. Unser Genosse Anton ging nochmals auf die ganze Materie ein, Stadtbaurat Hahn als Dezentrat sei am besten, die Betel zu vertreten und er habe auch alle Bedenken zerstreut. Für die Betel stimmten mit uns die Kommunisten. Eine Anfrage des Kommunisten Hoffmann, was geschehen sei, um der Grippeepidemie in den Schulen entgegenzutreten, wollte der Magistrat sofort beantworten, aber die bürgerlichen Vertreter widersprachen dem. Hoffentlich ist bei Verantwortung des Antrages die Grippe der Kinder geschwunden.

#### 14. Bezirk — Neukölln.

Der Zuspruch zu den von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Jugendweiden wird von Jahr zu Jahr größer. Das zeigte so recht die vom Neuköllner Bildungsausschuß veranstaltete Feier in der „Neuen Welt“ am vergangenen Sonntag. 346 Jungen und Mädchen (die bisher höchste Zahl) empfingen die Weihe. Bierlaufend Angehörige, Verwandte und Freunde füllten den Riesensaal, dessen Bühne festlich ausgeschmückt war. Erhebend und unergötzlich für viele Protestantenkinder wird der Augenblick bleiben, als die Kinder vom Gen. Stadtrat Schneider unter feierlichen Harmoniumklängen in den Saal geführt wurden. In der Weihe des Gen. Schneiders erwähnte er die Jugend, stolz darauf zu sein, daß sie aus der Arbeiterschaft stamme, aus der Schicht, die des Kernstückes des Staates bildet. Benutzt alle Bildungsmöglichkeiten im Interesse ihrer Klasse. Einbringlich warnte er vor dem schlechten Benehmen, das heute leider Eingang in Jugendkreise gefunden hat. Nicht mit dem Klutzeug der Barbaren, sondern mit dem scharfen Schwert des Geistes soll ihr kämpfen. Die Feier wurde unruhig von künstlerischen Darbietungen. Die Künstler gaben ihr Bestes. Das Hopf-Trio, ferner Kammerjäger Waldemar Henke (Mitglied der Staatsoper) und der Berliner Volkschor unter Leitung seines Dirigenten, Dr. Zander, verdienten jedes Lob.

#### 19. Kreis — Pankow.

Die Bezirksversammlung des 19. Kreises (Pankow) beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 1. April mit der Wiederbeziehung einer durch Krankheit frei gewordenen Stadtratsstelle. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde bei der vergangenen Abbaution dieser kranke Stadtrat für den Abbau vorgeschlagen, da er wegen seiner körperlichen Gebrechen für den Dienst nur wenig in Frage kam. Die bürgerlichen Parteien hingegen bauten 3 vollkräftige Stadträte ab in der Voraussetzung, auch dann die 4. Stelle für sich gewinnen zu können. Der Stadtrat Güttig von der SPD wurde als 3. Stadtrat von den bürgerlichen Parteien unter ausdrücklicher Betonung der Verringerung des Arbeitsgebietes abgebaut. In der gestrigen Sitzung schlugen nunmehr die Vertreter der SPD vor, Güttig zurückzuberufen und ihm das Arbeitsgebiet des ausgeschiedenen Stadtrats Schmidt zu übertragen. Die bürgerlichen Parteien, die bis dahin stets betont hatten, den Abbau aus „Sparmaßregeln“ vorgenommen zu haben, schlugen Herrn Dr. Jaeger von der demokratischen Fraktion für das frei gewordene Amt vor. Selbst der Hinweis unserer Vertreter, daß der Sprecher der Wirtschaftspartei bei dem vergangenen Abbau erklärte, daß bei Vergrößerung des Aufgabenkreises des Bezirksamtes ein abgebauter Stadtrat zurückgerufen werden sollte, änderte an dem Beschluß der bürgerlichen Mehrheit nichts. Selbstverständlich wird von der SPD-Fraktion bei dem Oberpräsidenten die Nichtbestätigung des Herrn Jaeger, dagegen die Zurückberufung des Stadtrats Güttig in sein altes Amt verlangt werden. Auch dieser Beschluß der bürgerlichen Mehrheit zeigt deutlich, was es mit den Sparmaßregeln zu bedeuten hat. Bei den kommenden Wahlen wird die Bevölkerung den Herren für ihre Politik die rechte Antwort erteilen.

### Erleichterungen für Rundfunkteilnehmer.

Die Anmeldebestimmungen des Rundfunkteilnehmers erleichtert eine neue Verordnung des Reichspostministeriums. Es wird, wie der „Punkt“ mitteilt, eine Probezeit gewährt; die Gebührenpflicht beginnt erst am Anfang des der Anmeldung folgenden Monats. Der Betrieb von selbstgebauten Niederfrequenzverstärkern wird ohne weiteres gestattet. Für die Erlangung der Audion-Versuchserlaubnis (zum Betriebe selbstgebaute Röhrenempfangsgeräte) werden die Prüfungsbedingungen in kürzester Frist wesentlich erleichtert werden.

Die Aufführung von „Parival“ der Berliner Sende-Spielbühne, die am Karfreitag um 2.30 Uhr nachmittags durch einen Vortrag des Generalintendanten der Berliner Staatsoper, Professor

Max v. Schillings, eingeleitet wird, wird gleichzeitig auf Drahtleitungen nach Leipzig gesandt und vom Leipziger Sender weitergegeben werden; außerdem wird die Darbietung auch noch vom Königswusterhausenener Sender auf Welle 1480 m verbreitet werden. — Die Opernübertragung durch Fernsprecher in Bayern soll im Laufe des Sommers erweitert werden, und zwar soll die Übertragung auch die Darbietungen des Münchener Residenz-Theaters und Prinzregenten-Theaters umfassen.

### Die Gesundheitspflege der Stadt. Steigende Anforderungen.

Das Hauptgesundheitsamt teilt mit: In den letzten Monaten hat sich die Deputation für das städtische Gesundheitswesen auf Grund von Vorschlägen des Professors Hoffmann, des Direktors im Hauptgesundheitsamt, mit einer städtischen „Krankenhauspolitik auf neue Sicht“ befaßt.

Die veränderten Lebensverhältnisse und der anders geartete Bevölkerungsaufbau der Nachkriegszeit zeigen ihre Wirkungen auch in der Belegung unserer Kranken- und Irrenanstalten sowie der städtischen Hospitäler. In den genannten Anstalten lassen die statistischen Nachweisungen eine andauernde, nicht unbedeutliche Zunahme der Bestandsziffern erkennen. Unsere Krankenhäuser sind stark angefüllt; das Gleiche ist bei den nicht kommunalen gemeinnützigen und den staatlichen Krankenanstalten der Fall. Groß-Berlin hat zurzeit im ganzen 21 700 Betten in Krankenanstalten einschließlich Bahnhäuser, Obdach usw. zur Verfügung. Bei einer Einwohnerzahl von rund 4 Millionen kommen hiernach auf 1000 Einwohner etwa 5 Betten, eine Zahl, die in der Vorkriegszeit als für größere Städte ausreichend angesehen wurde, jedoch in einigen Großstädten, besonders im Rheinland, Zahlen von 6 und 7 nicht Seltenes. Bei den weit erschwerten Wohnungs- und Lebensbedingungen ist es begreiflich, daß die Krankenhäuser in Berlin selbst bei einem zurzeit sicher nicht ungenügenden allgemeinen Gesundheitszustand fast ununterbrochen von der Bevölkerung stark in Anspruch genommen werden. Was an Unterkunftsstellen vorhanden ist, wird in Gebrauch genommen. Besonders stark ausgenutzt werden die wichtigsten Abteilungen für erwachsene innere und chirurgische Kranke. Der Zentral-Bettensatz konnte im allgemeinen ausreichte Schwierigkeiten bisher noch überwinden. Diese Schwierigkeiten müssen aber größer werden, wenn die Einwohnerzahl Groß-Berlins, wie man annehmen kann, in erster Linie durch Zuwanderung sich vermehren wird. Ungleich ungünstiger liegen die Unterbringungsbedingungen bei den allen Deutschen. Hier reichen die Betten für die Hospitäler in der Groß-Berlin selbst schon lange nicht mehr aus. Das alte Berlin besaß zwar drei große Hospitäler und zwar in der Frobel- und Ballhofstraße sowie in Buch. Die zu Groß-Berlin hinzugezogenen Vororte dagegen hatten im Bereich ihrer lokalen Grenzen nur geringe Unterkunftsbedingungen. Die Unterbringung erfolgte vorwiegend in außerhalb der Grenzen des heutigen Berlins gelegenen Provinzialanstalten. Durch die Schiedssprüche vom 23. August 1920 (endgültig 7. April 1921) und vom 15. Dezember 1924 wurden der Stadt Berlin 5200 Betten für Irre und Sieche, von denen zurzeit etwa 1400 für Sieche benötigt werden, in den Brandenburgischen Provinzialanstalten zur Verfügung zugewiesen. Darüber hinaus wurden durch besondere Vereinbarungen noch weitere 900 Betten auf kürzere Frist, ebenfalls für Irre und Sieche in den Anstalten der Provinz Brandenburg für Berlin gesichert, von denen etwa 3—400 für Sieche verfügbar gemacht werden können. Staatliche Erhebungen beweisen jedoch die andauernde Zunahme der alten Leute, die in Hospitälern Aufnahme finden. Am 1. Januar 1921 waren 4820 in Berlin und 194 in der Provinz untergebracht; die Zahlen sind inzwischen andauernd gestiegen und betragen am 1. Januar 1925 in Berlin 4804 und in der Provinz 1803.

Am 1. Januar 1930 muß man aber voraussichtlich mit circa 8000 Siechen rechnen. Die Gesundheitsdeputation hat diesen Verhältnissen bereits Rechnung getragen. Von gleich großer Bedeutung ist die Frage, wie die Stadt Berlin in den kommenden Jahren die Geisteskranken unterbringen soll. In der Nachkriegszeit ist durch die Wohnungsnot die Familienpflege geistig Gestörter fast ganz zum Erliegen gekommen, die Abnahme des Alkoholumisses erwies sich als vorübergehend und schließlich ist eine Anzahl von Privatanstalten durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse eingegangen. In die 1914 bereits fertiggestellte vierte Irrenanstalt in Buch ist nach dem Kriege bei der stark zusammengeschmolzenen Zahl der Geisteskranken eine Kinderheilstätte gelegt worden. Der Bestand an Geisteskranken ergibt sich aus folgenden Zahlen: er betrug am 1. Januar 1921 in Berlin 4821, in den Provinzialanstalten 1718, am 1. Januar 1925 dagegen in Berlin 5616, in der Provinz 3662. Am 1. Januar 1930 wird man voraussichtlich im ganzen mit 11 800 Geisteskranken rechnen müssen. Da die Irrenbetten in der Provinz der Stadt für die Zukunft nicht in gleicher Zahl zur Verfügung gestellt werden können, wird die zweite Irrenanstalt in Buch, die — kurz vor dem Kriege fertiggestellt — seit 1919 die Kinderheilstätte in sich aufgenommen hat, ihrer früheren Bestimmung wieder zugeführt werden müssen. Für die Unterbringung der Kinderheilstätte Buch muß anderweitig gesorgt werden. Schließlich hat man sich in der Gesundheitsdeputation noch der Unterbringung tuberkulöser Männer zugewandt. Nachdem vor wenigen Jahren die „Heimstätten“ aufgelöst worden waren, schickte man tuberkulöse Männer hauptsächlich in Privatanstalten. Zunächst ist beschloffen worden, das „Waldhaus Charlottenburg“ um 300 Betten auf 600 Betten zu erweitern, doch wird man noch weiter bemüht sein, geeignete Bauten in zweckentsprechender Gegend zu errichten oder käuflich zu erwerben.

### Ein Veteran unserer Partei.

Der Hutmacher Emil Biele feiert am Sonnabend, den 4. d. M., seinen 80. Geburtstag. Schon früh schloß er sich der Partei an. Er war 1867 in Duisburg bei der Wahl Halenckers tätig, 1875 Mitglied des Vereins zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung und Leser der Berliner „Freien Presse“. 1892 organisiert im 5. Berliner Reichstagswahlkreis, 1897 Bezirksführer, 1902 Abteilungsleiter der 7. Abteilung. Nach der Spaltung 1917 im Bes.- und Disziplinierklub Vorwärts, 1918 im 5. Wahlkreis, 7. Abteilung, wieder Abteilungsleiter, hat er 1919 die letzte Reichstagswahl aktiv mitgemacht. Jetzt wohnt er im Friedrich-Wilhelm-Hospital, Frobelstraße 17. Wir wünschen dem alten Genossen noch viele frohe Tage.

## Jede Tunke

soll ihren Eigengeschmack behalten, aber auch gut gebunden sein. Für süsse und für würzige Sossen gleich gut geeignet ist Mondamin. Es bindet ganz ausgezeichnet, bildet keine Klümpchen und macht die Tunke nicht kleisterhaft. Mondamin ist vollkommen neutral im Geschmack und sollte auch in Ihrer Küche nicht ausgehen. Achten Sie aber auf den Namen

# MONDAMIN







Landtag und Notverordnungen.

Genosse Leinert gegen den Rechtsblock.

Der Landtag vertagte sich gestern auf Beschluss des Aeltesten-

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich die Wahl zum

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Zur Beratung steht

Abg. von der Osten (Dnat.): Die von dem Ständigen Ausschuss

Sachlich ist gegen das Verhalten der Regierung gar nichts

Abg. von der Osten ist noch einen Schritt weiter gegangen

Ich brauche bloß an die Szene zu erinnern, als der Minister-

Finanzminister Dr. Höpker-Aschhoff

wird von der Rechten mit ohrenbetäubendem Lärm empfangen,

Wenn man daran denkt, eine Partei davon zu erinnern, was

Herr von der Osten hat dann erklärt, das Verdienst, daß in

Was hat denn Helfferich für die Sicherung Deutschlands getan?

Davon ist gar keine Rede. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Abg. Leinert (Soz.): Die Sozialdemokratische Partei steht nicht

Abg. Leinert (Soz.):

Die Sozialdemokratische Partei steht nicht auf dem Standpunkt,

Ich muß aber darauf hinweisen, daß in der ganzen Zeit,

in der die Volkspartei mit in der Regierung vertreten war,

Sie haben — und das ist ja das Wunderbare — für die

Heute, wo es sich nur darum handelt, dieselben Verordnungen

Sachlich ist gegen das Verhalten der Regierung gar nichts

Abg. von der Osten ist noch einen Schritt weiter gegangen

Ich brauche bloß an die Szene zu erinnern, als der Minister-

Davon ist gar keine Rede. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Nachdem es nun Herrn Abg. v. d. Osten nicht gelungen war,

Abg. Leinert (Soz.): Die Sozialdemokratische Partei steht nicht

Die Beratungen werden abgebrochen.

Freitag 12 Uhr: Wahl des Ministerpräsidenten, Weiterberatung,

Schluß gegen 6 Uhr.

Sie haben gar nicht gedrängt, Sie haben im Gegenteil Angst

(Sehr wahr! links — Lachen rechts), und deshalb bleibt er mit

Ihr Aufwertungsschwindel vor den Wahlen (erneute lebhaft

Diese Angst wird dazu führen, daß, wenn nur die Möglichkeit

Sie selber die Leute abkommandieren werden, damit er keine

Abg. von der Osten ist noch einen Schritt weiter gegangen

Ich brauche bloß an die Szene zu erinnern, als der Minister-

Davon ist gar keine Rede. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Nachdem es nun Herrn Abg. v. d. Osten nicht gelungen war,

Abg. Leinert (Soz.): Die Sozialdemokratische Partei steht nicht

Die Beratungen werden abgebrochen.

Freitag 12 Uhr: Wahl des Ministerpräsidenten, Weiterberatung,

Schluß gegen 6 Uhr.

Continental Regenmantel advertisement featuring a woman in a raincoat and the Continental logo.



# Kulturdebatte im Reichstag.

## Sichtpielgesetz. — Reichsbühnengesetz. — Bekämpfung der Schundliteratur.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Stöcker (Komm.) gestern im Reichstag, sofort die kommunistische Interpellation über den Sicherheitspakt zu besprechen.

Präsident Lohé stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß der Reichstag selbst durch den Verleihenrat beschloffen habe, von der Erörterung dieser Dinge jetzt Abstand zu nehmen, auf Grund der Mitteilungen, die von der Regierung im Verleihenrat gemacht wurden. (Hört, hört!)

Der kommunistische Antrag findet Widerspruch und ist damit erledigt.

Auf der Tagesordnung steht die

### Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur.

Der Ausschuß für Bildungswesen ersucht die Reichsregierung: 1. eine Novelle zum Lichtspielgesetz, ferner Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur und zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schauvorstellungen und Darbietungen, sowie ein Reichsbühnengesetz mit möglichst bestmöglicher Beschleunigung vorzulegen;

2. Bildstreifen für Jugendliche bis zu 18 Jahren nicht zuzulassen, wenn sie im Widerspruch mit dem Erziehungsziel der Reichsverfassung stehen, oder wenn sie die bestehende republikanische Staatsverfassung herabsetzen;

3. zu erwägen, bei der Verabschiedung des Reichstheatergesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten in Sachen der Radioübermittlung von Bühnenstücken zu gewährleisten.

Die Abgg. Henkel-Dippreuen (Dnal.) und Dr. Schreiber (S.) berichten über die Ausschusshandlungen. Dr. Schreiber betont, Reich und Länder müßten sich zu einer großzügigen, überparteilichen Kulturspflege vereinigen und gegen Zerstückelungen vorgehen. Unser Volk müsse zur Heimatkultur und Heimatkunst zurückgeführt werden. Nie sei unser Volk so von Schund und Schund überflutet gewesen wie jetzt. Die Jugend bedürfe des Schutzes und müsse aus der Volkstrunkenheit errettet werden. Das Lichtspielwesen müsse hineingeführt werden in die deutsche Volkskultur. Es sei Pflicht der Regierung, die Auswüchse des Lichtspielwesens zu verhindern. Eine Schädigung der Filmindustrie brauche damit nicht verbunden zu sein. Im Lichtspielgesetz müsse auch die Achtung vor der Religion gefordert werden. Das Theater dürfe nicht eine Sünde der oberen Zehntausend sein, sondern der ganzen Volksgemeinschaft.

Staatssekretär Schulz teilt mit, daß das Lichtspielgesetz und das Bühnengesetz in Vorbereitung sind.

Abg. Dr. Mumm (Dnal.) verlangt Förderung einer christlich-sozialen Kultur.

### Abg. Schred (Soz.):

Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige und kulturelle Not hat das deutsche Volk außerordentlich herabgedrückt, es muß alles getan werden, um eine kulturelle Hebung des Volkes zu ermöglichen. Wir sind der Auffassung, daß es durch aus ratsam ist, wie auf manchen anderen Gebieten, wo der soziale Zwang in Erscheinung treten muß, auch hier mit Schutzgesetzen zu arbeiten. Aber es kommt nicht nur auf die Verbote an, denn wo die Polizei anfängt, über Sittlichkeit und über Kunst zu entscheiden, entstehen manchmal noch größere Gefahren, als wie sich durch manche schmutzige Erscheinungen offenbart haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei mag für Ruhe und Ordnung sorgen, wir sollten sie aber nicht in das Gebiet des Geisteslebens hineinlassen. Aufklärung und Erziehung scheinen uns die Grundpfeiler zu sein, um aus den Sumpfercheinungen herauszukommen. Insbesondere muß die Novelle zum Lichtspielgesetz eine Reform in der Richtung einer stärkeren Förderung der kulturellen Seite des Films bringen. Zu diesem Zwecke muß der Kulturfilm gefördert werden. Wie ist das jedoch denkbar, solange der Film wie alle übrigen Einrichtungen, die der Unterhaltung und der Kunst dienen, auf dem Profit aufgebaut sind. Herr Mumm hat von dem Unzuchtverbot gesprochen. Man könnte von einem ebenso geringen Kapital sprechen, das sich auf dem Gebiet des Alkohols offenbart. Darüber hinauskommen wir zum Kapital überhaupt, durch das Menschen ausgebeutet werden, so daß sie nicht die Möglichkeit haben, in sich ihre moralischen Qualitäten und sittlichen Eigenschaften lebendig zu machen.

Gerade im Kapital sehe ich eine der größten Hemmungen für ein wirklich religiöses Empfinden.

(Sehr gute Zustimmung links.) Man entrüstet sich über die unangenehmen Erscheinungen im Schundfilm, vergißt aber, wie sehr der

Film auch im parteipolitischen Sinne mißbraucht werden soll. (Sehr gute Zustimmung links.) Jetzt wollen nationale Kreise einen Passalle-Film vorführen lassen, um mit diesem genialen Passalle die heutige Sozialdemokratie zu überwinden. Wir wünschen den Herren recht viel Glück dazu. Wenn sich zur Besichtigung dieses Films die Teile der deutschen Jugend einfinden, die mit dem Hakenkreuz herumlaufen und diesen Juden Passalle als den Mann feiern, der die notwendigen staatspolitischen Qualitäten besaß, dann werden wir unser humorvolles Lächeln dafür haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer in der deutschen Jugendbewegung tätig ist, der wird zugeben müssen, daß es noch nie eine so lebensfrohe, eine so sehr nach Sitten, Geist und Religion ringende Jugend gegeben hat, als gerade jetzt. Diese sittliche Verjüngung des deutschen Volkes sollte man nach allen Seiten freudig begrüßen. Dazu immer nur das Jammern über den Tiefstand und die Zerfahrenheit, wenn man auf der anderen Seite sieht, wie gerade aus dem Sumpf und trotz des Sumpfes sich moralische Kräfte entwickeln, die einen von Tag zu Tag mehr das Herz im Leibe lachen lassen. (Bravo, bei den Soz.)

Das Reichsbühnengesetz soll einen stärkeren Schutz und eine Hebung auch für die Künstler ermöglichen. Aber die Not unserer Zeit ist nicht erst seit 1914 in Erscheinung getreten, sie beruht darauf, daß die ganze industrielle und kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu einer Haft auch auf dem Gebiete der Kunstproduktion geführt hat. Auf dem Künstler lastet der Druck, daß er nicht weiß, wovon er morgen leben soll, wenn er heute eine neue Kunstform zu schaffen mag.

Wie müssen die Bühnenorganisationen um ihre Existenz ringen!

### Der deutsche Volksbühnenverband

hat aber schließlich doch die Kraft gehabt, Großes zu leisten. In den Besucherorganisationen wurden die Kräfte zur Entwidlung gebracht und damit wurde auch auf den öffentlichen Spielfeldern im künstlerischen und erzieherischen Sinne eingewirkt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Verdienste werden noch viel zu wenig bewertet, sonst müßten Reich und Länder endlich mehr tun, um die wirklich wertvolle künstlerische, sittliche Erziehungsarbeit der Bühnenorganisationen zu unterstützen. Bei dem Bühnengesetz muß aber auch die wirtschaftliche Seite beachtet werden. Eine Trennung zwischen der Tätigkeit der Reichsministerien des Innern und der Arbeit darf nicht stattfinden.

Bei dem Reichstheatergesetz werden sich Schwierigkeiten ergeben, weil auch hier wieder die geistigen und materiellen Interessen im Gegensatz zueinander stehen. Das Reich muß diese Fragen mit einer materiellen Beihilfe für unsere gesamten deutschen Künstler zu lösen versuchen. Daß auch diejenigen, die heute durch das Radio ausgenutzt werden, einen Schutz erfahren sollen, ist zu begrüßen.

Wir sind der Meinung, daß bei der Ausarbeitung der Novelle die materiellen Triebkräfte unserer Gesellschaft die Moral und die Kunst nicht zu sehr belasten dürfen. Die Regierung wird sich freilich überwiegend auch hier von materiellen Existenzfragen der Industrien auf diesem Gebiet leiten lassen. Wir warten ab, was die Regierung hier tun wird. Im Augenblick kommt es darauf an: wer dem deutschen Volke nicht nur in seinem harten materiellen, sondern auch in seinem sittlich-kulturellen Existenzkampf dienen will, der muß alles tun, um die besten Kräfte zur Entfaltung zu bringen, damit das Volk den Glauben an sich selbst wiederfindet. (Sehr gute Zustimmung bei den Soz.)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Die Amnestieanträge werden an den Ausschuß zurückverwiesen.

Bei der Erledigung der Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Ranzler (Komm.) und v. Graefe (BdL.) muß Auszahlung erfolgen. Der Ausschuß schlägt vor, die Genehmigung, wie üblich, zu verweigern. Für diesen Antrag stimmen 201 Abgeordnete, dagegen 97, während 6 sich der Stimme enthalten. Die Franzosen waren in dieser Frage bis auf die Sozialdemokraten und Kommunisten, die dem Ausschussantrag zustimmten, gelassen. (Als der Präsident das Ergebnis der Abstimmung mitteilt, rief ein Abgeordneter, da es sich bei den Strafanträgen um Alkohollieferanten handelte, laut: Profit! — Große Heiterkeit.)

Ein kommunistischer Antrag, am Freitag die Sicherheitsfrage und den spanischen Handelsvertrag zu behandeln, wird gegen die Anträge der Sozialdemokraten und der Bdkl. abgelehnt.

Das Haus verläßt sich.

Freitag 2 Uhr: Dritte Lesung des Lehrgangs der Grundschule, Anträge zum Lichtspielwesen, keine Vorlagen. — Schluß 1/4 Uhr.

moralischen wie auch aus Gründen der Gerechtigkeit verboten werden müsse. Die 7. Internationale Arbeitskonferenz, die im Mai dieses Jahres in Genf abgehalten wird, soll die Konvention in zweiter und letzter Lesung verabschieden.

Zurzeit richtet sich die Macht des gesamten Unternehmertums gegen den Erfolg eines internationalen gesetzlichen Verbotes der Nachtarbeit. Der Vorstoß des reaktionären Unternehmertums hatte infolgedessen Erfolg, als sich einige Regierungen dazu bestimmen ließen, Änderungsanträge einzubringen, die auf eine Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit hinauslaufen. Gelingt es den Unternehmern im Verein mit den von ihnen gewonnenen Regierungsvertretern, das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit bei der 7. Internationalen Arbeitskonferenz zu verhindern, dann ist das gleichbedeutend mit einem Juridiktum der Bäckerarbeiter in das Sklavensystem der Nachtarbeit.

Kameraden! Wir glauben, darauf verzichten zu können. Euch in allen Einzelheiten die Gefahren zu nennen, die für die Bäckerarbeiter und für Euch bei einem Siege der Reaktion entstehen. Es genügt anzunehmen, daß die Bäckerarbeiter zu einer den Folgen der Natur widersprechenden Arbeitsweise gezwungen werden, die zu einem raschen Stetium führt. Die Zustände, die Karl Marx und August Bebel zu dem Erlaß eines klammervollen Protokolls aufforderten, werden in der alten Traurigkeit ihre Auferstehung feiern. Das Brot, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, wird wieder von einer Arbeiterschaft hergestellt werden, die der Proletarierkrankheit mehr als jede andere Schicht unterworfen ist. Der größte Teil der Menschheit, vorab der Arbeitende, wird die Opfer zu tragen haben. Einige Wenige werden die Nutznießer sein. Sie werden aus Krankheit und Stetium gleichendes Gold münzen.

Kameraden! Gegen die Gefahr müßt Ihr ankämpfen. Ihr könnt das am besten, wenn Ihr Euch mit den Bäckerarbeitern solidarisiert, wenn Ihr den Kampf dieser Kollegen zu dem der gesamten Arbeiterschaft macht. An Euch liegt es, vereint mit den Bäckerarbeitern auf die Regierungen Eurer Länder und auf die Konsumenten einen Druck auszuüben. Die Regierungen müssen aufgefordert werden, ihre Vertreter anzuweisen, in Genf für die Konvention zu stimmen. Den Konsumenten müßt Ihr begreiflich machen, daß das Gesamtwohl der Bevölkerung aus Gründen des nackten Profits nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Wenn Ihr in diesem Sinne arbeitet, dann erweist Ihr der Arbeiterschaft einen großen Dienst.

Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse! Nieder mit der Reaktion!

### Deutschnationale Wirtschaftswende.

In der antisemitisch-deutschnationalen „Berliner Börsenzeitung“ kann man auf der ersten Beilage in Nr. 154 vom 1. April in dem Ueberblick über die Börse folgende Sätze lesen:

„Die Börse bleibt schwach. Dabei schrumpft das Geschäft weiter ein. Das Publikum fehlt ganz, da es die ihm zur Verfügung stehenden Geldmittel bei den teuren Preisen zur Lebenshaltung braucht.“

Das ist auf der ersten Spalte. Auf der vierten Spalte wird gegen die Erhöhung der Beamtengehälter gefahren:

Während sich die Erkenntnis immer weiter Bahn bricht, daß wir mit unserer Lohnpolitik in einem kritischen Stadium angelangt sind, d. h., daß weitere Lohn erhöhungen die Produktion, die heute auf der ganzen Linie unter Absatzmangel leidet und dem Ausland gegenüber durch Belastungen mit unnatürlichen Frachten, Zinsen, sozialen Beiträgen, Verwaltungsgebühren usw. nicht mehr konkurrenzfähig ist, zu neuen Absatzschwierigkeiten bringen müssen, wird im Reichstag ein Antrag von demokratischer und sozialdemokratischer Seite eingebracht, der darauf hinausläuft, die Zuschläge für die unteren Beamtengruppen von 12% auf 20 Proz. zu erhöhen. . . . Es muß verlangt werden, daß der Reichstag in dieser Frage endlich Vernunft annimmt und eine Lohnpolitik treibt, die auf die wirtschaftlichen Erfordernisse Rücksicht nimmt.“

Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt eine Beamtenbeilage heraus, um den Beamten die nötigen Aktien und Papiere aufzuzeichnen, auf denen sie dann sitzen bleiben. Sie hält ihre Beschlüsse offenbar für verdammt genug, um ihnen auf derselben Seite zwei entgegengesetzte Ansichten fertigen zu können: 1. Die Wirtschaftslage ist schwach, weil niemand Geld übrig hat, um andere Einkäufe zu machen als die zur Lebenshaltung unbedingt notwendigen. 2. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die der Masse der Arbeitnehmer ermöglicht, Einkäufe zu machen, schwächt die Wirtschaft. Arme Wirtschaft! Arme Leser!

(Siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

## Gewerkschaftsbewegung

### Internationaler Kongress der Bäcker.

Mittwoch, den 30. März, tagte in Anwesenheit der Vertreter aller wichtigen Bäckerarbeiterverbände der Welt im Reichsarbeiterheim in Stuttgart der 3. Internationale Kongress der Bäckerarbeiter.

Im Tätigkeitsbericht der Zentrale wird erinnert, daß die Frage der Abschaffung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe im vergangenen Jahre eine Klärung im Bund der Bäckerarbeiter erfahren hat. Die 7. internationale Arbeitskonferenz in Genf, die das Verbot der Nachtarbeit über die Bäcker in den Bäckereien diesmal in zweiter und letzter Lesung behandelt, hat sich hierbei mit den Änderungsanträgen, die die Regierungen vorschlugen, zu beschäftigen. Auf dem Kongress der Bäckerarbeiter wurde festgestellt, daß die Änderungsanträge in ihrer Gesamtheit auf eine Verfestigung des Uebereinkommens hinauslaufen. Der Kongress erhob gegen diese Machination der kapitalistisch orientierten Regierungen scharfen Protest. Beschlossen wurde, an alle der Genfer Tagung teilnehmenden Arbeitervertreter die Aufforderung zu richten, den Bestrebungen der Regierung den heftigsten Widerstand entgegen zu stellen. Weiter wurde beschlossen, an die Bäckerarbeiter, an die Arbeiter, wie an die Konsumenten Kundgebungen zu richten, in denen auf die Wichtigkeit des Kampfes und die Folgen hingewiesen werden soll.

Der Sekretär, Genosse Schifferstein, wies in seinem Referat über die weiteren Aufgaben der Lebensmittelarbeiterunion

in diesem Kampf darauf hin, daß nach dem Abschluß der Genfer Beratungen für die Bäckerarbeiter die wichtigste Phase ihres Kampfes folgt. Die Regierungen müssen dazu gebracht werden, die Ratifizierung des Uebereinkommens vorzunehmen. Diese kann nur dann erreicht werden, wenn die Bäcker geschlossener organisiert, vom ISB., den Landeszentralen der Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeiterschaft in den Parlamenten unterstützt werden. Der Kampf ist in seiner jetzigen Form zu einem der gesamten Arbeiterschaft geworden. Er wird zu einem Siege führen, wenn sich die Bäckerarbeiter resillos ihrer Gewerkschaft anschließen.

Der Kongress beschloß folgende Kundgebung an die Arbeiterschaft der Welt zu richten:

Kameraden! Der 3. Weltkongress der Bäcker- und Konditoreiarbeiter richtet an Euch in erster Stunde den dringenden Appell, den Kampf der Bäcker- und Konditoreiarbeiter für die endgültige Beseitigung der schandwürdigen Nachtarbeit wirksam zu unterstützen. . . . Seit einem Jahrhundert führen die Bäckerarbeiter einen ununterbrochenen Kampf gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien. Der Kampf brachte vor zier 20 Jahren die ersten positiven Erfolge. Die Nachtarbeit wurde zuerst in einigen nordischen Staaten, dann später während des Krieges auch in den mitteleuropäischen und einigen Ueberseestaaten verboten. Rund 20 Staaten kennen heute das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit.

Diese wichtige Errungenschaft der Bäckerarbeiter soll der Profitgier des Kapitals zum Opfer fallen. Im Jahre 1924 tagte in Genf die 6. Internationale Arbeitskonferenz. Mit 73 gegen 15 Stimmen erklärte sich die Konferenz für eine die Nachtarbeit verbietende Konvention. Die Auffassung der Konferenzteilnehmer war die, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien aus hygienischen,

**Für 2 Mark 50 Pfennig**  
ein zu jeder Zeit  
**passendes Geschenk**  
für die Hausfrau!

15 Pläckchen der bewährten  
**Oetker-Fabrikate**,  
darunter die neu herausgebrachten  
Feinkost-Puddingpulver sind  
zusammen mit einem **Rezeptbuch**  
in einer hübsch ausgestatteten  
**Auswahl-Packung** vereinigt und  
bilden ein nützliches und  
praktisches Geschenk  
**für jeden Haushalt!**

In allen einschlägigen  
Geschäften zu haben.

**Dr. A. Oetker, Bielefeld.**



Endlich leben ist  
die Lust  
**3M**  
ZIGARETTE

Fabrikniederlage Berlin, Invalidenstr. 139  
Fernsprecher: Norden 11 720, 11 721

**LANDE WOOG ZIGARETTEN**



# Abenteurer der Revolution.

## Der Leipziger Tscheka-Prozess.

Der Leipziger Tscheka-Prozess, der am 11. Februar seinen Anfang genommen hat, geht seinem Ende entgegen. Die Arbeiterschaft hat in den letzten Tagen anderes zu tun gehabt, als die abenteuerlichen Winkeltzüge der KPD. zu verfolgen. Jetzt aber, wo das Urteil nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, scheint es an der Zeit, einzelne Tatsachen der ausgedehnten Gerichtsverhandlung zusammenzufassen und das Gesamtbild dieses denkwürdigen Prozesses im Gedächtnis aufzufrischen. In der traurigen Reihe der Kommunistenprozesse ist er vielleicht der wichtigste. Hier wurde zum erstenmal gründlich in die verbrecherische Revolutionspielerei der russischen Führer und ihrer Hintermänner hineingeleuchtet und das Geheimnis offenbart.

### Die Vorgeschichte.

Der Leipziger Tscheka-Prozess greift auf den Augenblick zurück, als die Inflation von einer stabilen Währung abgelöst werden sollte. Die Kommunisten wußten nur zu gut, daß mit dem Ende der Inflationsperiode für sie auch jede noch so geringe Aussicht auf Aufstieg verschwinden würde. Der Moment mußte genutzt werden. Ein Revolutionskomitee unter Leitung des Sendlings der Kommunistischen Internationale, Klein, sollte, gestützt von der Mitarbeit eines russischen Generalstabs, für den Oktober den Ordnungsdienst, die Hundertschaften der Partei und der Betriebe zum Bolschewismus bereit halten. Der verstrahlte Hamburger Aufstand durchkreuzte alle Pläne. Die KPD wurde verboten, das Revolutionskomitee löste sich auf. An ihrer Stelle sprang der sogenannte Fünferkopf mit diktatorischen Fünfergruppen ein. Die L-Gruppen (Terror- oder Tscheka-Gruppen), örtlich und zentral organisiert, wurden ins Leben gerufen. Der individuelle Terror zur Kampfmethode proklamiert. Dem Fünferkopf soll auch u. a. der Reichspräsidenten-Landtagskandidat Thälmann angehört haben. An der Spitze der L-Gruppen soll als militärischer Leiter der Russe Hellmuth Böhm-Stoblewski gestanden haben. Seine rechte Hand will Neumann gewesen sein. Erst nach langer und mühevoller Arbeit gelang es den Behörden die Gesamtorganisation aufzuheben und deren Mitglieder vor den Staatsgerichtshof zu bringen.

### Im Gerichtssaal.

Der Staatsgerichtshof ist aus neun Richtern zusammengesetzt, aus drei Berufsrichtern und sechs Laien, die gewissermaßen Vertreter der republikanischen Parteien sind. Er hat seinen Sitz im Reichsgerichtsgebäude. Der Sitzungssaal reicht für den großen Apparat, der aufgezogen wurde, kaum aus. Zeugen und Angeklagte mußten, wegen der schlechten akustischen Verhältnisse, von einer bestimmten Stelle aus, an einen Holzpfeiler geklinkt, sprechen. Verteidiger und Klienten nehmen den ganzen Raum vor dem Richterisch ein. Hinter jeder Reihe von Angeklagten sitzt immer eine Reihe Schupoleute. Die Plätze der Presse befinden sich hinter der Barriere, die den eigentlichen Gerichtssaal vom Zuschauerraum trennt. Regierungsvertreter verfolgen andauernd die Verhandlungen. Die Kontrolle vor dem Gerichtssaal ist sehr scharf: ein großes Polizeiaufgebot und eine dreifache Kontrolle sorgt für die Sicherheit der Prozeßbeteiligten. Die Angeklagten sind von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten. Ehefrauen, Eltern und erwachsene Kinder können nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters bis zu einer Viertelstunde Sprechertouren erhalten. Die Sitzungen selbst verlaufen immer wieder äußerst stürmisch, man kann nicht behaupten, daß die Interessen der Angeklagten besonders gewahrt werden.

### Stoblewski.

Die interessanteste Figur unter den Angeklagten ist der Russe Hellmuth Stoblewski. Er ist der Typus eines modernen Sowjet-Tschellisten oder eher eines Ringelbiers der GPU. Nicht groß von Wuchs, glatt rasiert, mit buschigen Augenbrauen, intelligenten energischen Zügen, grausam aufeinander gepreßten feinen Lippen, gemessenen militärischen Bewegungen, kann er äußerst lebenswürdig und zuvorkommend lächeln. Er hält sich gerade dann in ein vielsagendes Schmelzen, wenn man nach Lage der Dinge einen Befehl von ihm erwarten mußte. Seine Behauptung, daß er erst sechs Wochen vor der Verhaftung in Berlin eingetroffen sei, ist bereits gründlich widerlegt. Selbst seine Freundin die Schipowa sprach in der Voruntersuchung von drei bis vier Monaten. Seine Zimmerwirtin, deren Angehörige und eine weitere Zeugin haben bestätigt, daß er schon seit dem Herbst hier wohnte. Voegel hat der erste, der die Spur auf ihn gelenkt hatte, und erkannte ihn bei mehrfachem Gegenüberstellen als Hellmuth Stoblewski. Neumann, der mit ihm Wochen hindurch verkehrt haben will, behauptet auch heute noch, daß er der Hellmuth sei. Selbst der Vjasma, in dem Stoblewski Neumann in der russischen Botschaft empfangen hat, ist zur Stelle. Das Gutachten der Sachverständigen über die Identität seiner Handschrift mit den Unterschriften auf den Geldquittungen ist zu seinen Ungunsten ausgefallen. Stoblewskis Spiel scheint verloren.

### Neumann.

Neben ihm Neumann. Klein von Wuchs, mit lebhaften und weichen Bewegungen, intelligentem Gesichtsausdruck, freier Sprache, verfügt er über eine scharfe Auffassungsgabe und ein gutes Gedächtnis. Ein Gernegroß, wollte er unbedingt eine Rolle spielen. Und konnte dieses irgendwo leichter geschehen, als in der KPD? So war er bald als Sekretär der Parteizentrale in alle Geheimnisse

des Revolutionskomitees, des Revkos eingeweiht, stand in engsten Beziehungen zu dem Fünferkopf und wurde dann der Militärorganisation Stoblewskis zugeteilt. Er bereitete die Terrorakte vor, ging vielleicht manches Mal in seiner Großmannsucht über die Aufträge hinaus, verfaßte Berichte, die er nicht abschickte, schrieb an Trotski einen Brief, und führte schließlich nur ein Klientel aus, das auf dem Trübsand saß. Im Grunde weich und ängstlich, durfte er jedoch dies weder sich noch den anderen eingestehen, da er ja sonst aufgehört hätte, die Rolle zu spielen, die er unbedingt spielen wollte. Verhaftet, schwieg er anfangs. Er hätte auch weiter geschwiegen, wenn ihm durch dieses Schweigen die erste Rolle im Prozeß zugesichert gewesen wäre. Er begann rücksichtslos aufzubeden, als ihm die belastenden Auslagen Voegels vorgelegt wurden, und als die kommunistische Partei ihn verriet, ihn zum Spitzel stempelte. Auf diese Weise erreichte er von neuem sein Ziel, die erste Rolle zu spielen. So spielte er im Prozeß wirklich die erste Geige.

### Voegel.

Wurde Neumann zum Verräter an seinen früheren Genossen, durch deren Berrat an ihm und durch seine Großmannsucht dazu getrieben, so war es Voegel kraft der Gemeinheit seiner Natur. Er trägt ein leichtsinniges, unbedeutendes Durchschnittsgesicht zur Schau, ist mit einem gedehnt zugestutzten Schnurrbartchen geschmückt und zeigt dann und wann ein frivoles Lächeln. Ehemaliges Mitglied der Ehrhardtbrigade, wurde er Mitbegründer der KPD in Leipzig und später eifriges Mitglied der Terrorgruppe. Er war der Erste, der alles austramte und die Spur auf Hule und Stoblewski lenkte. Hinterher rühmte er sich dessen gegenüber dem Untersuchungsrichter. Er erklärte, er wolle das „Judengefindel“ in der Zentrale hochgehen lassen, und in einem Brief an den Untersuchungsrichter Vogt schrieb er: „Ich will meine ganze Person dafür einsetzen, daß die wahren Schädlinge der Arbeiterklasse entlarvt werden.“ Er meinte damit die Zentrale der KPD und die Moskauer Tschekaner. — Der Prozeß der Zentrale steht ja noch bevor. Bereits in der Untersuchungsphase ertündigte er sich, ob er nicht nach seiner Befreiung in den Dienst der Polizei treten könnte. Die kommunistische Presse hat ihn mit Lobhymnen überschüttet, wohl weil er jetzt Stoblewski nicht mehr kennen will, obgleich er im großen und ganzen seine Auslagen aufrecht hält. Der Zuchthäuser Margies, der vier in der Bunde hat ihn eine traurige Gestalt genannt. Margies selbst, breitschultrig, mit großem Kopfe, kahlem Schädel, hervorstechendem Rinn, stehenden Augen und einem Stiernacken, sah fast beobachtend da und gibt herausfordernde Antworten. Ob er wirklich Margies ist? Jedenfalls ist Margies wegen schwerer Körperverletzung mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren verurteilt und hat gelegentlich drei Polizeibeamte über den Haufen geschossen. Von ihm gingen stets die blutrünstigen Drohsätze aus. Ihm reiht sich als Fünfter Hule an. Ein zapfenförmiger Mensch, mit richtigem Kundwert, für den das ganze Leben eine große Volksoberformung ist. Er ist wegen Betrugs verurteilt. In der Gerichtsverhandlung leugnet er seine frühere Aussage, den Verbindungsmann zwischen Neumann und Stoblewski gespielt zu haben, ob. Maier, der Waffenleiter und Waffenkäufer, verkehrte täglich in der Handelsvertretung in der Lindenstraße. Bei seiner Verhaftung zog er eifrig einen Revolver. In seinem Besitz fand man eine beträchtliche Summe Dollars. Die Reihe der darauf folgenden weniger wichtigen Angeklagten wird mit König und Dienert abgeschlossen, die die eigentlichen Spitzel und Bodspitzel

in dieser Sache, wie vielleicht in manchen anderen Sachen gewesen sind.

### Spitzelsumpf und Polizei.

Diese Galerie der Angeklagten ist ein Spiegelbild der kommunistischen Partei. Neben den paar in ihren Auslagen stehenden Kommunisten die Verräter aller Schattierungen. Selbst der Zuchthäuser fehlt nicht. Sie behaupten, Polizei und Untersuchungsrichter hätten ihnen die Auslage erpreßt. Daß grobe Unkorrektheiten vorgekommen sind, daß unzulässige Lebensarten gebraucht wurden, mag der Fall gewesen sein. Daß aber das Spitzeltum, ja selbst das Bodspitzeltum in so großem Umfange möglich wurde, daran tragen die unklaren Revolutionsphantasien der kommunistischen Partei selbst die Schuld. Sie hat den individuellen Terror gutgeheißen, trug sich mit Klientenplänen gegen Seedi, gegen den württembergischen Minister Polz u. a. mehr herum, schuf Waffenlager — ganze 44 sind registriert gefunden worden, bereitete Sprengstoffattentate vor, versorgte die Mitglieder in den L-Gruppen mit falschen Pässen — die Registratur der Vorkämpferzentrale in Neustadt hat den Beweis dafür erbracht — schreckte auch nicht vor Hinmordung verräterischer ehemaliger Genossen zurück usw. Glaubt man Neumann, so haben an diesem Treiben selbst die bekannten kommunistischen Führer teilgenommen. Und für all dieses gab es russisches Geld ohne Ende. Es langte aber nicht, wenn es hieß, den Opfern der kommunistischen Verführung und deren Familien zu helfen. Hier ein beachtender Beweis dafür. Als die Unterstufung der Zentrale der KPD zu versiegen drohte, schrieb die Württemberger Bezirksleitung nach Berlin: „Die Tschekaner bringen unsere Genossen ins Zuchthaus und halten sich dann in Rußland in sicherem Versteck auf.“ Darauf kam von dem kommunistischen Reichsorganisationskomitee folgende Bescheid: „Es sind ja noch nicht alle Württemberger Kommunisten im Zuchthaus; da sollten sie doch selbst für ihre verhafteten Genossen sorgen.“ Er machte ihnen auch den Vorschlag, sich an die Internationale Arbeiterhilfe zu wenden, die im Dienst der KPD. stünde. Andererseits verstand es aber die kommunistische Partei vorzüglich, ohne der Psychologie der Verhafteten Rechnung zu tragen, sie als Spitzel zu brandmarken, sobald sie des Rückgrats eines sozialistischen Kämpfers ber, ihre Auslagen machten, die allerdings auf Berrat hinausliefen. Selbst die ständigen Drohungen mit der Rache der Tscheka im Falle des Betrags halfen nichts. Eins der großen Verdienste des Leipziger Tscheka-Prozesses ist unter anderem, daß durch ihn gerichtsamtlich die Tatsache festgenagelt worden ist, die auch sonst allgemein bekannt war, daß die Kommunisten keine Geldmittel scheute, um die deutschen Arbeiter ins Unglück zu stürzen. Neumann sprach von 200 000 Dollar, die ausschließlich in der Berliner Sowjetvertretung abgehoben wurden. Ueber die weitere Rolle die die Sowjetbotschaft gespielt hat, wird die Deffektivität wohl nichts erfahren. Die Auslagen des Untersuchungsrichters und der Kriminalkommissare, sofern sie den Aufenthalt Stoblewskis in der Sowjetbotschaft und die verhängnisvolle Rolle, die anscheinend die politische und die Handelsvertretung der Sowjetregierung in der deutschen Arbeiterbewegung gespielt haben, betreffen, sind unter völligem Ausschluß der Deffektivität gemacht worden.

Die Angeklagten des Leipziger Tscheka-Prozesses, wenigstens ein Teil von ihnen haben sich gegen die Verfassung der Deutschen Republik und gegen das Proletariat veründigt. Es würde aber eine unnütze Grausamkeit bedeuten, sie zu besonders harten Strafen, besonders in Anbetracht der mehr als milden Praxis des Staatsgerichtshofs gegenüber den Rechtsbolschewisten, zu verurteilen. Die Bedeutung des Prozesses liegt allein in der Aufdeckung des verbrecherischen Treibens der kommunistischen Führer, in der Liquidation der Buschichtigkeit der KPD. und in der Charakterisierung ihrer leitenden Männer.



Im Gerichtssaal während der Verhandlung

# FRÖHLICHE OSTERN!!

in Salamander Schuhen geben erst die rechte Festesfreude, weil Salamander Schuhe sich bei eleganter Ausführung und guter Passform durch Preiswürdigkeit auszeichnen.



# SALAMANDER

DAS MEISTERSTÜCK DER SCHUHFABRIKATION







# Anarchie am Getreidemarkt.

Den Wirtschaftsführern im allgemeinen und den Agrariern im besonderen liegen Klagen immer auf der Zunge. Es gehört zu ihren so geübten wie gewohnten Methoden, um sich her Unklarheiten zu verbreiten. Deshalb ist beispielsweise die landwirtschaftliche Ertragsrechnung der öffentlichen Statistik nicht zuverlässig, weil die Interessenten ihr absichtlich unsichere Unterlagen liefern. Infolge solcher Unsicherheit in der Beurteilung landwirtschaftlicher Verhältnisse findet das läppig wuchernde Gemenge der Klagen landwirtschaftlicher „Kollektoren“ mehr Gläubige, als es verdient. Ohne das geschickte Umehrmanövrieren der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag hätte die „Landwirtschaft“ den Segen ihrer Klagepolitik in der Form von Schutzollprofilen schmerzlos eingestrichen.

Richt ist eine politische Handlung noch nachträglich so klar als richtig erwiesen worden, wie die sozialdemokratische Obstruktion des vorigen Jahres gegen die Wiedereinführung der Agrarzölle. Als sie am 30. August sich auswirkte, da war bereits klar, daß die vielbeschriebene „Krise der Landwirtschaft“ am Weichen war. Im Juli und August 1924 hatten sich die Getreidepreise in Deutschland kräftig gehoben. Sowohl der Weizen- wie der Roggenpreis hatte Ende August ohne Zollschutz den Durchschnittspreis von 1913 überholt.

Im September 1924 sind die Brotgetreidepreise sprunghaft weiter gestiegen, bis sie Anfang Oktober einen vorläufigen Höchststand erreichten, von dem sie zwar wieder etwas zurückwichen, aber weit über den Vorkriegspreis bestehen blieben. Angesichts dieser Preisbewegung wagte sich die Agrarzollpropaganda nicht recht mehr hervor. Außer bescheidenen bedenklichen Wortführern der „Landwirtschaft“ hatten viele grundsätzliche Freunde der Agrarzölle das zungenlähmende Gefühl, es möchte doch gar zu aufreizend wirken, unter der Herrschaft von ausgesprochenen Rosslandspreisen deren weitere Erhöhung um einen ansehnlichen Betrag durch die Agrarzölle zu fordern.

Im neuen Jahre war die Preisbewegung den Zollforderungen noch ungünstiger. Im Januar 1925 stieg an der Berliner Börse Weizen von 237 M. pro Tonne zu Anfang des Monats bis auf einen Höchststand von 274 M. am 29., während Roggen sich von 231,50 auf 272,50 M. „besserte“. Seit Februar verläuft dann die Preisbewegung wellenförmig. Weizen ist zum Beispiel bis zum 12. Februar auf 242,50 M. gefallen, dann wieder bis auf 262 M. am 2. März gestiegen, danach auf 247 bis 248 M. zwischen dem 18. und 23. März gefallen, um schließlich in den letzten Märztagen (26. bis 28.) bei 249,50 M. zu verharren. Etwas anders verlief die Roggenpreisbewegung. Der Roggen hatte bekanntlich die früher übliche Rinderbewegung gegenüber dem Weizen in den letzten Monaten nicht mehr aufzuweisen; die Planlosigkeit des Marktes ließ seinen Preis sogar zeitweilig über den für Weizen hinausgehen. Dieser anormale Zustand ist jetzt einigermaßen geändert worden. Der Berliner Roggenpreis ist bis zum 12. Februar auf 243 M. gefallen, dann zum Monatsende wieder auf 252,50 M. gestiegen, danach bis auf 220 M. am 20. März gefallen, um sich wieder auf 236 bis 235 M. am 27. und 28. März zu erholen. Nach Monatsblick Wochendurchschnitten sieht das Bild der Preisbewegung wie folgt aus. Es kostete die Tonne an der Berliner Börse in Reichsmark:

Jahresdurchschnitt 1913	Weizen	Roggen
Durchschnitt 2. Halbjahr 1924	198,90	164,30
Januar 1925	208,50	199,—
Februar 1925	233,90	247,60
1. Märzwoche 1925	232,40	250,—
2. „	238,70	250,—
3. „	233,65	248,85
4. „	240,50	226,00
5. „	248,90	232,00

Der unverkennbar besonders für Roggen eingetretene Preisrückgang erscheint in diesem Zusammenhang gesehen, noch nicht als eine Ersäuerung der Lage der Verbraucher. Die Preisbewegung an den deutschen Getreidemarkten folgt in etwa der Bewegung an dem wichtigsten Platz des Getreideweltmarktes: in Chicago. Die deutschen Händler und Produzenten sind aber zurzeit in der Lage, ihre Preise über denen der Vereinigten Staaten zu halten, da in Deutschland zweifellos noch immer ein Bedarf für ausländisches Brotgetreide vorhanden ist und das Auslandsgetreide, ehe es am deutschen Markt erscheinen kann, noch erhebliche Aufwendungen nötig macht. So kostete beispielsweise

am 27. 3. 28. 3.

	per Tonne	per Tonne
Wai-Weizen in Chicago	242,86	242,87 M.
Weizen für sofortige Lieferung in Berlin	249,50	249,50
Wai-Weizen in Berlin	274,26	271,50
Wai-Roggen in Chicago	203,98	204,—
Roggen für sofortige Lieferung in Berlin	236,—	236,—
Wai-Roggen in Berlin	242,75	241,50

Eine Zeitlang war das Verhältnis umgekehrt: Kreditnot und Intervention der Reichsgetreidestelle hielt die Preise des Brotgetreides in Deutschland unter den Weltmarktpreisen. Infolgedessen erscheint der Preisrückgang, der am Weltmarkt eingetreten ist, verhältnismäßig gering. Die deutsche Preisbewegung ist aber der Faktor, der einkaufend den Brotpreis und damit die Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland bestimmt. Und diese Preisentwicklung widerspricht jeder Behauptung von einer erneuten akuten Schutzbedürftigkeit der deutschen Landwirtschaft durch Wucherzölle.

Anarchie herrscht an den Getreidemarkten. Nebenher sehen wir sie wirksam in dem Verhältnis zwischen Weizen- und Roggen-, zwischen deutschen und Weltmarktpreisen. Wirksam ist sie aber auch in der ganzen Preisbewegung. Diese ist verknüpft mit dem Verhältnis zwischen Weltproduktion und -verbrauch. Beides sind veränderliche und im Grunde genommen auch mehr oder weniger unbekannte Größen. Zunächst schwankt die Produktion je nach Fruchtbarkeit und Beschränkungen oder Erleichterungen der Anbauflächen von Jahr zu Jahr. Außerdem sind die Produktionsermittlungen auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft alles andere als zuverlässig. Sie sind Schätzungen, meist von Interessenten, und sie sind nicht nur mit allgemeinem Vorbehalt bezüglich ihrer Genauigkeit

aufzunehmen, sondern auch mit besonderen Vorbehalten bezüglich des Willens zur Objektivität bei den Interessenten. Noch unbestimmter ist unsere Kenntnis des Verbrauchs, der nicht nur nach Gebietsteilen und Ländern außerordentlich verschieden ist, sondern auch mit den Veränderungen der sozialen Lage, die zum Teil durch die Brotgetreidepreise bestimmt wird, sich verändert.

Seitdem der erdumspannende Verkehr alle Gebiete in eine große Austauschgemeinschaft einbezogen, das einzelne Land von seiner eigenen Nahrungsmittelproduktion unabhängig und die verarbeiteten und lagerfähigen Lebensmittel zu Weltmarktartikeln gemacht hat, seitdem ist das „richtige“ Verhältnis zwischen Produktion und Verbrauch noch mehr in Frage gestellt als zuvor. Die Preisgestaltung als Mittel zur Herstellung des „richtigen“ Verhältnisses, selbst wieder anknüpfend an die tatsächliche Relation, so wie sie den Interessenten erscheint oder wie diese sie erscheinen lassen, knüpft immer an ein unsicheres Wissen an. So ist sie stärker als je vorher von spekulativen Kräften beeinflusst. Die gegenwärtigen Preisschwankungen beruhen auf dieser Unsicherheit. Deshalb ist eine Prognose der Weiterentwicklung der Getreidepreise schwer möglich. Es scheint allerdings, als ob vorläufig an einen ernsthaften Rückgang der Preise nicht zu denken wäre. Darüber hinaus bleibt eine allgemeine Verteuerung des Brotgetreides für absehbare Zeit wahrscheinlich.

Wie unsicher die Auffassungen der Relation von Produktion und Verbrauch im Weltmarkt begründet sind, hat in der jetzt vergangenen Periode das Auftreten Rußlands am Weltgetreidemarkt gezeigt. Ueber den Umfang der sowjetrussischen Käufe sind wir nicht genau informiert, es handelt sich aber, was auch die russischen Behörden gar nicht abstreiten, um sehr große Mengen. Und vor allem handelt es sich um sofort und dringend benötigte Mengen, da es auffällt, daß die russischen Beauftragten hauptsächlich greifbare Ware und ganz besonders greifbare Rohstoffe aufzukaufen suchen. In welchem Maße Rußland weiter als Käufer am Weltmarkt sein wird, ist schwer abzuschätzen. Angesichts der ungünstigen Aussichten für die neue Ernte in Rußland ist aber anzunehmen, daß die Hoffnungen auf Getreideablieferungen durch die russischen Bauern im Frühjahr leicht trügerisch sein können, womit dann der russische Bedarf, der bisher schon erheblich zu der Weltgetreideverwertung beigetragen hat, noch stärker auf die Preise wirken würde. —etc—

## Erziehung zur Wirtschaftlichkeit.

### Die Forderungen des Reichskuratoriums.

Die deutsche Industrie scheint nach dem Kriege endlich eingesehen zu haben, daß es dringend notwendig ist, die Erzeugung wirtschaftlich zu gestalten. Soweit die Großbetriebe in Frage kommen, ist dieses Bestreben nach Wirtschaftlichkeit unverkennbar. Bei der weitaus größten Zahl der mittleren und kleineren Betriebe hat sich dieses Erkenntnis noch nicht reflexlos durchsetzen können. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen, daß alle diese Arbeiten, die auf Erhöhung des Wirtschaftsgrades der Industrie zielen, zwar von der Privatwirtschaft gefördert, aber doch nur durch Gemeinschaftsarbeit gelöst werden können.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das es sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Rationalisierung, d. h.

### die Vereinfachung unserer Wirtschaft,

und dadurch ihren Wirkungsgrad zu fördern, hielt gestern seine erste diesjährige Jahresversammlung ab. Dielem Kuratorium, das vor vier Jahren mit der Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums gebildet wurde, gehören sowohl Vertreter der Industrie wie der Wissenschaft an. Arbeitnehmer sind in ihm nicht vertreten. Herr v. Siemens, der die Verhandlungen eröffnete, glaubte erklären zu müssen, daß man sich fast scheue, das Wort „Rationalisierung der Wirtschaft“ auszusprechen, da es zu einem Schlagwort geworden sei und dadurch aus der nüchternen sachlichen Betrachtung in eine Sphäre gerückt sei, in der Giftpflanzen besser gediehen als Bäume, die einmal Früchte tragen sollen. Zu solchen Giftpflanzen scheint das Streben nach einer schöneren, gerechteren Wirtschaftsordnung zu gehören, und Herr v. Siemens glaubte, sich dagegen verwahren zu müssen, daß dieses Streben nach Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch wissenschaftliche Methoden als einer Vorstufe zu solch einer Umgestaltung der Wirtschaft betrachtet werden könnte. Er glaubte sich auch dagegen verwahren zu müssen, daß die Rationalisierung das Allheilmittel sei, um unsere

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels per Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	19,50—24,75	Kakao, fettarm	53,00—96,00
Gerstengrütze, lose	19,75—21,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	20,50—21,00	Tee, Souchon, gepackt	320,00—405,00
Hafergrütze, lose	22,25—23,00	Teelandsucker bas. mel.	31,50—33,75
Roggenmehl 01	18,50—20,00	Inlandszucker Raffina	32,50—33,25
Weizengries	22,25—24,75	Zucker Würfel	33,00—39,25
Hartgrieß	25,50—27,75	Kunsthonig	33,60—34,25
70% Weizenmehl	19,00—21,00	Süßholzwurzel	31,00—34,50
Weizen-Auszugmehl	21,25—28,00	Speisestärke	25,50—26,00
Speiseerbsen, Viktoria	17,00—22,00	Marmelade Einr. Erdb.	95,00—96,00
Sojabohnen, kleine	—	Marmelade Vierfrucht	30,00—40,00
Bohnen, weiße, 1.eri	20,00—21,50	Pflaumenmusl. Eimern	37,00—42,00
Langbohnen, handverl.	27,00—32,00	Steinsalz, in Säcken	3,18—3,60
Linsen, kleine	18,00—23,50	Siedesalz in Säcken	4,50—5,80
Linsen, mittel	30,25—40,00	Bratenschmalz I. Tierf.	91,25—91,75
Linsen, große	44,00—52,00	Bratenschmalz I. Kübl.	91,75—92,25
Kartoffelmehl	20,50—23,75	Purelard in Tierces	87,75—89,50
Makkaroni, Hartgrieß	46,00—54,50	Purelard in Kissen	89,50—92,25
Mehlnudel	26,50—30,00	Speisestärke in Packung	65,00—66,00
Eiernudel	44,25—71,00	Speisestärke in Kübeln	—
Bruchreis	15,00—18,75	Margarine, Handelsm. I. desgl. II.	66,00—63,00
Rangoon Reis	17,75—18,75	Margarine, Spezialm. I. desgl. II.	80,00—84,00
Tafelreis, glasi Patna	24,50—32,00	Molkerbutter I. Pck.	200,00—214,00
Tafelreis, Java	32,75—39,75	Molkerbutter II. Pck.	172,00—222,00
Ringstet, amerik.	74,50—79,00	Molkerbutter III. Pck.	197,00—207,00
Getr. Pflaumen 90/100	24,00—40,00	Auslandbutter in Pck.	214,00—220,00
Pflaumen, entsteint	74,00—78,00	Corned beef 126 lbs. p. K.	35,70—42,00
Cal. Pflaumen 40/80	38,00—62,50	Aust. Speck, geräuchert	95,00—101,00
Rosinen, Kl. Candis.	60,00—72,00	Quadrathase	26,00—35,00
Sultaninen Caraburnu	70,00—86,00	Tüster Käse, vollfett	120,00—137,00
Korinthen, choice	49,00—69,00	Echter Emmentaler	165,00—173,00
Kandeln, süße Bari	155,00—200,00	Echter Edamer 40%	115,00—118,00
Mandeln, bittere Bari	155,00—190,00	20%	75,00—78,00
Zimt (Cassia)	100,00—101,00	Ausl. ungeräucher. Condensmilch 48/14	20,00—22,50
Knollen, holländischer	44,00—47,00	Int. ex. Conds. M. 48/14	2,50—25,70
Schwarz Pfeffer Singap.	95,00—105,00		
Weißer Pfeffer	145,00—160,00		
Rohkaffee Brasil	210,00—230,00		
Rohkaffee Zentralam.	235,00—315,00		
Rohkaffee Brasil	270,00—310,00		
Rohkaffee Zentralam.	330,00—400,00		
Röst. erelde lose	21,00—22,00		

Wirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. Sicherlich ist die Rationalisierung nur ein Mittel zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit, und man kann es Herrn v. Siemens nicht allzu sehr verübeln, wenn er die neuen Ziele der Industrie, die weit von der Geheimräumerei früherer Jahrzehnte entfernt sind, mit allerlei Phrasen umgibt, die ihn von dem Verdacht reinigen sollen, daß auch eingeleitete Privatwirtschaftler langsam zwar, aber unweigerlich Förderer der Gemeinschaftsarbeit werden müssen. Wenn Herr v. Siemens erklärt, daß Verbilligung der Produktion den Konsum erhöhe, Arbeit schaffe und der gesamten Bevölkerung ein besseres Dasein gestalte, so ist das nur dann richtig,

wenn höchster Arbeitsleistung auch der höchste Lohn zuteil wird. Nur höchstbezahlte Arbeiter, die nicht nur in der Lage sind, sich gut ernähren und kleiden zu können, sondern darüber hinaus auch kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen, werden die Einflüsse gewinnen, die nötig ist, um wirtschaftlichen Geist in die Betriebe zu bringen.

Ueber staatliche und privatwirtschaftliche Aufgaben der heutigen Rationalisierung sprach Dr. Köttgen, nachdem der Reichswirtschaftsminister einige Worte der Begrüßung an die Versammlung gerichtet hatte. Dr. Köttgen hat die Bestrebungen Amerikas zur Erhöhung seiner Wirtschaftlichkeit studiert und das Ergebnis seiner Studien in einer Abhandlung, die große Beachtung fand, niedergelegt. Amerika, so führte er aus, ist Deutschland in der Erzeugung um 70 Proz. überlegen. Etwa die Hälfte dieser Summe ist auf den größeren Reichtum an Naturgütern zurückzuführen, und die andere Hälfte gebühre der größeren Wirtschaftlichkeit der Arbeitsmethoden. In Amerika erfreut sich sowohl Industrie als Landwirtschaft einer regen Förderung durch die Regierung. Nicht weniger als 118 Millionen Dollar sind zur Förderung der wissenschaftlichen Erkenntnis und Ausbildung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. 51 Versuchsfarmen und etwa 1000 Instrukteure stehen zur Ausbildung der Landwirte und zur Raterteilung an praktische Landwirte zur Verfügung. Zur Lösung technischer-wirtschaftlicher Aufgaben besteht das „Bureau of Standards“ unter Leitung Hoovers, dem noch zwei weitere Abteilungen angegliedert sind, deren Aufgabe die Schaffung von gleichartigen Fabrikaten in Mengen, die Vereinheitlichung der Lieferungsbedingungen und endlich die Vereinfachung in der Praxis sind. Eine so großzügige Förderung ist ähnlichen Bestrebungen in Deutschland durch die Regierung nicht zuteil geworden. Aus der Not der Zeit heraus entstanden eine ganze Anzahl von Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften, die sich die Förderung der Wirtschaftlichkeit zum Ziel gesetzt haben, wie der „Normenausschuß der deutschen Industrie“, der „Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung“, die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure“, der „Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung“, die „Hauptstelle für Wärmewirtschaft“, die „Arbeitsgemeinschaft Technik in der Landwirtschaft“ und endlich der „Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen“. In diesen Ausschüssen haben tausende von Personen ehrenamtlich gearbeitet. Im Hinblick auf die großartige staatliche Förderung dieser Bestrebungen in Amerika fordert nunmehr das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

### einen jährlichen Staatszuschuß von 1½ Millionen Mark,

um der deutschen Gesamtwirtschaft weitgehender als bisher zu dienen. Herr Köttgen legte seine Ausführungen in einer Entschließung nieder, die dem Reichstag, dem Reichsrat und der Reichsregierung übermittelt werden soll, und in der der angegebene Betrag gefordert wird. Damit könnte der Kern der Organisation mit zureichenden Kräften ausgebaut und die zur Förderung des wirtschaftlichen Denkens notwendige Propaganda befristet werden. Die sonst entstehenden Unkosten wolle die Privatindustrie nach wie vor übernehmen.

Zu sich ist gegen die Unterstützung der Wirtschaft durch den Staat nichts einzuwenden. Jedoch scheint es angebracht, gerade im Hinblick und darauf, daß diese Arbeiten der Allgemeinheit zugute kommen sollen, auch

### vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragene Vertreter in leitende Stellen des Reichskuratoriums

zu berufen. Wir glauben, daß es noch viele Industrielle gibt, die sich durchaus als dem Herrn im Hause fühlen und nur zu gern bereit sind, das Autoritätsprinzip über das der Wirtschaftlichkeit zu setzen. Alle Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit werden fruchtlos bleiben, wenn man der Arbeiterschaft immer wieder beweist, daß man sie weder als gleichberechtigt noch als vollwertig betrachtet.

In einem weiteren Vortrag behandelte Prof. Schilling die „Erziehung zur Wirtschaftlichkeit an den Technischen Hochschulen in Amerika und Deutschland“. Er zeigte, wie weit in Amerika die Erziehung zum wirtschaftlichen Denken bereits gediehen ist und dazu beigetragen hat, das Bildungsniveau des gesamten Volkes zu heben. Der Redner forderte auch für Deutschland die Durchsetzung des Unterrichts in den technischen Hochschulen mit wirtschaftlichem Denken. Planmäßiger Ausbau der Wirtschaftsabteilungen aller technischen Hochschulen erscheint von diesem Standpunkt aus natürlich als eine dringende Forderung.

In der Ansprache zeigte es sich, daß die Vertreter der Wissenschaft wohl dem wirtschaftlichen Geiste Konzessionen machen wollen, jedoch das amerikanische System zur Hebung des Volkseinkommens aus zugunsten der Erzielung von Spitzenleistungen ablehnen. Sie sind der Meinung, daß bei dem in Deutschland beliebten System auch das allgemeine Bildungsniveau nicht zu kurz komme. Tausenden von tüchtigen Köpfen wird es im heutigen Deutschland unmöglich gemacht, die in ihnen schlummernden Kräfte auszubilden, nicht zuletzt durch die Politik der Unternehmer, die nur zu oft die wirtschaftlichen Notwendigkeiten außer acht lassen und die sich aus eigener Machtvollkommenheit dazu berufen fühlen, die Erzieher des deutschen Volkes zu sein. Es scheint aber, als ob eine Erziehung der Erzieher in erster Linie not täte. B. W.

Heilmittelerzeugung Deutscher Krankenkassen A.-G. Die 1923 gegründete Heilmittelerzeugung Deutscher Krankenkassen A.-G. sieht, wie gemeldet wird, vor dem Abschluß ihrer Verhandlungen mit der Dstar-Staller-L.-G. Berlin. Gegenstand der Verhandlungen war der Erwerb der Aktienmajorität der D-Staller-L.-G. Diese soll nunmehr in den Besitz der Heilmittelerzeugung Deutscher Krankenkassen übergehen. Die D-Staller-L.-G. bleibt betrieblich selbständig und unabhängig und übernimmt die Versorgung der Kunden ihrer Muttergesellschaft mit ihren Produkten. Die Dstar-Staller-L.-G. betreibt die Herstellung und den Verkauf von Verbandstoffen, Bandagen, Instrumenten, Krankenmöbel und Arzneimittel und ist an einer Anzahl verwandter Unternehmungen beteiligt, die sie zum Teil durch Geschäftsanteile und Aktienmehrheiten beherrscht. Der Erwerb der Dstar-Staller-L.-G. durch die Deutschen Krankenkassen ist ein bedeutender Schritt zur Verbilligung und Steigerung der Heilmittelerzeugung für die Kranken- und Krankenpatienten.

# 3 Tropfen

# Kaoli

# Metall-Oel-Politur

besser als Putzwasser



**Kartellierung der Feuerversicherungs-Gesellschaften.** Der im vorigen Jahre erfolgte Gründung des Verbands Deutscher Feuerversicherer scheint ein Syndikat der deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaften folgen zu sollen. Der sehr heftige gegenseitige Konkurrenzkampf der Feuerversicherungs-Gesellschaften soll befeitigt werden, um der Prämien „Schleuderei“ ein Ende zu machen. Schon heute besteht zur Wahrung des Allgemeininteresses ein Reichsaufsichtsamt für das Versicherungsgewerbe. Da ein geschlossenes Syndikat von Versicherungsgesellschaften eine Monopolstellung genießen würde, denen die Versicherer ausgeliefert wären, berührt die Syndikatsbildung im Versicherungsgewerbe öffentliche Allgemeininteressen im stärksten Maß. Die Deffentlichkeit wird daher diesen Bestrebungen gegenüber sehr wachsam sein müssen.

**Das Röhrensyndikat in Tätigkeit.** Die Röhrenverband G. m. b. H. Düsseldorf, das Verkaufsstelle des Röhrensyndikats, hat am 1. April seine Tätigkeit aufgenommen. Die Verhandlungen des deutschen Röhrensyndikats mit den tschechoslowakischen und den österreichischen Röhrenfabrikanten hat zu deren Ausnahme in das Röhrensyndikat geführt. Ueber die Einbeziehung der polnischen Röhrenfabrikation und derjenigen des abgetretenen Ostoberschlesiens laufen die Verhandlungen noch. Führen sie zu einem günstigen Ergebnis, so ist die ganze mittlereuropäische Röhrenproduktion zu einem Verkaufsblok mit einheitlicher Preisgestaltung zusammengefaßt, der den Röhrenmarkt Mitteleuropas vollständig beherrscht.

**Hohe Bankgewinne trotz scharfen Geschäftsrückganges.** Wie stark die hohen Kreditzinsen und Provisionen gewinnbildend wirken, dafür ist ein schlagendes Beispiel die A. Fester u. Co., Komm.-Ges. auf Aktien, Berlin. Im Gegensatz zu allen anderen Banken ist das Geschäft dieser Bank während des Jahres 1924 gegenüber den Zahlen der Goldmarköffnungsbilanz sehr stark zurückgegangen. Die Einlagen von 756 000 auf 444 000 M., die Schuldner der Bank von 569 000 auf 370 000 M., die Effektenbestände von 757 000 auf 485 000 M., die Konfortialbeteiligungen von 169 000 auf 9800 M. Trotz dieses starken Rückganges des Geschäfts-

umfanges weist die Bank einen Reingewinn von 96157 Mark aus, von dem sie 6 Proz. Dividende ausschüttet und 40 000 Mark den Reserven zuführt. Mag die Bank vielleicht auch Teile ihrer Effekten verkauft haben, um besser abzuschließen zu können, so wäre es doch vollkommen ausgeschlossen gewesen, daß die Bank sich hätte halten können, wenn sie nicht von den noch immer außerordentlich hohen Zins- und Provisionszinsen so stark profitiert hätte. Dieser Fall der A. Fester u. Co. ist ein Musterbeispiel dafür, wie die hohen Zins- und Provisionszinsen geradezu als Prämie für die Beibehaltung der Arbeiterorganisation im deutschen Bankwesen wirken.

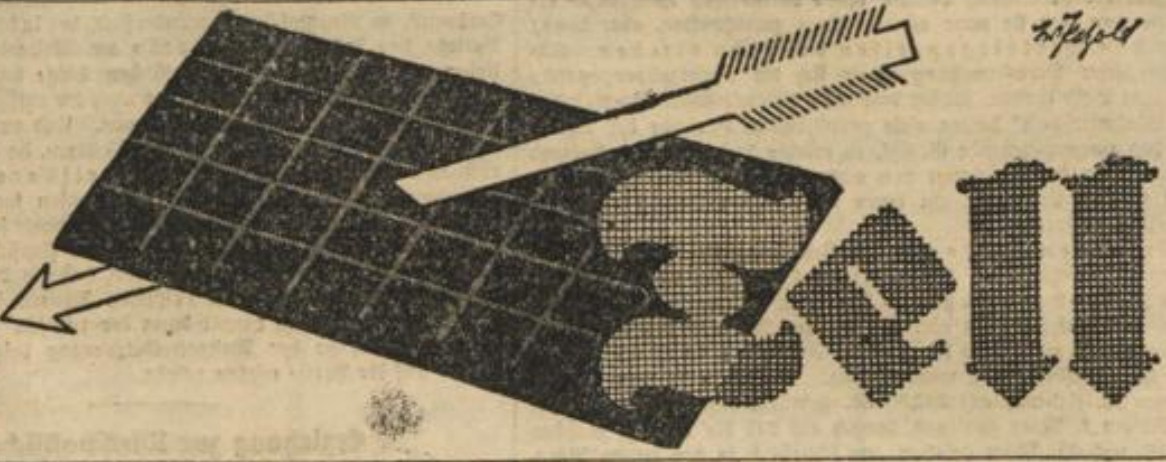
**Interessengemeinschaft statt Auslandskredite.** Ein interessanter Lösungsvorschlag für die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für die deutsche Industrie scheint in dem Interessengemeinschaftsvertrag zu liegen, den die Benz Rotorenwerke Mannheim auf 15 Jahre mit der Bethlehem Steel Corporation abgeschlossen hat. Das Vertragsobjekt ist die Fabrikation des kompressorlosen Dieselmotors mit den Patenten und dem Personal der Benz-Werke durch die Bethlehem Steel Corporation, die einige Fabriken auf die Produktion der Benz-Dieselmotoren einrichten wird. Die Bethlehem Steel Corporation zahlt für die Einrichtung ihrer Fabriken und die Bewertung der Patente an die Benz-Rotorenwerke eine Abgabe, über deren Höhe noch nichts bekannt ist. Außerdem verpflichtet sich die Bethlehem Steel Corporation zur Zahlung von Bauvorschußen in Dollar an Benz und zur Abnahme bestimmter in Mannheim gebauter Rotoren auf die Dauer von zwei Jahren. Dieser Austausch von Patenten und Personal gegen Entschädigung und Dollarbaukredite zwischen zwei Großwerten der internationalen Röntgen- und Maschinenindustrie ist auch volkswirtschaftlich bedeutsam. Er scheint ein geeigneter Weg zu sein, beiderseitige Abjag- und Kreditbeschwerden auszugleichen.

**Niederläufiger Kohlenwerke.** Ausgerechnet in der Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft, die nach der Umstellung über das Doppelte ihres Vorkriegskapitals (24 Millionen gegen 12 Millionen) verfügt, ausgerechnet in der Generalversam-

lung dieser Gesellschaft, die in der Lage ist, ihren Aktionären eine Dividende von 7 1/2 Proz. zu verteilen, die in der Bilanz an Außenständen und Warenbeständen ca. 7 Millionen ausweist, denen an Gläubigern nur ca. 2 1/2 Millionen Reichsmark gegenüberstehen, mag der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Bettsch, zu erklären, daß die Lohnbewegung, die jetzt im Gange sei, bei einem Erfolge auch zu Preiserhöhungen führen müsse. Dabei muß man sich vorstellen, daß die Kohlenarbeiter des Niederläufiger Reviers die schlechteste bezahlten von sämtlichen Kohlenarbeitern Deutschlands überhaupt sind. Wir wissen nicht, ob Herr Bettsch als Löhne Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist. Wenn nicht, so hat er sich mit seinen Auslassungen die Ehrenmitgliedschaft bei diesem Verbande sicherlich verdient. Es ist eben internationale Auffassung der Unternehmer, daß der Lohndruck um jeden Preis erfolgen muß. Mindestens gilt es in Deutschland und angrenzenden Gegenden noch als Schande „amerikanisch“ zu denken und den Wirtschaftserfolge bei hohen Löhnen, in vollkommener Betriebsorganisation und hohen Umläufen zu suchen!

**DUNLOP CORD**  
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

**Es kann die Spur von meinen Erdentagen nicht in Neonen untergehen...**  
Dies letzte Wort gilt auch von der Schokolade, die trotz ihres hohen Alters von mehr als 100 Jahren ewig frisch und jung bleibt, schön zum Ansehen. — Das macht ihr ständiger Umgang mit den Kindern, die zu allen Zeiten und in allen Ländern zu ihren besonderen Lieblingen gehören. Im Bretzweiden entwickelt sie sich zu immer reinerer Qualität. In ihrer Vollendung präsentiert sie sich in der „Tschokolade“. In dieser Edelmarke gibt sie ihr Bestes: reichsten Nährwert, höchsten Geschmack, vorzügliche Verdaulichkeit... Fragt eure Kinder... Daher wählt immer „Tschokolade“ der Hartwig & Vogel A. G., Dresden  
Generalvertretung u. Fabriklager: Beyer & Müller, Berlin S. 61, Bärwaldftr. 69.  
Zentralf: Amt Moritzplatz 9651.



Engros:  
**J. F. Rauch Aktiengesellschaft**  
Berlin N 4

**Osterwein**  
**Santa Lucia**

Käuflich in Feinkost-, Kolonial- und Drogenhandlungen.

**Auf Teilzahlung**  
bei bequemer An- und Abzahlung

**Herrn** Anzüge, Sport- und Manchesters-Anzüge, Cutaway, Smoking, Einsegnungsanzüge, Windjacken, Hosen, Taffeln und Regenmäntel  
**Damen** Kostüme, Mäntel, Regenmäntel, Windjacken, Kleider, Röcke, Blusen, Strickjacks und Westen, Seidenjumper  
**Wäsche** für Herren und Damen, Bettwäsche  
**Teppiche** Läuferstoffe, Gardinen, Stores, Bettdecken, Steppdecken usw.

**HEINRICH GEORG**  
Neue Schöneberg  
Andreasstraße 28, I am Andreasplatz | Schönhauserstraße 9, I | Hauptstraße 157, I

**Anzugstoffe**  
Vom 3.-9. April wird ein großer Posten einfacher u. besser Ware sehr billig verkauft  
**Anton Bretzel**  
Rosenstr. 18-19.

**Traueripenden**  
jeder Art  
Beste preiswert  
**Paul Golletz**,  
vormals Huber Mayer,  
Mariannenstr. 3,  
Kant Moritzpl. 10209

**Dezimalwagen**  
Tafelwag., Gewichte,  
Billigste Preis, beste Lage  
**Georg Wagner**  
Köpenicker Str. 71  
Keine Schaufenster-  
Reklame, dafür wesentlich billiger Preise

**Leiterwagen**  
u. alle ander. Transporteräte liefert

**Frohe Ostern**

sind nicht denkbar ohne festliche Gerichte. Zu ihrer Herstellung nimmt die sparsame Hausfrau stets Feinkostmargarine „Schwan im Blaiband“.

50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung

**Schwan im Blaiband** frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blaiband-Margarine“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blaiband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Ich liefere als Selbsthersteller

**Trauringe**  
zu billigsten Preisen  
in den gediegensten Ausführungen  
= Ständig ca. 3000 St. auf Lager =

**Hermann Wiese, Berlin** N. 24, Artilleriestr. 30  
W. Passauerstraße 12

Bei Entsch. werden die von mir gekirnten Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgenommen

**Aus Dr. Unblutigs Praxis.**

**Kukiroloen Sie!**

Treiben Sie planmäßige und richtige Fußpflege mit den bekannten, ärztlich geprüften und empfohlenen Kukirolo-Präparaten.  
Wie Sie Ihre Hühneraugen loswerden, das habe ich Ihnen schon gesagt. Aber zunächst nehmen Sie ein Kukirolo-Fußbad. Sie werden es sofort fühlen, wie wohl Ihnen das tut. Ihr Gang wird viel schneider werden, denn es kräftigt Sehnen, Gelenke und Nerven. Die Haut Ihrer Füße wird nicht mehr feucht, aufgeschwollen und kalt, sondern warm, trocken und vor allem Dinge geruchlos sein.  
Nach jedem Fußbade und jeden Morgen pudern Sie die Füße mit Kukirolo-Streupuder ein. Die ganze Kukirolo-Kur, zu der alle drei Präparate gehören, bekommt Sie jetzt für 2 Mark in jeder Apotheke und Drogerie zu haben. Benutzen Sie aber nicht nur Fußpflege irgendwelche unbekanntem Präparat, auch nicht, wenn die Aufmachung äußerlich ähnlich ist, wie bei Kukirolo, damit Sie keine Enttäuschung erleben. Achten Sie genau auf den Namen „Kukirolo“ und auf die Schutzmarke „Hahnenkopf mit Fuß“! Befolgen Sie diese Anordnungen genau, in einigen Tagen werde ich wieder vorsehen. Leben Sie wohl! reichlich!  
Die ganze Kukirolo-Kur (alle drei Präparate zusammen) ist in einer Sonderpackung für nur 2 Mark in jeder Apotheke und Drogerie zu haben, die drei Präparate werden aber selbstverständlich auch einzeln abgegeben.  
Verlangen Sie unsere neue, lehrreiche Druckschrift „Kukiroloen Sie“, die Ihnen wichtige Aufschlüsse über die Notwendigkeit der Fußpflege gibt und u. a. auch einige Photographien über unser Werk zeigt.

**Gardinen**  
Sonderangebote - Käufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Madras- und  
Wäsche Gardinen.  
Sonder-Gardinenverkauf  
Knechtlin, Bergstr. 57  
am Ringbahnhof.

**Zähne** Kronen :: Pfomben  
Brücken :: Gebisse  
gegen günstige Zahlungsbedingungen  
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung  
**Zahn-Praxis** med. dent. **Wolf, Potsdamer Str. 55**  
Sprechst. 9-7. Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. Bülowstr.

Medizinrat a. D.  
**Dr. med. Friedrich Boerschmann**  
Arzt für homöopathische Therapie.  
Berlin W 15, Bayerische Str. 29  
am Ollivaer Platz. Telefon: Olliva 2039.  
Spr.: 9-10, 12-2, 5-7, auß. Sonnbd. u. Sonnt.

**Korbmöbel**  
Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vortheilhaft u. billig im  
**Spezial-Korbmöbelhaus**  
**Edmund Voß**  
Neukölln, Berliner Str. 14  
Nähe Hermannplatz  
Teleph. Neukölln 2254. Zahlungserleichterung

**Metallbetten**  
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv  
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Sobl Thür



## Der Theaterzettel.

Von Erich Gottgetreu.

Die Theatergeschichte war noch bis vor kurzem das Aschenbrödel unter den Wissenschaften und doch ist selten ein Studium so interessant wie dieses. Besonders vernachlässigt wurde die Erforschung der „Zettelwirtschaft“, sonst gewiß etwas sehr Unsympathisches, beim Theater aber äußerst Wichtiges. Der Theaterzettel legt so nicht nur Zeugnis ab von der Entwicklung des Theaters, sondern vermittelt überhaupt ein anschauliches Bild vergangener Zeit, und insofern ist es besonders verwunderlich, daß man auf seine wechselreiche Geschichte bisher kaum eingegangen ist.

Die frühesten uns erhaltenen Inschriften stammen aus Pompeji. Die Pompejaner, die für das Theater ein ungemein hartes Interesse hatten, pflegten die näheren Angaben zu einer besonderen Theateraufführung mit schwarzer Farbe auf eine weiße Wand, „Album“ genannt, zu pinseln. Ein solches Album ist uns noch in dem sogenannten Gebäude Eumachia aufbewahrt. Neben zahlreichen Wahlempfehlungen zu allen möglichen Ämtern erscheinen hier Programme bestimmter Gladiatorenfamilien. Eine Inschrift W. n. Chr. lautet z. B.: „Des Aedilis Suetius Certus Gladiatorenfamilie wird in Pompeji am 1. Juni kämpfen. Auch gibt es eine Tierbeize. Ein Zeltdach ist vorhanden.“

Erst im hohen Mittelalter läßt sich die Geschichte des Theaterzettels zuverlässig weiter verfolgen. Solange vor allem die geistlichen Spiele in Mode gewesen sind, ist nur wenig Material erhalten, denn diese bedurften wegen ihrer zeitlichen und örtlichen Regelmäßigkeit kaum besonderer Anpreisung. Auch trat anfangs häufig noch der Prologprediger auf unter Bezeichnungen, wie: Aufziefier, Bote, Regierer des Spiels, Expositor ludi, Präcurator usw. Der Prolog rief die einzelnen Personen auf, die sich dann dem Publikum vorstellten. In einer Spielordnung des anhaltischen Städtchens Zerbst wird von einer noch näheren Reihende berichtet. Hier führten 1507 die verschiedenen Zünfte einen umfangreichen Zyklus biblischer Szenen auf, wobei die Darsteller einfach einen Zettel mit dem Namen ihrer Rolle an ihrer Kopfbedeckung zu tragen oder in der Hand zu halten hatten. (Von der Shakespeare-Wühne her ist lediglich die Bezeichnung der Szene durch ausgehängte Schilder bekannt.) Wieder eine andere Art war die mündliche Selbstinszenierung beim ersten Auftreten: Ich Ritter Seiz von Westerraid; So sprich ich Walter Pelentil; So hört mich Jägermeister auch; So sprich ich Rauschenhofen genannt; Ich bin gefesselter Ritter Otto; usw. Der Name des Dichters wird stets schamhaft verschwiegen, und sogar in den meisten Handschriften mittelalterlicher Theaterstücke wird er bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts nicht genannt.

Später, etwa im Zeitalter der „Haupt- und Staatsaktionen“, verschwand die gesprochene Ankündigung der Darsteller. Der Zuschauer bekam ein gedrucktes Blatt von meist sehr unhandlicher Größe, dem er vor allem den Inhalt des aufzuführenden Stückes entnehmen konnte. Der nachfolgende in seiner Mischung typische Zettel, den wir in moderner Uebersetzung wiedergeben, ist insofern eine Ausnahme:

Die Weltweilige Bande als Königl. polnische und kurfürstlich sächsische Hof-Comodianten wollen heute Sonnabend den 15. Julius auf ihrer Schaubühne ein ungemein rares biblisches Stück vorstellen, welches nicht allein wegen prächtiger theatralischer Auszierungen, sondern auch besonders wegen der beweglichen Begebenheiten fast nicht zu verbessern und niemand ausfallen kann. Den sumariischen Inhalt zu melden wird unterlassen, indem die Materie niemanden unbekannt sein wird. Die Aktion wird genannt:

Elia Himmelfahrt

oder

Die Steinigung des Raboths.

Nach Erledigung dieser vortrefflichen Hauptaktion soll eine sehr angenehme Nach-Comödie den Schluß machen, genannt:

Der vom Pickelhering gemordete Schulmeister

oder

Die betrogenen Speckdiebe.

Das Wort „oder“ spielte überhaupt eine große Rolle und selbst heutigentags wird von praktischen Theaterdirektoren kleiner Bühnen hin und wieder der etwas naive Versuch gemacht, das Publikum durch mehrere möglichst reicherliche Titel zu beeinflussen. Einige ältere „Küchenzettel“ — der Ausdruck stammt von Lessing — wirken heute besonders komisch: „Emilia Galotti“ oder „Der hintergangene Fürst“; „Richard III.“ oder „Der grausame Protektor“; „Die Jagd“ von Herrn Hiller oder „Der König im Walde“, eine Oper mit einem Donnerwetter; „Minna von Barnhelm“ oder „Der Major mit dem steifen Arme“; „Romeo und Julia“ oder „Der unvermutete Ausgang aus dem Kirchhofe“; „Der Geizige“ oder „Harpagon, der alte Schabhalz“;

## Stresemanns Schwanengesang.



„Na warte, Kanalle . . .“

„Clavigo“ oder „Das Reichenbengängnis“; „Miß Sara Sampson“ oder „Die rachsüchtige Marwood“; „Der Postzug“ oder „Die um einen Zug Pserde verhandelte Braut“; „Die Beterin an der Mariensäule in München“ oder „Das Wiederfinden an der Gnadenkapelle zu Altötting“; „Leonore, die Braut im Wahn“ oder „Die Brautnacht im Grabe“.

Sehr originell ist auch diese aus Leipzig stammende Ankündigung der „Chursächsischen Gesellschaft deutscher studierter Schauspieler des Hr. Porch“: „Oedipp, der unschuldige Vatermörder und tugendhafte Verbrecher an seiner Mutter von dem berühmten Boltaire in Versen und fünf Aufzügen. Hierauf folgt ein schönes Nachspiel in Versen, in Leipzig verfertigt, genannt: Die Ratrone in Ephesus oder der im Lode aufgehängte Ehemann.“ Wertwürdigen Gesinnung beweist auch ein Theaterzettel aus Frankfurt am Main. Folgende „Plattich-Miniische Darstellungen“ werden auf ihm angezeigt: 1. Die Sorben-Benden zu Lipst (Leipzig) bringen ihrem Gößen ein Menschenopfer, in fünf Veränderungen. 2. Die Hirten bei der Krippe, in drei Veränderungen. 3. Petri Leiden und Martiriod, ein ruhendes Gemälde von Rubens. 4. Maria Verkörperung, in beuender Bewegung.

Die Sitte, die Namen der Darsteller und der Autoren zu nennen, kam ungefähr zwischen 1750 und 1760 auf, wie überhaupt von jenen Zeiten an sich der Theaterzettel inhaltlich und äußerlich mehr und mehr seiner heutigen Form nähert. Die früher übliche

Beschreibung sämtlicher Vorgänge wurde durch eine Menge anderer mehr oder minder wichtiger Mitteilungen und schwülstiger Empfehlungen ersetzt. Auch hieron seien einige Kuriosa — sie sind zum Teil der Theaterzettelsammlung Gottlieb Weisstein in der Preussischen Staatsbibliothek zu Berlin entnommen — aufgeführt: In einem aus dem Jahr 1791 stammenden Theaterzettel des gesellschaftlichen Theaters in Bremen, in dem als nebenbei konzertierender Blödsitt sogar der Freiherr von Knigge, der nicht nur ein beliebter Schriftsteller, sondern auch ein begeisterter Theaterfreund war, genannt ist, heißt es u. a.: „Diesen Damen, welche dem Publitto die kleine Gefälligkeit etwa bisher noch nicht erwiesen haben, in dem Schauspiel mit niedrigerem Kopfpuz als gewöhnlich zu erscheinen, werden nochmals inständig gebeten, doch dem gemeinsamen Vergnügen an dem einzelnen Tage dieses unbedeutende Opfer zu bringen.“ Wieder wo anders liest man: „Dieses Schauspiel hat einen doppelten Wert, und hat aller Orten schon gefallen, doch ist es in den Rezensionen wegen seiner Episoden getadelt worden; daher war ich darauf bedacht, als möglich davon zu reinigen und hoffe, daß es so seinen Zweck nicht verfehlen wird.“ (Mugsburg 1794.) — „Die Kirchhofszene wird zum Schluß mit rothem Feuer erleuchtet, wobei Wilhelm mit der Leonore auf dem Rappen erscheint und die Geister ihrer Gräbern entfleigen.“ (Wiener Neustadt, 1832.) — „Zu zahlreichem Besuch dieses ausgezeichnet geschriebenen Stückes ladet freundlich ein J. Rühlma.“ (Stadttheater Remmingen, 1886 zu einer Aufführung zu „Hamlet“) — „IV. Teil: Verlosung eines großen Rückenstiffens, wozu jeder Theaterbesucher ein Freilos erhält.“ (Eberfelde 1886.)

Eine Bemerkung wie die letzte wäre auf einem modernen Theaterzettel durchaus nicht unentbehrlich, denn bei der schlechten wirtschaftlichen Lage eines großen Teils der Besucher müssen die Theater recht häufig zu Lockmitteln greifen, um Abend für Abend vor vollem Hause spielen zu können. Aber im allgemeinen fehlt doch das Bestreben nach sachlicher Kürze mehr und mehr durch. Vielfach bürgert sich sogar die Sitte ein, den an sich durchaus notwendigen Interzitatteil vom eigentlichen Programm völlig zu trennen und diesem noch besondere Bedeutung durch Beigabe literarisch wertvoller Aufsätze und womöglich auch einiger guter Abhandlungen zu verleihen. So kommt es, daß heute schon manches Programmheft in den Bücherstall wandert, wo es dann später einmal durch seinen Inhalt die Bitterkeit des alten Schönes mildern mag: „Die Nachwelt slicht dem Rimen keine Kränze.“

In der Tat, irgendwo ist die Geschichte des Theaterzettels auch die Geschichte des Theateraufstiegs.

### Der Bratfisch als Volksnahrungsmittel.

Das Gewerbe des „Fish fryer“, d. h. des Mannes, der Fische mit Kartoffeln zusammen in der Pfanne brät und auf der Straße feilhält, hat sich in England zu einer Großindustrie entwickelt, deren Bedeutung zur Genüge daraus hervorgeht, daß die Wochenchrift „Fish Trade Gazette“, die offizielle Zeitung des britischen Fischhandels, diesem im Vereinigten Königreich weitverbreiteten und in allen Volksteilen beliebten Gewerbe in jeder Nummer eine ganze Spalte widmet. Waren doch nach Ausweis der amtlichen Listen während des Weltkrieges nicht weniger als 25 000 Fischbräter an der britischen Front damit beschäftigt, jede Woche über 50 Millionen Portionen der beliebten Mahlzeit für die Soldaten herzurichten. Man rechnet, daß im Vereinigten Königreich der durchschnittliche Verbrauch an Fischen im Jahre auf den Kopf 40 Pfund beträgt, von denen drei Fünftel von den Fischbrätern geliefert werden. Die amtliche Statistik liefert auch bemerkenswerte Anhaltspunkte für die Wertung des Gerichts als Volksnahrungsmittel, wobei hinzugefügt sein mag, daß neben den Fischen jährlich 550 000 Tonnen Kartoffeln, die als Beigabe beim Braten Verwendung finden, verbraucht werden. Nach den Feststellungen haben gefochte Kartoffeln 427 Kalorien, gebratene dagegen 298. Nicht minder auffällig ist die Steigerung der Kalorien beim Fisch, der im gefochten oder gefotenen Zustand 680 Kalorien mit Mehl umhüllt gebaden oder deren 2052 enthält, mit anderen Worten, der Bratfisch hat gegenüber dem Kochfisch einen sechs- bis achtmal höheren Nährwert. Aus diesem Grunde ist man in Frankreich, Norwegen, der Tschechoslowakei, in Schweden und in Rußland damit beschäftigt, die Verbreitung des Bratfischgenusses einem eingehenden Studium zu unterziehen.

## Auf der Schwelle des Lebens.

Von Eugen Izhirifow.

(Autorisierte Uebersetzung von Adele Sampert.)

Banja lief sofort ins Kinderzimmer. Er wußte nicht warum, aber er bekam auch Lust zum Weinen. Er vergrub sich in den Lehnstuhl und brach in Tränen aus. Und beide weinten sie: Mama im Porzimmer, neben Aljoschas Korb, Banja — im Kinderzimmer. . . Tante kam zu Banja, streichelte ihm das Köpfchen, sprach aber nichts; sie seufzte nur und liebte Banja. . .

Mama ah heute nicht zu Mittag, nur Tante und Banja saßen bei Tisch und sprachen im Flüsterion.

„Ritterchen wird nicht essen? Warum?“

„Rein, sie wird es nicht. . .“

„Sie ist krank?“

„Ja.“

„Und warum haben sie Aljoschas Korb gebracht? Aljoscha wird jetzt wohl bald kommen? Tante . . . bald?“

Der Doktor kam, um die Mutter gesund zu machen. Eine neue Köchin wurde gemietet, aber keine Banja. Ist auch nicht nötig; er ist jedoch nicht mehr klein. . . Alle sprachen leise und gingen auf den Fußspitzen umher, als ob sie sich fürchteten, jemand im Schlaf zu stören. . . Abends durfte Banja zu Mama. Sie lag im Bett und auf dem Nachtsisch stand eine Flasche mit Medizin und Aljoschas Bild. . . Mama war so abgesehrt, so mager und sprach so ganz leise. . .

„Hast du gegessen?“

„Ja. Und Milch getrunken. Warum hast du hier Aljoscha hingestellt?“

„Habe Sehnsucht nach ihm bekommen. . .“

So unbehaglich war es Banja zu Mut: er wurde verlegen und wußte nicht, worüber mit Mama reden. Er saß am Bett und sah auf Mamaz Hand. Sie lag ihm auf den Knien und er spielte mit Mamaz Finger. . .

„Wie sind krank? Aljoscha ist krank, und du bist krank. . . Des Hausmanns Wozja spielt nicht im Hof, er hat sich erkältet und wird sterben. Das soll er auch, er sagt: man würde Aljoscha hinrichten. . .“

Tante hob plötzlich Banja in die Arme und trug ihn in ein anderes Zimmer. Und er wehrte sich nicht dagegen und hat nicht, zur Mama zurückkehren zu dürfen. . . Etwas flüchte ihm Angst ein, in diesem verschlossenen Zimmer, wo die kranke Mama lag. . . Etwas war verborgen dort in diesem Zimmer, etwas Unsichtbares, und so unheimlich war Mamaz Tür mit der zerbrochenen Klinke. . .

Abends ging Tante mit Banja spazieren. Sie waren in der Kirche zum Abendgottesdienst. Die Kirche war ganz leer, nur der Pfarrer, der Diakon, der Kirchendiener, und noch Beterinnen, kleine alte Frauen. Und es waren wenig Lichtchen. . . Es war langweilig, dunkel, und man mochte nicht lange bleiben. . .

„Genug, komm schon!“

Banja zupfte Tante am Kleid, sie beachtete ihn aber nicht und betete, und kniete sogar. . . Früher hatte sie nie gekniet. . .

„Hast schon genug gebetet! . . . Da kommt er mit der Armenbüchse. Gib, ich will einen Heller hineintun!“

Tante gab 5 Kopeken. Der mit der Büchse ging vorüber, dachte wohl nicht, daß Banja 5 Kopeken geben wird. . . Banja lief ihm nach und tat die Münzen in die Büchse. . . Der das Geld sammelte, verbeugte sich vor ihm. . . Ja, er verbeugte sich! Hat sich gefreut, daß Banja 5 Kopeken gegeben hat.

„Laß schon sein! Komm die Bilder küssen! Dahin, wo Jesus Christus ist!“

Wieder erinnerte sich Banja an Aljoscha und an den Traum mit den Teufeln, die er gesehen hatte! Tante hob Banja hoch und er drückte Jesus Christus einen festen Kuß auf den Nack, wo auf seinem Büchsen ein Löschelchen vom Rogel geblieben ist. . .

Verghiß es doch nicht, lieber Jesus Christus! dachte Banja, und als Tante ihn wieder auf den Boden setzte, betraugte er sich noch dreimal und verbeugte sich vor Jesus Christus, und machte seinen schönsten Krostkuß.

Auf dem Nachhauseweg trafen sie einen Schuhmann.

„Hu, der Abscheuliche!“ — flüsterte Banja, und als er sie überholt hatte, spuckte Banja nach ihm aus. . .

„Banja, darf man das?“ . . .

„Ja!“

„Du, du. . . Mama erfährt's und wird böse.“

„Rein, sie wird nicht böse.“

„Er tut dir nichts und du?“ . . .

„Doch eat er mir was getan.“ . . .

„Man darf es nicht! Man kann dich dafür ins Gefängnis stecken.“

„Rein, ich hab keine Angst! . . . Und warum haben sie . . . sie kommen in die Hölle. . . alle. . . Und Gott sei Dank!“ . . .

Seit man Aljoscha fortgebracht hatte, fürchtete sich Banja vor den Schulheuten und haßte sie alle zugleich; in jedem von ihnen erkannte er einen von denen, die Aljoscha nachts weggebracht hatten. . .

„Dieser da hat in meinen Spiessachen gekramt. . . Hu, hu! Der Böse!“

„Warum denkst du, daß gerade dieser?“

„Aha! Und der Schnurrbart. Ich habe mir schon gemerkt. . .“

„Sie haben alle einen Schnurrbart. . .“

„Aha! Keinen solchen! . . . Mich führst du nicht an. . . Ich weiß schon. . .“

Und einmal, als der Hausmann im Hof erzählte, wie man an der Straßende einen Schuhmann getötet hatte, sagte Banja:

„Und Gott sei Dank! So soll er's auch haben!“

„Ach du kleiner Ekel du! Wart nur, ich will dir schon die Ohren reißen. . .“

Banja riß aus, versteckte sich hinter der Flurtür und horchte, alle schimpften auf Banja, und gleichzeitig auch auf Aljoscha.

„Bist selber ein Ekel“, — flüsterte Banja und wieder bligte in seinen kleinen Augen ein großer Haß. . .

„Sind das Leute! Kaum das man ihn sieht, so klein und schon. . . Was wird nur werden, wenn er erst groß ist?“

„Wir wollen sehn! . . . Dann werd ich euch was“, — flüsterte Banja und ballte seine kleine Faust. . .

V.

Mama war sehr krank. Der Doktor kam oft, da gab's im Haus ein Rennen hin und her, die gewohnte Ruhe war gestört. Man brauchte Eis, Wasser, weiße Tücher, lief in die Apotheke, warf die Türen laut zu. Und niemand kümmerte sich um Banja. Man vergah ihn. Tante schlief jetzt bei Mama und mit Banja schlief jetzt die neue Köchin. Nachts schnarchte sie, und was noch schlimmer — erschreckte ihn jedesmal. Zerzaust wie eine alte Hege, läuft sie barfuß an Banjas Bettchen und reißt ihn aus dem Schlaf.

„Was willst du?“

„Seh dich!“

„Ich will nicht. . .“

„Seh dich, seh dich! . . . Nachst sonst nach. . .“

„Du bist dumm. . . Ich bin nicht mehr klein. . .“

„Und du halts Maul! Du Streiter! . . .“

Seht ihn hin und schwärts liegt sie wieder auf ihrem Bett und schnarcht weiter. . . So eine ist sie. . . Und nichts zu machen. Banja sitzt und nickt sich allmählich ein. . . Immer tiefer und tiefer senkt sich sein Kopf. . . und plötzlich fährt er auf, kommt zu sich.

Die Köchin, so eine, schnarcht. . .

Er steht auf, steigt auf den Stuhl, von da ins Bettchen. . .

Und die Köchin springt auf einmal auf:

„Wo bist du? Ah. . . liegt schon. . . Hast gemacht?“

(Fortsetzung folgt.)



